Die Gothaer Nachversammlung zum Frankfurter Parlament

im Jahre 1849.

(Das „Gothaer Parlament").

Eine Studie aus der Vorgeschichte der Reichsgründung und der Jugendzeit des deutschen Parlamentarismus

von

Georg Witzmann.

Sonderabdruck aus den Mitteilungen der Vereinigung für Gothaische Geschichte und Altertumsforschung. — 1917. —

Gotha.

Thienemanns Hofbuchhandlung (W. Schröder)

JN
3331
W589
1917

STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R29B
U.B.C. LIBRARY

Die
Gothaer Nachversammlung zum Frankfurter Parlament
im Jahre 1849.

(Das „Gothaer Parlament").

Eine Studie aus der Vorgeschichte der Reichsgründung und der Jugendzeit des deutschen Parlamentarismus

von

Georg Witzmann.

Sonderabdruck aus den Mitteilungen der Vereinigung für Gothaische Geschichte und Altertumsforschung. — 1917. —

Gotha
Thienemanns Hofbuchhandlung (V. Schröder)
1917.

Inhalt.

Seite

1. Das Ende des Frankfurter Parlaments und das Dreikönigsbündnis 1
2. Die vorbereitenden Schritte für die Gothaer Versammlung . 5
3. Die Einladungen und die Antworten der Eingeladenen . . 30
4. Der äußere Verlauf der Versammlung 40
5. Die Verhandlungen 48
6. Die Nebenversammlungen 76
7. Das Ende der Versammlung 80
8. Die politischen Wirkungen der Versammlung 83

Beilagen:

I. Teilnehmerliste 93
II. Auszüge aus Briefen 101

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/gothaernachversa00witz

Vorwort.

Das „Gothaer Parlament", wie die in Gotha abgehaltene Versammlung der „erbkaiserlichen" Frankfurter Abgeordneten im Juni 1849 bezeichnet zu werden pflegt, war kein Parlament im eigentlichen Sinne des Wortes. Es trug vielmehr einen durchaus privaten Charakter. Aber naturgemäß konnte eine Versammlung von Vertretern der Mehrheitsparteien des Frankfurter Parlaments keine rein private Bedeutung behalten. Anerkannte Führer aus der Reichsversammlung kamen hier noch einmal zusammen, Männer, auf deren Worte man in ganz Deutschland zu hören gewohnt war. Sie berieten — auf Grund des preußischen Unionsentwurfes — nach ihrem Austritt aus dem Frankfurter Parlament nochmals über die ihnen heilige Frage der Herstellung von Einheit und Freiheit für unser Vaterland. Das Votum, auf das sie am Schlusse ihrer Verhandlungen sich einigten, fand, wie die Verhandlungen selbst, Interesse und Beachtung in ganz Deutschland. In Gotha wurde die Grundlage geschaffen zu einer Organisation der gemäßigt liberalen deutschen Mittelpartei. Bis in die Mitte der sechziger Jahre erhielt sich für die Parteigenossen der Namen der „Gothaer". Eine deutlich erkennbare Linie führt von den Gothaern hinüber zur nationalliberalen Partei.

Somit ist die Versammlung von großer Bedeutung für die Geschichte unserer politischen Parteien wie für die Vorgeschichte der Reichsgründung, eine wichtige Episode aus der Jugendzeit des parlamentarischen Lebens in Deutschland.

Unsere Kenntnis von der Versammlung war bisher nur gering: von der Veröffentlichung des Protokolls war Abstand genommen worden, die Zeitungsberichte aus jenen Tagen sind vergessen, und so war man neben den mehr gelegentlichen Mitteilungen einzelner Teilnehmer, zumeist in ihren Lebenserinnerungen, im wesentlichen auf die Schilderungen von Laube [1]), Biedermann [2]), Freytag [3]) und Haym [4]) angewiesen, die die Versammlung indessen auch nur recht kurz behandeln.

---

1) Das erste deutsche Parlament Bd. III.

2) Erinnerungen aus der Paulskirche; Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte; Dreißig Jahre deutscher Geschichte Bd. I.

3) Karl Mathy.

4) Max Duncker.

Nun besitzt die Herzogliche Bibliothek in Gotha aus dem Nachlasse des Hofrats J. G. Becker, des Vertreters für Gotha im Frankfurter Parlament, einen wertvollen Schatz in zwei Aktenstücken, die die wichtigsten bisher nicht veröffentlichten und nicht bearbeiteten Urkunden über die Versammlung enthalten, nämlich:

1. Das Protokoll über die Verhandlungen (mit sämtlichen Beilagen);
2. 140 Briefe, die zumeist an Becker gerichtet sind und mit einer Ausnahme sämtlich auf die Versammlung und ihre Beschlüsse sich beziehen.

Auf Grund dieser Akten ist im folgenden der Versuch gemacht, unter Berücksichtigung der bisherigen Veröffentlichungen ein zuverlässiges und vollständiges Bild der Versammlung zu entwerfen, das, namentlich auch durch die hinzugefügten Auszüge aus Briefen der Teilnehmer, gleichzeitig unsere Kenntnis von einer großen Anzahl der bedeutendsten politischen Charakterköpfe jener Zeit erweitert.

Die Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne das freundliche Entgegenkommen des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Ewald, der den Verfasser auf die Aktenstücke hingewiesen, sie ihm in der entgegenkommendsten Weise zugänglich gemacht und die Arbeit in jeder Weise gefördert hat. Ihm sei daher auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen.

Gotha, im September 1917.

Dr. G. Witzmann.

Quellen und Literatur.

Aus der Bibliothek des Herzoglichen Hauses in Gotha:

1. Cod. Chart. A. 1299 (aus dem Nachlasse des Hofrats Fr. Becker) [enthält die Protokolle über die Versammlung nebst Beilagen).
2. Cod. Chart. A. 1366 (ebenfalls aus dem Nachlasse Beckers) enthält das Tagebuch Beckers aus dem Frankfurter Parlament [18. Mai bis 14. November 1848]. — Außerdem 140 Briefe, zumeist an Becker gerichtet, mit einer Ausnahme sämtlich auf die Gothaer Versammlung bezüglich.

Aus dem Haus- und Staatsarchiv in Coburg: Briefe an den Herzog Ernst II. aus dem Jahre 1849.

R. Haym, Das Leben Max Dunckers. Berlin. R. Gärtner'sche Verlagsbuchhandlung. 1891.

Karl Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche. Leipzig, G. Mayer. 1849.

G. Freytag, Karl Mathy (1869). Ges. Werke, Bd. 22. Leipzig, Hirzel. 1888.

Ungedruckte Briefe von Mathy und Bassermann an v. Beckerath. Deutsche Revue 1882.

H. Laube, Das erste deutsche Parlament. 3 Bde. Leipzig. Weidmann'sche Buchhandlung. 1849.

Anton Springer, Friedrich Christoph Dahlmann. Bd. 2. Leipzig, S. Hirzel. 1872.

R. Haym, Die deutsche Nationalversammlung. 3 Bde. Frankfurt a. M. Carl Jügel. 1848—49.

Georg Beseler, Erlebtes und Erstrebtes 1809—59. Berlin. W. Hertz. 1884.

B. v. Simson, Eduard von Simson. Erinnerungen aus seinem Leben. Leipzig. S. Hirzel. 1900.

A. Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841 bis 1866. Bremen. C. Schünemann. 1877.

K. Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 2 Bde. Breslau. Schottländer. 1886.

W. Wichmann, Denkwürdigkeiten aus dem ersten deutschen Parlament. Hannover. Hellwingsche Verlagsbuchhandlung. 1890.

R. Haym, Aus meinem Leben. Berlin. R. Gärtnersche Verlagsbuchhandlung. 1902.

H. Kopstadt, Hugo von Beckerath. Braunschweig. G. Westermann. 1875.

K. Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte. Bd. I. Breslau. S. Schottländer. 1881 u. 82.

M. Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. Berlin. Duncker und Humblot. 1849.
W. Oncken, Aus dem Leben und den Papieren H. v. Beckeraths. Köln 1873.
K. G. W. Stenzel, Gustav Adolf Harald Stenzels Leben. Gotha. F. A. Perthes. 1897.
R. v. Mohl, Lebenserinnerungen. Stuttgart. 1901.
F. v. Raumer, Lebenserinnerungen. Leipzig. 1862.
M. Veit, Sendschreiben an meine Wähler. Berlin. Veit u. Cie. 1849.
H. Oncken, Rudolf von Bennigsen. Stuttgart und Leipzig. Deutsche Verlagsanstalt. 1910.
G. Rümelin, Aus der Paulskirche. Berichte an den schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849. Herausg. von H. R. Schäfer. Stuttgart. Göschen. 1892.
F. Fischer, Preußen am Abschlusse der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Berlin. G. Reimer. 1876.
F. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution. Berlin. Mittler u. S. 1913.
E. Brandenburg, Die Reichsgründung. Bd. I. Leipzig. Quelle und Meyer. 1916.
L. v. Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern 1810—1899. Kempten und München. Kösel. 1912.
Allgemeine deutsche Biographie. Verschiedene Aufsätze.
Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Bd. I.
Ernst II. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bd. I. Berlin. W. Hertz. 1887.
H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches. München und Berlin. R. Oldenbourg. 1901.
Weidner, Gotha in der Bewegung von 1848. Gotha. F. A. Perthes. 1908.
Gothaer Landtagsverhandlungen 1849.
Grenzboten. Jahrgang 1849.
Deutsche Zeitung 1849.
Deutsche Allgemeine Zeitung (Leipziger) 1849.
Allgemeine Zeitung (Augsburger) 1849.
Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung 1849.
Nationalzeitung 1849.
Reichsanzeiger der Deutschen 1849.
Gothaische Zeitung 1849.
Gothaer Tageblatt 1849.

1. Das Ende des Frankfurter Parlaments und das Dreikönigsbündnis.

Am 3. April 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. in Berlin die Deputation der Frankfurter Reichsversammlung empfangen, die ihm die deutsche Kaiserkrone anbot, und ihr die weltgeschichtliche Antwort gegeben: „er erkenne in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme des deutschen Volkes; dieser Ruf gebe ihm ein Anrecht, das er zu schätzen wisse; aber er könne ohne das freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß fassen; an den Regierungen also werde es jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem deutschen Volke fromme und eine kräftige Regierung möglich mache." Daraufhin zog die Deputation, die noch am 2. aus den Worten des Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg die bestimmtesten Hoffnungen auf Annahme geschöpft hatte, die Konsequenz: sie erklärte die Antwort des Königs als Ablehnung, brach weitere Verhandlungen ab und kehrte in tiefster Enttäuschung nach Frankfurt zurück.

Es war, wie Dahlmann sagte, ein Scheitern im Hafen. Die Arbeit und die Kämpfe eines ganzen Jahres schienen vielleicht für immer verloren. Kein Wunder, wenn viele von denen, die als Führer der Erbkaiserpartei das Verfassungswerk und die Kaiserwahl mit heißem Bemühen während der verflossenen Monate betrieben hatten, jetzt verstimmt waren und fast verzweifelten. Es bedurfte dazu nicht des Hohnes der Gegner, der Kritik der Öffentlichkeit. Gar zu groß war die Spannung der letzten Wochen gewesen. Nur nach schweren Kämpfen und unter gewaltigen Opfern für die Gemäßigten war schließlich am 27. März die Reichsverfassung mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen, am 28. März der preußische König mit 290 Stimmen bei 248 Stimmenthaltungen zum deutschen Kaiser gewählt worden. Und dies Resultat war im wesentlichen nur dadurch erreicht worden, daß der österreichische Kaiserstaat seinen Ländern eben in jenen Tagen eine Verfassung gab, die die Unteilbarkeit und Unauflöslichkeit der Monarchie aufs stärkste betonte und mit fast zynischer Offenkundigkeit ihren Gegensatz gegen Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches offenbarte. Infolge der öster-

reichischen Politik hatten sich eine Anzahl von Männern der Linken der gemäßigten Partei in der Verfassungsfrage angeschlossen. Aber freilich: diese hatten als Entgelt für ihre Zustimmung zum preußischen Erbkaiser grundsätzliche Änderungen in der Reichsverfassung verlangt: die Aufhebung des Reichsrats als der Vertretung der Fürsten und damit die Ablehnung jeder Vereinbarung mit den Regierungen, die Einführung des suspensiven Veto für die Reichsregierung, ein völlig demokratisches, gleiches und geheimes Wahlrecht. Nur dadurch, daß die vereinigten Mittelparteien, die „Centren", dem zugestimmt hatten, war die Reichsverfassung überhaupt zustande gekommen. Sie war tatsächlich schon im Entstehen „durch das frivole Zusammenwirken aller antipreußischen mit allen antimonarchischen Elementen bis zur Unannehmbarkeit verhunzt*)."

Wir urteilen heute ruhiger über die Ablehnung der Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV. als seine Zeitgenossen. Wir wundern uns fast, wie die Männer von Frankfurt ihre Rechnung so ganz ohne den Wirt hatten machen können. Friedrich Wilhelm IV. war kein Friedrich II.; ihm war nicht wie diesem die Gefahr eine sieglockende Sonne für Preußen. Wir wissen auch, daß die Kriege, die zum Zwecke der Einigung unseres Vaterlandes notwendig waren, doch hätten geführt werden müssen, und daß dies damals so gut wie sicher unter sehr viel ungünstigeren Umständen geschehen wäre, als es später tatsächlich geschehen ist. Wir erkennen vor allem auch die Mängel des Frankfurter Verfassungsentwurfs, der mit seiner Betonung der Volkssouveränität, der Einschränkung der Kaisergewalt durch das suspensive Veto, seinem demokratischen Wahlrechte nicht die Gewähr der Dauer in sich trug. Das Schiff dieser Verfassung, das im Hafen scheiterte, wäre den Stürmen auf offener See nicht gewachsen gewesen.

Das alles konnten die Väter der Frankfurter Reichsverfassung damals freilich nicht so überblicken. Sie sahen nur den Zusammenbruch ihrer Hoffnungen, wie sie am 28. März nur freudig bewegten Herzens das erreichte Ziel gesehen hatten, ohne der Mängel zu achten, die ihrem Werke anhafteten. Die Mehrzahl von ihnen hatte ja nur mit innerem Widerstreben gar manchem Paragraphen zugestimmt; aber als echte Idealisten hatten sie sich mit der Hoffnung getröstet: wenn erst einmal das Kaisertum auf der Grundlage einer Verfassung gegründet sei, die unserem Volke Einheit und Freiheit verbürge, dann werde es auch ein Leichtes sein, die Mängel der Verfassung, namentlich die Fehler des Wahlgesetzes, zu beseitigen. So verstehen wir ihre Enttäuschung und ihren Groll

*) Haym, Max Duncker. S. 100.

gegen den Fürsten, der nicht den Entschluß gefunden hatte, die Gelegenheit mutig an der Stirnlocke zu fassen und seinem Volke ein einiges und freies Deutsches Reich zu geben.

Dem Parlament war das Todesurteil gesprochen. Es hatte keine Bedeutung, daß 28 Mittel- und Kleinstaaten, denen sich später nur unwillig und äußerem Zwange folgend auch das Königreich Württemberg anschloß, die Frankfurter Verfassung annahmen, und es machte die ganze Sache nur schlimmer, daß die Versammlung an der unveränderten Verfassung und dem unveränderten Wahlgesetz unverbrüchlich festzuhalten beschloß. Die österreichischen Abgeordneten waren schon am 5. April abgerufen worden, am 14. Mai rief die preußische Regierung die Preußen zurück, am 21. lehnte sie im Namen des Königs die Frankfurter Verfassung ausdrücklich ab und ließ diesen Entschluß in der preußischen Kammer feierlich verkünden. Ohnmächtig war der Protest der Reichsversammlung, immer mehr Abgeordnete verließen, teils weil sie die Hoffnung auf einen günstigen Erfolg ihres Werkes verloren hatten, teils weil sie den Gehorsam gegen die heimische Regierung nicht verweigern wollten, das Parlament, schließlich traten am 20. Mai die einflußreichsten und bedeutendsten Mitglieder der Erbkaiserpartei, E. M. Arndt, Dahlmann, M. v. Gagern, Simson, Mathy u. a. m., zusammen 65, aus, als der Reichsverweser der Versammlung das Ministerium Gravell-Jochmus-Detmold, das aus Karrikaturen bestand und nicht mehr ernst genommen werden konnte, anzubieten wagte.

Rapid entwickelt sich nun das endgültige Schicksal des Parlaments. Unmögliche Beschlüsse der Linken, die jetzt allein herrschte, machten die ganze Reichsversammlung zum Spott nicht nur in den Augen der Regierungen, sondern auch weitester Kreise des Volkes. Der klägliche Rest des Parlaments siedelte am 30. Mai nach Stuttgart über, um hier ein jämmerliches Ende zu finden. Seine „Gesetze" fanden keine Beachtung mehr; sie wurden von den Regierungen einfach ad acta gelegt Am 18. Juni wurden alle weiteren Sitzungen verboten. In den gleichen Tagen verließ der Reichsverweser unter Mitnahme seiner letzten Reichsminister Frankfurt — wie er angab, um einen Badeaufenthalt in Gastein zu nehmen, in Wahrheit, wie jedermann wußte, auf Nimmerwiedersehen.

Dazu kamen die Aufstände, die am Anfang Mai fast gleichzeitig in Sachsen, Baden, der Pfalz und in einigen preußischen Städten ausbrachen. Der Zynismus, mit dem die Führer im Dienste der Freiheit nach französischer Hilfe verlangten, öffnete doch auch manchem weit links Stehenden die Augen. Ein allgemeiner Ekel ergriff die Besten, in den ersten Wochen noch vermischt mit banger Furcht für die Zukunft des deutschen Vater-

landes. Ein großer Aufwand, so urteilten viele und nicht die Schlechtesten, war schmählich vertan.

Diejenigen irren nun freilich, die meinen, König Friedrich Wilhelm IV. habe diese Entwicklung mit innerer Befriedigung mit angesehen. Im Gegenteil war und blieb die deutsche Einigung ein Lieblingstraum seines Herzens; er meinte es wirklich ernst mit dem „Anrecht", von dem er zu der Deputation gesprochen hatte. Der „latente deutsche Gedanke" in seiner Seele wirkte stärker, als man nach seinen Taten glauben möchte. Eben in jenen Zeiten begann Radowitz seinen bedeutenden Einfluß auf den König auszuüben. In vielen Punkten seines Charakters dem König ähnlich, aus der Reichsversammlung selbst hervorgegangen, mit zahlreichen Mitgliedern derselben in freundschaftlichem Verkehr stehend, wegen seiner lauteren Gesinnung allgemein geschätzt, hochbegabt und vielseitig, stand Radowitz auf dem Standpunkte einer klein-deutschen Einigung Deutschlands unter preußischer Führung mit möglichst enger Union mit Österreich. Er traf mit diesem Grundprogramm auf verwandte Seiten in der Seele des Königs, und aus dieser Grundstimmung heraus ist der Gedanke der preußischen Union entstanden, dessen erster Ausdruck das sogenannte Dreikönigsbündnis war.

Die Verhandlungen hierüber begannen im Grunde schon mit einer Zirkulardepesche der preußischen Regierung an die Bundesregierungen vom 3. April 1849 über die Bereitwilligkeit der einzelnen Regierungen zu näheren Erörterungen der deutschen Einheitsfrage. Die Zeit war für solche Verhandlungen besonders günstig, denn Österreich war gerade damals aufs gefährlichste von dem ungarischen Aufstande bedroht: sein Heer war völlig geschlagen, die Ungarn rückten auf Wien vor. So konnte die schroff ablehnende Haltung Österreichs gegenüber der preußischen Union wohl in der Seele des Königs Hemmungen hervorrufen, im übrigen aber vorläufig keine politischen Wirkungen zur Folge haben. Am 17. Mai begannen die von der preußischen Regierung berufenen Konferenzen in Berlin, am 26. Mai wurde hier zunächst mit Sachsen und Hannover die preußische Union geschlossen, am 28. der Verfassungsentwurf der drei Königreiche veröffentlicht.

Der Entwurf trägt den Stempel Radowitzschen Geistes an der Stirn, die Frankfurter Reichsverfassung ist in weitestem Umfange zugrunde gelegt, viele Paragraphen sind sogar wörtlich übernommen; aber der Entwurf stellt eine Abänderung dieser Verfassung vom fürstlichen und konservativen Standpunkt dar.

Das zeigt sich ganz besonders in den Bestimmungen über das Wahlgesetz: das demokratische — allgemeine, gleiche, geheime, direkte —

Wahlrecht ist verschwunden, an seine Stelle ist das indirekte Dreiklassenwahlrecht getreten, wie es — im ganzen — später in die preußische Verfassung aufgenommen ist. Zahlreiche Abänderungen der Grundrechte sind mit Rücksicht teils auf die öffentliche Ordnung, teils auf die Mannigfaltigkeit der örtlichen Zustände getroffen worden: im Reichstage soll das Staatenhaus gleiche Berechtigung mit dem Volkshause erhalten; die Befugnisse der Reichsgewalt gegen die Einzelstaaten sind genau abgegrenzt; die Rechte der Einzelstaaten im allgemeinen stärker gewahrt; die Einnahmen des Reiches sind auf Matrikularbeiträge beschränkt. Ganz erheblich ist die Stellung der einzelnen Bundesfürsten gebessert: kein erbliches Kaisertum ist hier gefordert, statt seiner sehen wir vielmehr ein Fürstenkollegium (Preußen und Bayern mit je einer Stimme), die übrigen Staaten (außer Österreich) mit vier Kuriatstimmen. An die Spitze des Reiches tritt der preußische König als Reichsvorstand. Das Fürstenkollegium erhält die verfassungsmäßige Mitwirkung an der Gesetzgebung, der Reichsvorstand die Exekutive — eine Lösung, die die Kleinstaaten und namentlich die Mittelstaaten gar nicht befriedigen konnte*). Aber so stark auch die Kritik des Planes naturgemäß sofort einsetzte, das mußte doch jeder sagen, der vormärzliche Verhältnisse kennen gelernt hatte: es wäre noch vor anderthalb Jahren ganz unmöglich gewesen, daß ein solcher Entwurf von den Regierungen dem deutschen Volke angeboten wurde. So mußte er in allen Gemäßigten, denen es nicht bloß um Kritik, sondern um positive Ergebnisse ihrer politischen Arbeit zu tun war, im höchsten Maße zur Mitarbeit reizen.

2. Die ersten vorbereitenden Schritte für die Gothaer Versammlung.

Die Erbkaiserlichen aus dem Frankfurter Parlament standen vor einer schweren Entscheidung. War der Berliner Entwurf doch eine Fortsetzung ihres eigensten Werkes, und brachte er doch eine große Anzahl von allergewichtigsten Änderungen in Punkten, die gerade sie schon bei der Beratung als Fehler und Mängel erkannt und zum Teil aufs heftigste bekämpft hatten. Und dann: die Einsicht, daß Österreich nun und nimmermehr den deutschen Bundesstaat wollte, war ihnen gerade in den letzten Wochen gewisser als je geworden. Das Heil — das wußten sie — lag trotzalledem in Preußen.

*) Vgl. v. Sybel a. a. O., Bd. I, S. 245 f.

Aber freilich: sollten sie sich nun von der Frankfurter Verfassung, trotz des Beschlusses des Parlaments, an ihr unverbrüchlich festzuhalten, nach so kurzer Zeit lossagen zugunsten eines Entwurfes, den sie doch in vielen Punkten wiederum nicht billigen konnten? Der insbesondere ein Wahlrecht vorschlug, das nicht nur den Demokraten, sondern auch den gemäßigten Liberalen bis weit in die rechtsstehenden Kreise mißfallen mußte? Konnten sie ferner auf die Festigkeit des Königs vertrauen, der sie soeben erst so schwer enttäuscht hatte? Und würde nicht im besten Falle ein norddeutscher Sonderbund herauskommen? Ja waren die beiden Königreiche Sachsen und Hannover überhaupt sichere Mitglieder des Bundes? Warteten sie nicht jetzt schon auf die erste Gelegenheit zum Abfall von dem Bunde, den sie soeben erst, durch die Not, nicht durch die Liebe gedrängt, geschlossen hatten? Würde nicht die zweite Enttäuschung ebenso sicher kommen, wie die erste gekommen war? Und würden sie, die „Frankfurter Schiffbrüchigen", etwas anderes ernten als Hohn und Spott bei den Demokraten, mitleidige Verachtung bei den Reaktionären; würden sie nicht, zumal im Falle des Mißlingens, für alle Zeit mit den Spottnamen der Halben, der schwankenden Gestalten dastehen?

Die meisten von ihnen hätten, wenn nicht schon früher, gegen Ende Mai Frankfurt verlassen. Sie waren aufs tiefste mißgestimmt, teilweise geradezu krank. Die Anarchie der Revolutionäre widerte sie, die maßvollen Männer, an. In der freien Luft der Berge, im Schoße der Familie, die sie so lange entbehrt hatten, in der Arbeit, dem besten Heilmittel für Sorgen, suchten sie Genesung. Viele von ihnen hätten am liebsten aller Politik Lebewohl gesagt. Sie waren wie Jünger, die ihren Meister verloren haben und keine Hoffnung mehr auf die Dauer seines Werkes besitzen. Sie waren, wie ein Zeitgenosse es ausdrückt, auf dem stolzen, mächtig dahinrauschenden deutschen Rhein gefahren und hatten es erleben müssen, daß seine Ufer immer flacher wurden und er selbst immer mehr versandete, bis sie die Weiterfahrt schwer enttäuscht aufgeben mußten*).

Einige waren noch in Frankfurt selbst oder in der Umgegend, wo sie ihre Heimat hatten, geblieben, so die beiden Gagern, Heinrich und sein Bruder Max, ferner Dahlmann aus Bonn, die drei Badenser Mathy, Bassermann, von Soiron, und vorübergehend manche andere aus allen Teilen Deutschlands, so z. B. der Preuße Widenmann aus Düsseldorf, der Sachse Koch aus Leipzig, der Bayer Graf Giech aus Thurnau u. a. m. Es waren Namen von allerbestem Klang, allen

*) In der „Goth. Zeitung" vom 12. 6.

voran Heinrich von Gagern. Man kann sich kaum einen Begriff davon machen, wie dieser Mann damals weit über die Grenzen seiner Parteigenossen verehrt wurde. Er war schon im Vorparlament und dann in der Frankfurter Reichsversammlung vom ersten Tage an der geistige Führer des Parlaments gewesen: lange Zeit ihr Präsident, dann Ministerpräsident, in beiden Stellungen sich gleichbleibend durch den idealen Schwung seiner Gedanken, den absolut reinen Patriotismus seines Herzens, die von allem Partikularismus und Ultramontanismus und Radikalismus gleich freie, hohe und reine Gesinnung, so spiegelten sich in diesem Hessen am besten und schönsten die Ideale seiner Partei wider: Einheit und Freiheit des Vaterlandes. Schon äußerlich eine Idealerscheinung wirkte er weniger durch die zwingende Kraft und Klarheit seiner Gedanken, als durch die hinreißende Wärme, mit der er sie vortrug, und durch seine ganze Persönlichkeit, die mit der Sache, die er vertrat, stets untrennbar verschmolzen schien. Daß ihm der praktische Blick für die Realitäten des Lebens, auch des Staatslebens fehlte, hat erst eine spätere Zeit erkannt, die ihn dann zu Unrecht allzu tief eingeschätzt hat, wie ihn seine Zeitgenossen unzweifelhaft eben so ungebührlich überschätzten. Er bleibt eine Siegfriedgestalt in der Geschichte Deutschlands, die ihren Geschichtsschreiber noch erst finden soll*). Sein Bruder Max war in allen Punkten sein Adjutant, sehr arbeitsfreudig, in diplomatischen Geschäften freilich nicht immer glücklich, aber voll Eifers und redlichsten Willens. Er hatte damals seinen Wohnsitz in Frankfurt, Heinrich von Gagern wohnte in naher Nachbarschaft auf dem väterlichen Gute in Hornau. Beide waren durch Amtsgeschäfte nicht gebunden, und daher zu neuer Arbeit im Dienste der Politik gern bereit und wohl befähigt. Von etwas anderer Art waren die Badenser, Mathy, v. Soiron und Bassermann. Mathy, der bedeutendste von ihnen, außerordentlich klug und geschäftsgewandt, immer, auch in den schwierigsten Lagen, entschlossen, den Mut zu behalten und am Vaterland nicht zu verzweifeln, dabei sehr gewandt, geschäftsfreudig und stets voller Zuversicht, eine echte Journalistennatur im guten Sinne des Wortes. v. Soiron, ein scharfer satirischer Kopf, von Vincke einst als „Vertreter des gesunden Menschenverstandes" bezeichnet, viel genannt deshalb, weil er einmal den Satz aufgestellt hatte, das Parlament habe „einzig und allein" die Verfassung zu geben, war längst mehr und mehr als Mann der Ordnung und starker Feind der Demokratie erwiesen, deren Schwächen und Fehler er schärfer als einer erkannte und schonungslos aufdeckte

*) Vgl. bes. Laube a. a. O., Bd. III, S. 453 ff.

und kritisierte. Bassermann, einst Unterstaatssekretär im Justizministerium, war damals vielleicht der preußenfreundlichste von den dreien, leicht verstimmt und zu Pessimismus neigend, auch wohl mißtrauisch, selbst gegen nahestehende Freunde, aber voll ehrlichster und reinster Vaterlandsliebe . . . alle drei mit dem raschen und heißen Blut der Badenser, alle drei aufrichtig liberal und doch, ja vielleicht eben darum von Abscheu erfüllt gegen alles Demagogentum, wie es ja gerade in jenen Wochen in ihrem Musterländchen so krasse Orgien feierte.

Der bekannteste und verehrteste Mann neben H. v. Gagern war ohne Zweifel Prof. Dahlmann. Er galt als der geistige Vater der Frankfurter Verfassung und als der am tiefsten historisch und politisch Gebildete im Parlament. Eine hervorragend genaue Kenntnis der Verfassungen der konstitutionell regierten Staaten, ein feines Verständnis für das, was der Gegenwart und dem eigenen Volke in politischer Hinsicht frommte und nicht frommte, dabei ein starker unbeugsamer Rechtssinn, Geradheit und Unbestechlichkeit des Urteils zeichneten ihn aus. Ein gewisser doktrinärer Zug und eine große Starrheit im Festhalten des einmal für Recht Erkannten gingen freilich damit Hand in Hand, und diese Eigenschaften machten ihm eine praktische politische Wirksamkeit schwer. Es bleibt bezeichnend, daß es ihm im Herbst 1848 trotz aller Bemühungen nicht gelang, im Auftrag des Reichsverwesers ein neues Ministerium zustande zu bringen.

In diesem Kreise gewann der Gedanke Max von Gagerns, die alten Freunde möglichst rasch zu einer Besprechung über den preußischen Unionsentwurf einzuladen, feste Gestalt. Am Sonntag, den 3. Juni, unterzeichneten sie bei einer Zusammenkunft in Frankfurt einen Aufruf, der die Parteigenossen zu einer Besprechung nach Gotha einlud:

Aufforderung zu einer Zusammenkunft in Gotha.

Der von den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover ausgegangene Entwurf einer Reichsverfassung läßt es den Unterzeichneten wünschenswert erscheinen, daß eine größere Anzahl politischer Freunde, welche in der Nationalversammlung die Durchführung der Reichsverfassung vom 28. März auf friedlichem und gesetzlichem Wege angestrebt und seitdem in vielen deutschen Gauen die öffentliche Stimmung von neuem kennen gelernt haben, sich sobald tunlich wieder zu einer Besprechung zusammenfinden. Ein möglichst übereinstimmendes Verhalten in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes, insbesondere gegenüber der obschwebenden Frage der Reichstagswahlen für diejenigen Staaten sowohl, welche jetzt die Reichsverfassung vom 28. März

anerkennen, als auch für diejenigen, welche ebenso wie die drei obengenannten Königreiche vorher noch Modifikationen für nötig erachten, wird der Gegenstand der Beratung ausmachen.

Die Unterzeichneten schlagen zu diesem Zweck eine Zusammenkunft am 26. d. M. in Gotha vor und laden Sie dringend ein, bei derselben zu erscheinen.

Frankfurt a. M., den 3. Junius 1849.

Dahlmann. Francke. H. v. Gagern. M. v. Gagern. Graf Giech. Mathy. Rümelin. von Soiron. Widenmann.

Neben den bereits genannten Führern finden wir noch einige Namen von gutem Klange, den warmen Vaterlandsfreund Graf Giech aus Thurnau in Bayern, den wackren Schleswig-Holsteiner Francke, der schon im Parlament stets warm für sein engeres Vaterland eingetreten war, den trefflichen Schwaben Prof. Rümelin aus Stuttgart, der so tapfer seinen zumeist ultramontan oder demokratisch gesinnten Landsleuten gegenüberzutreten wußte, und dessen Parlamentsberichte im Schwäbischen Merkur weit über Württembergs Grenzen hinaus wegen ihrer feinsinnigen Beobachtung und ihrer politischen Klarheit berechtigtes Aufsehen erregt hatten, den hervorragenden Düsseldorfer Juristen Widenmann endlich, der einst in der Reichsversammlung lange Zeit den Posten eines Unterstaatssekretärs im Ministerium bekleidet hatte. Es bestand zunächst die Neigung, die Versammlung bereits auf den 15. festzusetzen, so wollte es besonders Max von Gayern, offenbar, weil keine Zeit zu verlieren sei; für den späteren Termin entschied jedenfalls die Erwägung, daß der 15. gar zu kurz angesetzt sei, und die stille Erwartung vieler, daß bis Ende des Monats der badische Aufstand durch die Gewalt der preußischen Waffen niedergeschlagen sein würde.

So stimmten denn unter den neun Einberufern gerade die Gemäßigtsten für den späteren Termin. Die Stadt Gotha empfahl sich als Versammlungsort aus mancherlei Gründen. Sie lag in der Mitte Deutschlands, von allen Seiten fast gleich gut erreichbar. In eine preußische Stadt, etwa Erfurt, wollte man nicht gehen, um nicht von vornherein manche süddeutsche Freunde stutzig zu machen. Gotha war zudem die Residenz eines Herzogs, der seine patriotische und verfassungsfreundliche Gesinnung oft bekundet hatte. Endlich durfte man annehmen, daß der Frankfurter Abgeordnete für Gotha, Hofrat F. G. Becker, der sich in Frankfurt als Geschäftsführer im Kasinoklub ausgezeichnet bewährt hatte, die Versammlung in Gotha ebenfalls in bester Weise vorbereiten und alle äußeren Angelegenheiten aufs vortrefflichste regeln werde.

Die Versammlung war von Anfang an als eine reine Privatbesprechung gedacht*). Deshalb sollten, trotz der Einladungen in den Zeitungen, die nur den Zweck hatten, in der Öffentlichkeit auf die bevorstehende Tagung und ihre Ziele hinzuweisen, nur diejenigen Zutritt erhalten, die ausdrücklich persönliche Einladungen erhielten. Auf diese Weise hoffte man nicht nur vor unliebsamem Besuch geschützt zu sein, sondern auch der Gefahr zu entgehen, daß die Regierungen den Eingeladenen den Urlaub verweigerten, weil sie naturgemäß nach ihrer Abberufung der Abgeordneten aus Frankfurt der Gothaer Versammlung keinerlei offiziellen Charakter zuerkennen durften.

Der Zweck der Versammlung war somit von vornherein klar; neben der Absicht der alten Parteifreunde, nach so viel gemeinsamem Erleben mit Freuden und Leiden, Arbeiten und Sorgen sich einmal wiederzusehen, war es der Wunsch, zu dem Verfassungsentwurf der drei Königreiche Stellung zu nehmen und zugleich die Frage der Gründung einer Parteiorganisation zu beraten, die notwendig erschien, wenn die gemeinsamen Gedanken nicht überhaupt im Strome der Zeitereignisse und der politischen Entwicklung völlig wieder verschwinden sollten.

Mit großem Eifer gingen nunmehr die Führer daran, zunächst die näheren und einflußreicheren Freunde einzuladen und zugleich in der Presse die Versammlung vorzubereiten.

Noch jetzt ist es von höchstem Interesse, die Zeitungsstimmen und namentlich die Äußerungen der hervorragenden nationalen Politiker in jenen Wochen kennen zu lernen, weil sich in ihnen anschaulich Stimmungen und Überzeugungen, Hoffnungen und Enttäuschungen und damit die gesamten politischen Grundgesinnungen jener Männer wie in einem noch heute völlig unverblaßten Spiegel darstellen.

Namentlich die Deutsche Zeitung, die unter Mitwirkung von Dahlmann, Gervinus u. a. von Heinrich Kruse vortrefflich geleitet wurde, brachte bereits am 5. Juni einen vorbereitenden Artikel: Als wichtigstes Ziel wird darin die Schaffung eines neuen Reichstags hingestellt, der baldigst zusammentreten und dem die endgültige Beschlußfassung über den neuen Entwurf vorbehalten werden müsse. Als schlimmste Gefahr erscheint die Möglichkeit, daß manche Staaten aus partikularistischen Interessen sich absondern. Darum schuldet es die Mittelpartei sich und dem Vaterlande, gemeinschaftlich zu handeln. „Deutschland erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit tut und wenn sein Name gerufen wird, antwortet: Hier.“ Schon zwei Tage später erschien eine vielbesprochene

*) Vgl. bes. die Briefe von Max von Gagern an Becker. Beilage.

Mahnung, die zumeist auf H. v. Gagern zurückgeführt wurde, tatsächlich aber von Dahlmann herrührte:

„Ich denke", so heißt es darin, „Preußen hat schon jetzt das Gefühl, daß Niederreißen leichter ist als Aufbauen. Was es in kurzsichtigem Übermut verschmähte, weil es von Volkshänden geboten ward, das trachtet es jetzt aus Fürstenhänden zu erlangen. Aber diese Hände wollen sich nicht öffnen, und statt die Zustimmung aller Regierungen zu bringen, wie man sich gerühmt hatte, tritt man kümmerlich mit zweien auf oder eigentlich mit einer; denn schon hat der König von Sachsen sich erklärt, daß er seine Landesversammlung vorher fragen müsse. Wird aber sie einwilligen? Haben sich doch bisher alle Volksvertretungen für die Reichsverfassung vom 28. März ausgesprochen! . . . . Aber nicht, um noch einmal daran zu erinnern, wie unermeßliche Güter am 3. April frevelhaft verscherzt sind, ergreife ich die Feder; darum nicht. Im Vaterlande gibt es keinen Feind, dem man nicht getrost die Brücke zur Verständigung bauen dürfte. Und so mag denn gern anerkannt sein, daß im Berliner Entwurf ein großer Schritt vorwärts zur allseitigen Verständigung getan ist." Und nun rühmt Dahlmann, daß dem Entwurf die Reichsverfassung vom 28. März zugrunde gelegt ist und einzelne Mängel dieser Verfassung beseitigt sind, „wenn es gleich schwer sein dürfte, auch nur eine einzige lobenswerte Bestimmung desselben zu nennen, die nicht schon in den Vorschlägen des Verfassungsausschusses enthalten wäre." Den Vorzügen ständen freilich manche Gebrechen gegenüber, „die wir aufs gelindeste Mangel an politischer Übersicht nennen wollen." Hierzu rechnet er insbesondere den Aufbau der Reichsfinanzen auf bloße Matrikularbeiträge und die „sehr kümmerlichen" Bestimmungen über den „Reichsvorstand" und das „Fürstenkollegium", worin das alte Direktorium wieder auflebe. „Hoffen wir, daß der heiße Sommer in manchem harten Ministerschädel noch ein paar andere Ideen zeitigen werde. . . . Hoffen wir also, und es kann Frieden werden. Denn wie wir im Angesichte eines unabsehlichen Bürgerkriegs stehen, müssen untergeordnete Erwägungen, wie wichtig sie an sich selber sind, zurückweichen, und auch das Werk der Nationalversammlung darf seine Integrität nicht höher stellen als die Rettung unsers von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohten Vaterlandes. Wir sprechen in diesem Sinne den dringenden Wunsch aus, daß jeder aufrichtige Freund der Reichsverfassung aufrichtig die Hand dazu biete, daß ein zwischen den Regierungen der anerkannten Reichsverfassung und den zum Sonderbunde vereinten drei Königreichen zu vereinbarender deutscher Reichstag möglichst bald zusammentrete. Nach welchem Wahlgesetz dies geschehe,

möge jeder Regierung überlassen bleiben. ... Wäre die mit patriotischer Hingebung dargebotene Kaiserkrone hochherzig angenommen worden, das Gefühl der allgemeinen Befriedigung, durch alle Adern des Vaterlandes strömend, hätte uns auf dem Grunde eines sehr gewagten Wahlgesetzes gute Wahlen gegeben, und es gibt einmal kein Wahlgesetz in der Welt eine sichere Bürgschaft." Dahlmann kritisiert es sodann, daß nach dem Entwurf vier Gesetzgebungsfaktoren vorgeschlagen seien (Reichsvorstand, Fürstenkollegium, Staatenhaus, Volkshaus), wodurch eine einheitliche Reichsregierung unrettbar verloren gehen müßte, und empfiehlt die Wiedereinführung eines Reichsrats nach dem Frankfurter Entwurf. „Der Deutsche will fortan Fürsten, die der Reichsverfassung und dem einheitlichen erblichen Oberhaupte sich unterordnen; das ist der Strahl, der aus der zu Frankfurt geschaffenen Reichsverfassung hervorbrechend, die allgemeine Begeisterung unseres Volkes entzündet hat.... Mögen treugemeinte Mahnungen eine gute Stätte finden. Die grausamen Erfahrungen der letzten zwei Monate haben den vor kurzem noch dichten Wald der deutschen Monarchisten entsetzlich gelichtet und manchen entschlossenen Vorkämpfer irregemacht. Ein edler Dichtergreis warnte aus dieser Vorahnung kürzlich: „Ihr Könige, habt acht!"*) Die Schwächen eines einzigen Herrschers, sie sind erträglich, denn jeder gleicht sie durch das Gefühl der eigenen Gebrechlichkeit aus; allein es ist schon unendlich viel dem deutschen Volke angemutet, dreißig Herrscher annehmen zu sollen, seitdem es seiner Einheitlichkeit innegeworden ist. Wollen diese nun vollends, statt dem Reiche dienstlich zu sein, mitwirtschaften an der Reichsregierung, ein Tor ist, der da glaubt, solche Ordnung könne Bestand haben. Ich rühme mich keiner Prophetengabe, allein ich spreche ungescheut aus, was mein inneres Gemüt mir sagt: Sollte diese große Bewegung an dem Übermut der Könige von Napoleons Gnaden scheitern und das Heil unseres Volkes sich noch einmal zur Nebensache verflüchtigen, so hemmt, wenn es abermals flutet, kein Damm die wilden Gewässer mehr, und der Wanderer wird die Reste der alten deutschen Monarchie in den Grundgewölben ihrer Dynastieen aufsuchen müssen." — Wir sehen: in dieser „Mahnung" spricht der Zorn eines Mannes, der die Vernichtung seines eigensten Werkes hat erleben müssen und nunmehr nur schwer sich an den Gedanken gewöhnen kann, dem Entwurf der Regierungen Vertrauen entgegenzubringen, der aber doch im Grunde seiner Seele davon überzeugt ist, daß der in Frankfurt ausgestreute Same, „tief in die Furche des deutschen Gemüts gegraben", noch einmal gute Früchte bringen muß.

*) Gedicht von E. M. Arndt, veröffentlicht in der „D. Z." vom 4. Mai.

In den gleichen Tagen wandten sich eine größere Anzahl der ehemaligen Erbkaiserlichen mit Erklärungen an ihre Wähler, um diesen ihren Austritt aus der Versammlung und ihre weitere Bereitwilligkeit, auf der Grundlage des preußischen Regierungsentwurfs an dem Aufbau des neuen Deutschlands auch fernerhin mitzuarbeiten, darzutun. Es ist klar, wie bei aller Gleichgestimmtheit der Grundanschauungen die Verschiedenheit zwischen Nord und Süd, Ost und West, zwischen mehr konservativer und mehr freisinniger Anschauung sich in allen diesen Äußerungen deutlich nachweisen läßt. Im allgemeinen muß man immer wieder erkennen, ein wie starkes Mißtrauen in allen nichtpreußischen Kreisen, ja bis weit hinein in die neupreußischen Kreise gegenüber der preußischen Regierung besteht. Selbst der alte E. M. Arndt, als feuriger Vertreter des preußischen Erbkaisertums bewährt, läßt in seiner Erklärung [1]) deutlich durchblicken, daß seine Überzeugung, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, doch mehr aus theoretischen vernünftigen Erwägungen stammt, als aus der Liebe des durch Geburt zum Hause gehörigen Landeskindes: Ihm steht der Glaube fest, daß das deutsche Volk das erste der Welt ist, und daß es zu der ihm gebührenden Herrschaft nur durch Preußen gelangen kann. „Wir wollen und müssen einen deutschen Oberkönig, einen Kaiser haben über Fürsten und Volk. Zu dieser erhabenen Rolle ist keiner berufen als Preußen durch seine Stellung und Macht. . . . Preußen ist der unvermeidlichste und unumgänglichste deutsche Kaiser." Von diesem Standpunkte aus zwackt ihm der Dreikönigsentwurf zu viel ab von der Kaisergewalt, schon deshalb, weil er den Kaisertitel vermeidet und im Fürstenkollegium den Gedanken des Direktoriums wieder aufleben läßt. „Doch . . . . wir wollen noch hoffen auf die Weisen von Gotha und auf eine mögliche Vermittelung und Verständigung und auf das nächste deutsche Parlament [2])."

Am meisten beachtet wurde die Erklärung von Max von Gagern vom 15. Juni, auch schon deshalb, weil er hierin die Einberufung der Gothaer Versammlung rechtfertigt [3]). Diese Erklärung ist deshalb so charakteristisch, weil sie von einem Nichtpreußen an Wähler aus einem Bezirke (Trier) gerichtet ist, der zwar damals bereits seit einem Menschenalter zu Preußen gehörte, in der Gesinnung aber stark antipreußisch und österreichfreundlich und zugleich streng katholisch gerichtet war. „Von uns Süd- und Westdeutschen", so schreibt er über das Frankfurter

1) Als Broschüre erschienen, vgl. auch „Deutsche Zeitung" vom 23. 6.
2) „Deutsche Zeitung" vom 23. 6., Leitartikel Nr. 171, 2. Beil.
3) „Deutsche Zeitung" vom 19. 6.

Parlament, „fühlten sich viele zu den Österreichern mehr hingezogen als zu den altpreußischen Abgeordneten. Aber es war kein einheitliches Staatsgebilde mit Österreich zusammen ohne Verlust der einheitlichen Regierung, der Volksvertretung und anderer wesentlicher Freiheitsrechte möglich. Immer mehr wuchs daher in der Versammlung die Überzeugung, daß Preußen als der mächtigste rein deutsche Staat an die Spitze Deutschlands kommen und dazu eine möglichst enge Union mit Österreich geschlossen werden müsse." [Preußen allein ist zum Führerstaat geeignet mit Rücksicht a) auf sein vortreffliches Heer, b) auf den Zollverein, c) auf die konstitutionelle Staatsverfassung, die es geschaffen hat]. „Bei aller Anerkennung dieser Tatsachen fühle ich mich gänzlich frei von jeder persönlichen Rücksicht oder Neigung. Nichts ist mir so fern als eine parteiische Verblendung oder unbedingte Bewunderung für die preußische Monarchie oder gar für die vermeintliche Überlegenheit der Intelligenz in der preußischen Residenz und Beamtenwelt. Unsere Hoffnung .... war, daß jenes früher fremdartige Preußen, wo nicht .... in Deutschland aufgehen, doch immer mehr den übrigen Stämmen gleichartig werden sollte. ... Der Plan unserer Partei, daß das Haus Hohenzollern gegen die erbliche Kaiserkrone verzichten müsse auf das abgeschlossene überspannte brandenburgische Königtum, das einst unser altes Deutsches Reich zugrunde gerichtet hat, dieser Plan der Mehrheit, der am 28. März in der Reichsverfassung siegte, war allerdings eine gewagte Rechnung, aber es war kein schlau berechneter Staatsstreich." ... (Die beiden Vorwürfe, die sich gegenseitig aufheben, daß wir in Frankfurt im geheimen Einverständnis mit Berlin gehandelt, und daß wir zu wenig Rücksicht auf Berlin genommen hätten, sind gleich ungerechtfertigt). Es hat niemand ein Recht zu untersuchen, ob die schließliche Ablehnung der Königsmacht in einem gewissenhaften Rechtsbedenken ihren Grund hatte oder mehr in der stolzen Abneigung gegen die Quelle der Gewalt und die Bedingungen der Reichsverfassung." Gewiß hätten viele Parteigenossen — nicht er selbst — in Frankfurt die Verpflichtung eingegangen, daß die Reichsverfassung nicht geändert werden dürfe; inzwischen seien aber die Verhältnisse anders geworden: Preußen habe „unbefugt und voreilig" seine Abgeordneten aus Frankfurt zurückberufen, die dadurch hervorgerufene Mißstimmung habe zum Siege des Radikalismus in der Kammer geführt; die Aufstände und die Verbindung mit der auswärtigen Revolution seien die weiteren Folgen gewesen; schließlich sei für die gemäßigten Erbkaiserlichen kein Weg mehr übrig geblieben als der Austritt. War denn nun aber die Reichsversammlung nutzlos? Und ist die Reichsverfassung vom 28. März verloren? Nein; noch besteht die

Reichsverfassung: 29 Staaten haben sie unterschrieben, auch die preußische Union hat viele ihrer Bestimmungen wörtlich oder wesentlich übernommen. Über die Verschiedenheiten aber muß man zu einer Einigkeit kommen. Darum ist die Besprechung in Gotha notwendig. „Ich werde", so schließt M. v. Gagern, dort dahin zu wirken suchen, „daß mit aller Anstrengung, mit aller Selbstüberwindung, aber auch mit aller Entschiedenheit sobald als möglich ein gemeinsamer ordentlicher Reichstag, nicht für ein Großpreußen oder Norddeutschland, sondern für Deutschland in den Grenzen der Reichsverfassung möglich gemacht und zustandegebracht werde."

M. v. Gagern will also Preußen den Vorrang in Deutschland geben, aber dies Preußen soll versprechen, wie es Friedrich Wilhelm IV. am 21. März 1848 getan hatte, in Deutschland aufzugehen. Man muß unwillkürlich lächeln, wenn man sieht, wie hier von jemand, der doch mit der preußischen Regierung gehen will und eingesteht, daß mit bloß moralischen Eroberungen nichts zu erreichen ist, wenn nicht reale Mächte dahinterstehen, dieser Regierung in einer fast schulmeisterlichen Weise ein Tadelsvotum für die Vergangenheit und Besserungsvorschriften für die Zukunft erteilt werden. Ist es denkbar, so fragen wir uns, daß ein großer, stolzer und selbstbewußter Staat eine solche Sprache von jemand, hinter dem nur moralische, aber keine realen Mächte stehen, sich gefallen läßt? Die Politiker von damals waren eben doch zum großen Teile merkwürdig naiv und unpolitisch; und bei M. v. Gagern zumal blickt hinter dem Gesicht des preußischen Erbkaiserlichen schon hier deutlich das Gesicht des späteren österreichischen und ultramontanen Staatsmannes hervor, über dessen „Gesinnungswechsel" man also nicht allzusehr überrascht zu sein braucht.

Man darf freilich nicht glauben, daß solche antipreußischen Stimmungen den Kreis der Frankfurter Parteifreunde beherrschten, oder daß sie auch nur die Meinung des größten Teils der Parteigenossen darstellte. Im Gegenteil, die Mehrzahl der politischen Freunde bestand ja aus Preußen, die es waren durch Geburt wie durch Gesinnung, und die im Herzen, so gut deutsch sie gesinnt waren, so schmerzlich sie die Stellungnahme des Königs und seiner Regierung empfanden, doch weit entfernt waren von der Zustimmung zu dem politischen Dogma eines Max von Gagern, ja selbst eines Dahlmann. Unter ihnen ragte der Großkaufmann v. Beckerath vor, unzweifelhaft eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der erbkaiserlichen Partei. Stolzer Preuße, dabei aufrichtig deutsch gesinnt, vorurteilsfrei und weitherzig, fromm und frei, treu und ernst, hatte er die allgemeine Verehrung seiner Parteigenossen und des ganzen

Parlaments gefunden und war außerdem persona grata beim König, der ihn noch vor kurzem empfangen hatte und ihn trotz, ja vielleicht gerade wegen seines ehrlichen Freimuts, hochschätzte. In Frankfurt hatte ihn das Vertrauen des Reichsverwesers und der Versammlung zum Reichsfinanzminister gemacht. In den preußischen Landesteilen am Niederrhein genoß er ein Ansehen, wie sonst keiner unter den Parteigenossen; es war klar, daß die Freunde in Frankfurt besonders mit ihm rechnen mußten.

Mathy übernahm die Verhandlungen mit ihm*). Am 2. Juni schrieb er ihm einen sorgenvollen Brief. Der kluge und gewandte Badenser stand ihm unter den Freunden am nächsten, wie ihm denn unter den in Frankfurt Versammelten das Verständnis für norddeutsches und besonders preußisches Wesen am stärksten aufgegangen war.

Beide hatten treu im Parlament und in der Regierung der Zentralgewalt zusammen gearbeitet und dabei sich schätzen gelernt, von Beckerath als Minister und Mathy als sein Unterstaatssekretär. In ihrer Abneigung gegen allen Radikalismus waren sie einander gleich; der Brief, den Beckerath am 4. Juni an Mathy richtete, ist dafür ungewöhnlich bezeichnend:

„Preußen hat sein schwer verpfändetes Wort gelöst, es hat sich zu einer nationalen, freiheitlichen Bundesreform bekannt, und wie verletzend es auch für die Nationalversammlung und für die durch sie vertretene Nation war, daß man den Weg der Neugestaltung nicht mit ihr zunächst, sondern vorab mit den Fürsten gehen wollte — die dies am bittersten empfunden haben, die sind auch gerade die edelsten Patrioten, die nicht um subjektiver Befriedigung willen, sondern zur Rettung und Erhebung Deutschlands eine aufopfernde Wirksamkeit ausgeübt haben; sie werden, wenn der Zweck erreicht ist, die erlittene Kränkung verschmerzen, sie werden, wenn die Nation ihre Wiedergeburt feiert, das traurige Hinsterben der Nationalversammlung vergessen über der Freude, daß das Ziel, wenn auch mit schmerzlichem Ringen, erreicht ist, daß das Kind, wenn auch nach den heftigsten Wehen, zur Welt geboren wird. . . . .

Die Anschauung, die sich in Frankfurt gebildet und die in dem Gagernschen Programm ihren Ausdruck gefunden hat, bildet auch die Grundlage des Regierungsentwurfs. Ein Deutschland unter Preußens Oberleitung im Bundesverhältnis mit dem als integrierenden Teil aus-

---

*) Vgl. hierzu Freytag, Mathy, ferner die Biographieen von Beckerath von Kopstadt und Oncken und namentlich die Ungedruckten Briefe Mathys in der Deutschen Revue von 1882.

scheidenden Österreich — diesen die deutsche Zukunft entscheidenden Gedanken Gagerns hat die Nationalversammlung . . . adoptiert und durch ihre parlamentarischen Kämpfe und . . . durch die Kaiserwahl so tief in das Bewußtsein der Nation eingesenkt, daß man sich auch in Berlin trotz der Sympathie mit Österreich, trotz des Zartgefühls für Bayern (wahrlich, es gab dort vieles zu überwinden!) genötigt gesehen hat, dieser Forderung der Nation Folge zu geben und dem an vielen Stellen so beharrlich befürworteten Direktorium — vulgo Bundestag — zu widerstehen. . . . Die Ausbildung der Verfassung wird naturgemäßer und für sie selbst gefahrloser in der Richtung erfolgen können, daß durch den überwiegenden Einfluß der Volksvertretung die Zentralisation, soweit die Einheit dies erfordert, verstärkt, als daß umgekehrt durch die Macht der Regierungen mit Hilfe des Staatenhauses einer etwaigen zu großen Beschränkung der Einzelstaaten entgegengetreten werden muß. . . . Wenn selbst die Vergleichung beider Verfassungen weniger günstig für die Berliner ausfiele, als dies nach meiner Meinung der Fall ist, es handelt sich nicht um eine mehr oder minder vollkommene Form für unser Nationalleben, es handelt sich um das Wesen selbst, um Sein oder Nichtsein der Nation, und schon der Instinkt der Erhaltung muß uns dahin führen, nach derjenigen Form zu greifen, die die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat und also die meiste Aussicht zeigt, durch Wiederherstellung eines öffentlichen Rechtszustandes der schauderhaften Lage ein Ende zu machen, in der wir uns jetzt befinden. Die höchsten Organe der Gesamtnation — Reichsversammlung und Reichsministerium — zu Karrikaturen herabgesunken, die einzelnen Staaten entweder der Anarchie verfallen oder durch Entwicklung der Militärkraft aufrecht erhalten, die Fürsten und Volksstämme uneinig und mißtrauisch — wahrlich, da muß der Gedanke finis Germaniae zu einer drohenden Wahrheit werden, wenn nicht bald wieder von einem lichten Mittelpunkte aus die Verdunkelung unserer Zustände bekämpft und besiegt wird. Greifen wir diesen Mittelpunkt da, wo die Macht der Verhältnisse ihn hingelegt hat, in der Verfassung der drei Regierungen, sehen wir hinweg von der formalen Seite der Sache, von dem Anspruch der Nationalversammlung, die Verfassung endgültig festzustellen, verkennen wir nicht, daß die Geltung des Regierungsentwurfs bedingt ist durch die Zustimmung der (freilich nach dem neuen Wahlgesetz berufenen) Vertretung des Bundesstaats, und bieten wir alles auf, um diesem Entwurf in der öffentlichen Meinung die verdiente Anerkennung und bei den Regierungen Annahme zu verschaffen. . . . Lassen Sie bei dieser Gelegenheit mich über eine betrübende Erscheinung aussprechen, die in den ersten Zeiten in der National-

versammlung so nachteilig auf das Verhältnis Preußens zur deutschen Sache eingewirkt hat und nun aufs neue zum Verderben unseres Vaterlandes einzuwirken scheint, ich meine den blinden Preußenhaß, ich sage blinden, weil diese leidenschaftliche Richtung in der Tat nicht gerechtfertigt ist. Was hat denn die preußische Regierung bei allen ihren Fehlern Schlimmeres in der deutschen Sache getan als Österreich und Bayern? War es nicht Österreich, das uns in perfider Weise durch seine Abgeordneten die Verfassung, an der es selbst keinen Teil nehmen konnte, verunstaltete, das mit Nichtachtung der Reichsgesetze Mitglieder der Nationalversammlung einstecken, erschießen ließ und noch in diesem Augenblicke mit allen diplomatischen Mitteln der deutschen Einheit und Freiheit widerstrebt? — Hat nicht Bayern an diesem selbstsüchtigen Treiben nach Kräften teilgenommen, seine Geldverbindlichkeiten gegen die Zentralgewalt unter nichtigen Vorwänden unerfüllt gelassen und bis zum heutigen Tage eine dem alten Bundestage nahekommende vielköpfige Zentralgewalt verlangt? — Dennoch hört man aus Süddeutschland nichts von Österreicher- oder Bayernhaß, nur Preußenhaß atmen die Blätter. . . . Verzeihen Sie mir meine Wärme, auch die deutschesten Preußen — und ich gehöre zu diesen — müssen ob solcher Anfeindung ergrimmen, wie wird es dann erst mit den undeutschen sein? . . . . Hier wie in der Rheinprovinz und in Preußen überhaupt herrscht die vollkommenste Ruhe und Ordnung; es war aber Zeit, daß die Regierung zeigte, wie sie, indem sie mit Energie die Ordnung herstellte, den Beweis gab, daß sie ihrerseits die höhere moralische Ordnung nicht länger verkennt. Seitdem die Verfassung veröffentlicht ist, sehe ich Land; steuern wir frisch darauf los!"

Am Sonntag, den 10. Juni, fand wieder einmal eine Besprechung der Freunde über die bevorstehende Gothaer Versammlung statt, diesmal auf einer sonnigen Taunushöhe vor der Ruine Falkenstein. Außer den alten hatten sich neue Freunde eingefunden; manche hatten in ausführlichen Briefen ihre Meinungen, Hoffnungen und Wünsche ausgesprochen. Kein Brief machte solchen Eindruck als der Beckeraths, den Mathy vorlas. Wenn ein Preuße aus dem linksrheinischen Lande so sprach, was müßte man dann erst von den Preußen aus den östlichen Provinzen erwarten! Hier steckte doch ein unzweifelhaft starkes und ehrliches Staatsgefühl, und hinter diesem Staatsgefühl stand eine wirkliche politische Macht, die schließlich doch den in Mittel- und Kleinstaaten Aufgewachsenen imponierte. Mathys Antwort an Beckerath vom 11. Juni ist ein Meisterstück ehrlicher und kluger Diplomatie:

„Sie bemühen sich, uns zu überzeugen, daß der preußische Entwurf

vom 28. Mai im wesentlichen den Anforderungen entspreche, die wir an eine Verfassung für den deutschen Bundesstaat stellen, und daß, selbst wenn diese Übereinstimmung in minderem Grade vorhanden wäre, die Zustände des Vaterlandes uns für die Annahme bestimmen müssen. Aber, lieber Freund, dies ist für uns keine Frage mehr. Ich glaube nicht, daß eine einzige Stimme sich dagegen erheben wird, daß der Entwurf dem Reichstage zur Zustimmung vorgelegt und daß er in kürzester Frist mit möglichst wenig Änderungen angenommen werde.

Die zunächst zu lösende Aufgabe ist: Einen Reichstag zu bekommen, wie ihn gleichmäßig beide Verfassungen, jene vom 28. März und die vom 28. Mai konstituieren. Dieser Reichstag aber muß von allen deutschen Staaten, mit Ausnahme Österreichs, beschickt werden, und dies erscheint uns nur dann schwierig, ja fast unmöglich, wenn Preußen darauf besteht, daß die Wahlen überall nach dem oktroyierten Wahlgesetze vorgenommen werden. Um nicht mißverstanden zu werden, muß ich vorausschicken, daß die hiesigen Freunde mit mir nichts einzuwenden haben, wenn nach dem oktoyierten Verfahren gewählt wird, daß aber die meisten an der Möglichkeit der Durchführung zweifeln. Das Gesetz enthält Vorschriften, welche auf Verhältnissen beruhen, die in den einzelnen Staaten so verschieden sind, daß sie sich nicht nach gleichen Normen behandeln lassen, so die Teilnahme an den Gemeindewahlen, die Zahlung einer direkten Steuer, die Einteilung in drei Klassen. In preußischen Zeitungen ist nachgewiesen, daß selbst in Preußen die strenge Befolgung des Gesetzes zu den auffallendsten Ungleichheiten und Mißständen führen würde, und in Baden z. B. wären Bassermann und ich vom Rechte zu wählen ausgeschlossen, weil wir im letzten Jahre nicht mehr in unserer Heimatgegend wohnten. Es wird nun, meines Erachtens, für das Zustandekommen des Reichstages wesentlich sein, daß den Staaten, welche das Wahlgesetz nicht durchführen können, Modifikationen gestattet werden. Insbesondere wird der Beitritt Bayerns durch Zugeständnisse erlangt werden müssen. Hätte Preußen die Verfassung vom 28. März angenommen mit den Modifikationen, welche wir damals noch in der Nationalversammlung hätten durchsetzen können, so konnte man Bayern ruhig gehen lassen, und abwarten, bis es uns zufiel. Wie aber die Lage jetzt ist, wird ohne Bayern kein deutscher, sondern nur ein nordischer Bundesstaat und der Bruch zwischen Nord und Süd zutage kommen. Da aber Bayern willens ist, den Reichstag zu beschicken, so sollte ihm dies vonseiten Preußens leicht gemacht werden; ebenso anderen Staaten, die freiere Hand bei dem Wahlverfahren haben müssen. Das Wahlgesetz hat endlich eine Lücke, indem es nicht sagt, auf wie

viele Seelen ein Wahlmann kommen soll. Dies hätte für alle Staaten gleich bestimmt werden können; aber gerade hier ist dem einzelnen freies Spiel gelassen, und daraus können die größten Ungleichheiten entstehen.

Eine weitere Schwierigkeit für die Bildung des Reichstages wird sich aus der voraussichtlichen Weigerung mancher Ständeversammlungen ergeben, ihre Mitglieder zum Unterhause zu wählen. Ich verspreche mir zur Beseitigung dieses Hindernisses etwas von der Ermahnung der Versammlung in Gotha an die Stände, daß sie wählen und ihre zu diesem Zwecke anzuberaumende Sitzung benutzen sollen, um die Einigung Deutschlands auf dem jetzt gebotenen Wege erringen zu helfen. Den Ausschlag dafür oder dagegen werden die preußischen Stände geben, über deren Verhalten wir nicht ohne Besorgnis sind.

Sie sehen, lieber Freund, daß wir keinen persönlichen Groll haben, daß es uns nur um die Sache des deutschen Vaterlandes zu tun ist, und daß wir zu allem, was zum Ziele der Einigung führen kann, bereitwillig die Hand bieten. In diesem Sinne, hoffe ich, wird die Versammlung in Gotha sich aussprechen, und ich wünsche nur, daß nicht Berlin durch zu große Schroffheit im Beharren auf unausführbaren Forderungen den deutschen Bundesstaat unmöglich und den Bruch zwischen dem Norden und Süden unvermeidlich mache.

Das Verhältnis zwischen der Zentralgewalt und Preußen ist feindselig, unhaltbar, und jeder Tag seiner Dauer ein Schaden für das Vaterland. Der Erzherzog ist ein Spielzeug in den Händen des Grafen Rechberg, des österreichischen Bevollmächtigten; er wankt und weicht nicht und stellt den österreichischen Präsidialgesandten vor. Oesterreich rafft Truppen zusammen, um seine Stellung an der Spitze des alten Bundes zu behaupten; auch Bayern macht Anstrengungen, um Österreich zu unterstützen, während es sich auf der anderen Seite von Preußen in der Pfalz helfen läßt. Das Armeekorps unter General Peucker steht zur Verfügung der Zentralgewalt; die heranziehenden preußischen Truppen fragen nichts nach der Zentralgewalt, und durch diesen Doppelbefehl droht heillose Verwirrung. Möge der Augenblick, wo eine hinreichende Anzahl von Staaten dem Bündnisse mit Preußen beitreten und der Zentralgewalt aufsagen, eher herankommen, als die Oesterreicher und Bayern mit Macht im Süden vorgehen können! —

Wie unsere Partei überhaupt in Deutschland bei Seite geschoben ist, um für den Kampf zwischen der Reaktion und der Anarchie Raum zu geben, so geschieht dies auch in den kleinen Staaten, welche von Preußen Rettung hoffen. Hergenhahn ist in Nassau abgetreten, um Herrn v. Winzingerode Platz zu machen. Unser badisches Ministerium

ist entlassen, und vormärzliche Gestalten erscheinen an seiner Stelle. Dies ist notwendig, und das Volk muß sehen und fühlen, was es durch den unsinnigen Mißbrauch der Freiheit erreicht hat. Aber auf Eines möchte ich Sie aufmerksam machen. Die neuen badischen Minister sind besser österreichisch als deutsch gesinnt. Wenn sie im Drange der Not sich Preußen in die Arme werfen, weil sie nur hinter preußischen Bajonetten nach Karlsruhe zurückkehren und dort regieren können, so darf doch Preußen nicht auf sie rechnen, wenn Österreich zu Kräften gelangt sein wird. Den deutschen Bundesstaat, welchen Österreich verwirft, wird dieses badische Ministerium dann ebenfalls verwerfen. Der breisgauische und pfälzer Adel hat immer zu Österreich gehalten und steht mit ihm in den engsten Beziehungen. Wie jetzt schon in Baden für Österreich gewühlt wird, mögen sie aus beiliegendem Aufrufe des Abg. Buß entnehmen, welcher dem Ministerium Klüber-Marschall die Hinneigung zu Preußen vorwirft, die er aber nur als vorübergehend bezeichnet, und darum ein Ministerium Mathy-Bassermann in Aussicht stellt.

Württemberg scheint an dem Rumpfparlamente keinen Geschmack zu finden; Römer hat ihm den Ständesaal zugeschlossen, die Wahl Bechers in die Regentschaft empört alle vernünftigen Schwaben, ebenso das Benehmen der badischen provisorischen Regierung, und es ist sonach der Bewegung in Württemberg kein günstiger Erfolg mehr in Aussicht. Der Angriff der Preußen gegen die Pfalz und der Reichstruppen gegen Baden scheint endlich beginnen zu wollen und ich hoffe mit Ihnen, daß er mit wenigen Schlägen zu Ende führen wird.

Was den Preußenhaß betrifft, der Sie aus der süddeutschen Presse so empfindlich berührt, so werden die preußischen Truppen wenig davon empfinden; sie werden sich im Gegenteil einer freundlichen Aufnahme zu gewärtigen haben, denn der Haß liegt nicht im Volke. Er gilt teils der gegenwärtigen preußischen Ministerialpolitik, welcher man das Unheil zuschreibt, welches aus der Ablehnung der Kaiserwürde und der Verfassung vom 28. März entstanden ist, und in diesem Sinne scheint der Preußenhaß selbst in Preußen nicht selten zu sein, teils ist er Preußenfurcht, welche z. B. im Volke verbreitet, daß die preußischen Soldaten weder Weiber noch Kinder verschonten, worüber die einfältigen Leute bald eines Besseren werden belehrt sein. Die große Mehrzahl der Bürger sehnt sich nach den Preußen als ihren Errettern, sie würde selbst den Baschkiren Blumen streuen, wenn sie das Land von den Freischaren erlösten."

Was hier Mathy vorsichtig und klug ausspricht, mit der Zurückhaltung des Süddeutschen gegen die Norddeutschen, das sprach ein

anderer Badenser — Bassermann — viel schärfer, ja leidenschaftlicher aus. Bassermann war ganz und gar der Verteidiger der Ordnung gegen die Anarchie, die er haßte und verabscheute, und darum erschien ihm Preußen als der Staat der straffen Ordnung immerhin trotz aller Gegensätze als ein Ideal*).

„Sie werden aus meinem Briefe ersehen haben, wie sehr meine Ansicht von dem, was jetzt zu tun ist, mit der Ihrigen übereinstimmt. Ich kann sagen, daß ich mich darüber außerordentlich freue, denn an unseren hiesigen Freunden finde ich wenig Trost. Da wiegt, wie ich fürchte, die persönliche Kränkung, die sie als Mitglieder der Nationalversammlung noch immer empfinden, allzu sehr vor, als daß sie das Dargebotene bereitwillig ergreifen könnten. Es genügt, daß etwas von Berlin komme, um es zu verwerfen. Ja die Leidenschaft geht soweit, daß sie, weil ich anderer Meinung, mich von ihren Beratungen über gemeinsam zu tuende Schritte ausschließen. Dies allein ist der Grund, warum Sie meinen Namen nicht unter den Einladenden nach Gotha fanden. Ebenso erfahre ich von den Absichten mit der „Deutschen Zeitung", [sie für die Partei zu erwerben], erst eben durch das gedruckte Umlaufschreiben (würde aber auch schon aus anderen Gründen keine Aktien zeichnen). Und auf solche Weise soll in Deutschland etwas Gemeinsames zustande kommen. . . . Mit Recht betrachtet Preußen gerade das Wahlgesetz als die Hauptsache, von der es um keinen Preis lassen wird. . . . So groß aber auch der Einfluß unserer Beratung in Gotha werden mag, so sehe ich selbst, im Falle ihr Ergebnis in unserem Sinne ausfällt, die Schwierigkeiten, welche bis zur wirklichen Einigung Deutschlands noch zu überwinden, für ungemein groß an. Ich sehe noch nicht Land. Die einzelnen Ständeversammlungen werden nur schwer, vielleicht gar nicht zur Zustimmung zu bewegen sein, und ohne sie läßt sich's doch nicht durchführen, da man sie ja schon zur Wahl ins Staatenhaus braucht.

In solcher Aussicht beruhigt nur die Resignation und das Gewissen."

Schon vorher schließt er einen Brief an denselben mit den pessimistischen Worten (26. Mai): „Armes Vaterland! Was bleibt da für Trost, als daß man als einzelner glaubt, seine Schuldigkeit getan zu haben. Die Vorsehung mag sehen, wie sie es vor sich selbst verantworte, ein so schönes Land so ins Chaos gestürzt zu haben. Sie in Preußen sind glücklich, Sie sind doch etwas, auch wenn aus dem Ganzen nichts würde, aber wir armen Süddeutschen?"

---

*) „Deutsche Revue", a. a. O., S. 815 f.

von Beckerath hatte seinen Anhang und Einfluß wesentlich im Westen der Monarchie, in der Rheinprovinz; es galt aber auch, der Männer aus dem Osten sich zu versichern, insbesondere derer, die den leitenden Persönlichkeiten in Berlin nahe standen und mit der dort gepflogenen Politik enge Fühlung hatten. Unter diesen war damals schon keiner so bedeutend, wie der noch jugendliche Simson. Simson hatte seine bedeutenden Fähigkeiten als Politiker in der Frankfurter Versammlung als ihr Präsident, nachdem Gagern Ministerpräsident geworden war, aufs schönste bewiesen: eine vornehme Natur mit künstlerischem Einschlag, ein stolzer Patriot, selbstlos und feinsinnig, mit der besonderen Kunst, herzenswarm und allen gerechtwerdend zu präsidieren und zu repräsentieren, Gegensätze zu vermitteln, den Kernpunkt in der Debatte herauszufinden und das Gemeinsame sicher, klar und präzis darzustellen, war er wie keiner geeignet, unter Zurückstellung der eigenen Persönlichkeit das jedesmalige Fazit der Verhandlung zu ziehen, sozusagen die besten und weiterführenden Gedanken zusammenzufassen und zur Darstellung zu bringen. Seitdem er als Sprecher der Kaiserdeputation in Berlin die schwerste Enttäuschung seines Lebens erlitten — wofür er erst im Dezember 1870 in Versailles die schönste Genugtuung sollte erfahren dürfen —, war er krank am Körper und noch mehr am Herzen nach dem Austritt aus der Frankfurter Versammlung und nach kurzem Aufenthalt in Berlin nach Karlsbad abgereist, um hier Heilung zu suchen. Die Freunde vermuteten ihn noch in Berlin. Von ihm erwarteten sie eine eingehende Kenntnis der Berliner Zustände. v. Soiron schrieb daher ausführlich an ihn mit der Bitte um Aufklärung *).

Frankfurt, 14. Juni 1849.

Verehrter Freund!

Es ist Ihnen vielleicht nicht uninteressant zu erfahren, daß sich hier einige Mitglieder der gewesenen Nationalversammlung, als: Dahlmann, Mathy, Welcker, Francke u. a. täglich mit den für die Zusammenkunft in Gotha erforderlichen Vorbereitungen beschäftigen, und daß von Zeit zu Zeit auch die beiden Gagern, Hergenhahn und Reh an ihren Beratungen Teil nehmen. Zugleich halte ich es für sehr wichtig, daß Sie noch in Berlin erfahren, was man hier von der Sache denkt, damit Sie an der Quelle der Oktroyierung erfahren und uns in Gotha mitteilen können, in welchen Punkten man etwa auf Nachgiebigkeit rechnen kann.

*) Simson, a. a. O., S. 211 ff.

Sobald die oktroyierte, oder besser gesagt, die zwischen den drei Königreichen vorläufig vereinbarte Verfassung für Deutschland erschienen war, erklärten sich alle Ihre Gesinnungsgenossen darin einverstanden, daß man in dem erwähnten Schritt die Möglichkeit, den verlorenen Einigungspunkt wiederzufinden, begrüßen, und daß man einer Bemühung in dieser Richtung, komme sie woher sie wolle, wenigstens nicht entgegentreten dürfe. Manche wollten sogar gleich anfangs weiter gehen und sogleich begünstigend und befürwortend auftreten, was jedoch wieder anderen zu bedenklich erschien, weil sie den Beitritt süddeutscher Staaten, namentlich Bayerns und Württembergs, nicht für so wahrscheinlich hielten, wie viele windbeutelige Zeitungskorrespondenten von Berlin, und weil sie deshalb und aus anderen bekannten Gründen in den preußisch-hannoverisch-sächsischen Projekten mehr einen Einigungspunkt für einen norddeutschen Sonderbund als für einen kleindeutschen Bundesstaat, wie wir ihn gewollt, erblicken konnten. Durch diese Besorgnisse, welche allgemein geteilt wurden, kam man denn zu dem Resultat, die Überzeugung unserer Partei dahin aussprechen zu müssen, daß die Vorschläge der drei Königreiche als ein Mittel zu betrachten seien, wieder einen Reichstag zu versammeln und auf diesem eine Verfassung von Deutschland zustande zu bringen, insofern den übrigen Staaten nicht zur unerläßlichen Bedingung gemacht würde, die zwischen den drei Königreichen vorläufig vereinbarte Verfassung auch ihrerseits vorläufig anzunehmen und auf das von denselben vorgeschlagene Schutz- und Trutzbündnis einzugehen, und insofern nicht die übrigen deutschen Staaten zugleich genötigt werden sollten, das vereinbarte Wahlgesetz unverändert anzunehmen. — Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten für Preußen, solche Konzessionen zu machen, auch schlagen wir die Schwierigkeit, von der jetzigen preußischen Regierung solche Konzessionen zu erlangen, keineswegs gering an; ebenso geben wir gerne zu, daß verschiedene kleinere Staaten, insbesondere die von preußischer Heeresmacht direkt oder indirekt okkupierten, Verfassung und Wahlgesetz unbedingt annehmen werden. Allein auf der anderen Seite haben wir es mit den hartköpfigen Schwaben unter ihrem Römer zu tun, der mit dem Rumpfparlament und seiner Reichsregentschaft auch ohne preußische Hilfe fertig wird; sodann haben wir das Zurückbleiben Bayerns zu befürchten, welches nie ganz unumwunden sich Preußen in die Arme werfen und immer wieder einen Ausweg finden wird, und endlich wird die Kammer in Sachsen und jene in Hannover von Haß gegen Preußen übersprudeln, wenn dasselbe darauf besteht, ganz allein den Ton

anzugeben und den Takt zu schlagen. Zudem ist das tiefgedachte Wahlgesetz gar nicht überall anwendbar. Wer soll in Mecklenburg wählen, wo es wenigstens auf dem Lande keinen Gemeindeverband gibt? Wie soll es werden, wenn mit dem Erfordernis des Gemeindeverbands am Wohnort und mit dem dreijährigen Wohnsitz gerade die Intelligenz ausgeschlossen wird! Ich könnte noch viele solche Fragen stellen, an welche man in der weisemachenden Berliner Luft nicht gedacht hat — allein wozu? Das Resultat ist klar, daß teils aus Abneigung gegen Preußen, teils deshalb nicht nach dem preußischen Wahlgesetz gewählt werden wird, weil es zu den Steuer- und anderen Verhältnissen nicht paßt.

Eine weitere Frage ist uns entgegengetreten: Wie wird die Verfassung aus den Beratungen des nächsten Reichstags als eine endgültige hervorgehen? Würden wir uns diese Frage aus der vereinbarten Verfassung selbst beantworten wollen, so wäre Übereinstimmung zwischen Reichsvorstand, Fürstenkollegium, Staatenhaus und Volkshaus erforderlich, und es könnte nur noch zweifelhaft sein, ob nicht auch noch die erhöhte Stimmenzahl der beiden Häuser bei Abänderungen am Entwurf verlangt werden wollte. Damit wäre aber nur unter der Voraussetzung eine Verfassung zustande zu bringen, daß alle kleindeutschen Regierungen im voraus mit den drei Königreichen einverstanden und daß dieser schönen Harmonie im einzelnen wie im ganzen ein Majoritäts-Ja aus beiden Häusern als Echo antworten würde. Denn bei dem kleinsten Amendement, deren es sicherlich sehr viele ganz große geben wird, wäre schon eine Vereinigung zwischen Staaten- und Volkshaus eine große Schwierigkeit; wären aber auch die Häuser zu vereinigen, so würde gewiß eines der beiden Dächer etwas einzuwenden haben. Soll daher die Möglichkeit eines Erfolges, ohne welche wir doch selbst ein dreifaches königliches Projekt nicht empfehlen können, soll dem Volk nicht eine neue Täuschung geboten werden, so müssen die Regierungen vor Berufung des Reichstages erklären, daß die Verfassung, welche als Resultat des übereinstimmenden Willens des Staaten- und Volkshauses nach gewöhnlicher Stimmenmehrheit aus den Beratungen des Reichstags hervorgehen wird, als Verfassung für Deutschland gelten soll. Darauf scheinen auch verschiedene Stellen in den offiziellen und halboffiziellen Erklärungen Preußens im Staatsanzeiger hinzudeuten; die Regierungen können es mit dem Staatenhause, welches zugleich von den ersten Kammern beschickt wird, sehr leicht wagen; sie mögen aber auch bedenken, daß zwei mächtige Parteien: die Linke und das Zentrum des Volkes, eine große Konzession

machen, wenn sie die bereits verkündete Verfassung aufgeben und das Schicksal Deutschlands von einem Staatenhause abhängig machen, welches kein Vertrauen besitzen wird und auch keins verdient.

In Berlin wird man zwar im Vertrauen auf die große Armeekorps-Kraftentwicklung zu solchen Bedenken, welche nur in der Frankfurter Luft sich bilden können, ganz vornehm lächeln. Allein man bedenke, daß man die Landwehren nicht mehreremal hintereinander aufbieten kann, daß bald das Geld zu solchen Unternehmungen ausgehen und daß man erst noch einen preußischen Landtag nach durchkämpftem oktroyierten Wahlgesetz durchzumachen haben wird, ehe es zu dem neuen Reichstag kommt. Man bedenke, daß man in jenem entscheidenden Augenblick der Berufung jenes Reichstages vielleicht manchen fürstlichen Freund wieder verliert und der Unterstützung jener Phantasten, welche die Kaiserkrone nach Berlin sandten und brachten, ohne Kurfürsten zu sein, daß man alsdann des nicht unbedeutenden Anhangs jener Theoretiker im ganzen deutschen Volke sehr bedürfen wird, damit nicht eine Partei ans Ruder kommt, welche aus dem seinerzeit erfolgten Rücktritt der Kurfürsten folgern könnte, die Zeit der Königswahl auf den Maifeldern sei wiedergekommen, und der Geist der jetzigen Zeit erfordere zur Wählbarkeit die fürstliche Geburt nicht mehr. Man bedenke, welche Umwälzung in Frankreich zu befürchten, und wie leicht sich dieselbe, sei es mit oder ohne Krieg über den Rhein verbreiten kann.

Doch ich werde unverschämt und undankbar. Wie kann ich dem Ministerium Brandenburg so vieles zu bedenken geben, während es für mein Vaterländchen bereits gedacht hat und schon handelt. Es hat dem Großherzog von Baden bereits ein Ministerium oktroyiert, welches gewiß die schönsten schwarzweißen Bücklinge macht, von welchem aber wenigstens drei Mitglieder bei der ersten Gelegenheit die schwarzgelbe Farbe herauskehren werden und welches von dem ehemaligen preußischen Regierungsrat Klüber, der Minister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten geworden, nur schlecht überwacht werden wird.

Doch ich fange an geschwätzig zu werden. Ich schließe daher mit dem Wunsche und der Hoffnung, Sie bald recht wohl in Gotha zu sehen.

Ihr

Soiron."

Auch H. v. Gagern aber schrieb in der Angelegenheit am folgenden Tage noch persönlich an Simson*); ihn beschäftigt ganz besonders die

*) Simson, a. a. O., S. 216 ff.

Frage der Stellung Bayerns. Darauf kommt seiner Meinung nach alles an; denn „wenn Bayern nicht beitritt, so ist für die Vereinbarung wenig gewonnen; dann hat die Verfassung vom 28. März größere Aussicht auf Sieg; die größere Wahrscheinlichkeit wäre dann aber leider die Trennung Deutschlands nach Süd und Nord. Dann trifft Preußen neben dem gerechten Vorwurf der Usurpation, wovon es den Schein hat vermeiden wollen, der schwerere der vielleicht lange dauernden Zerstücklung Deutschlands. . . . . .

Die unter den Freunden in der Nähe vorwaltende Ansicht ist folgende: Unter allen Umständen dahin wirken, daß ein neuer Reichstag nach Maßgabe der dargebotenen Verfassung zustande kommt, also auf den Ruf Preußens als Reichsvorstand. Damit scheint auch Bayern einverstanden zu sein.

Das von Preußen dargebotene Wahlgesetz scheint in mehreren Stücken praktisch unausführbar zu sein. Daran knüpfe ich folgende Fragen, deren Beantwortung Sie vielleicht aus der Quelle schöpfen können und ich mute Ihnen zu, verehrter Freund, daß Sie mir antworten (nach Frankfurt), um Ihre Daten noch in der letzten Vorberatung, ehe wir nach Gotha aufbrechen, benutzen zu können.

1. Ist es überhaupt Ernst, einen deutschen Reichstag bald zu berufen und die Verfassungsfrage zum Abschluß zu bringen?

2. Wird man darauf bestehen, daß nur nach Maßgabe des dargebotenen Wahlgesetzes der Reichstag beschickt werde, also nur von solchen Staaten, die das Wahlgesetz wenigstens ad hoc angenommen haben?

3. Wird man es geschehen lassen, daß Bayern den Reichstag beschicke, ohne die Grundlagen des Verfassungsentwurfs, namentlich bezüglich der Organisation der Exekutiv-Gewalt zum voraus adoptiert zu haben? Und wenn, wie will man verhüten, daß in diesem Falle nicht auch die Österreicher sich wieder beteiligen, wenn die ganze Verfassungsfrage wieder eine offene ist, — was unter Umständen bis dahin — in ihrem Interesse liegen könnte? —

4. Wird man vom künftigen Reichstag eine Prüfung im einzelnen zulassen? Also Beratung und Verwerfung oder Gutheißung nach konstitutionellen Voraussetzungen durch die drei Gewalten?“

Wir sehen, was besonders H. v. Gagern bewegte, sein alter Gedanke: ein Bundesstaat mit preußischer Spitze, dazu eine möglichst enge Union mit Österreich, steht ihm treu und fest vor der Seele, aber dies Ideal erscheint ihm durch den preußischen Entwurf nicht sichergestellt, einmal, weil er nicht voll an den Ernst der Absichten der königlichen Regierung glaubt, und dann, weil er immer den Gegensatz von Bayern und damit Süddeutschland fürchtet. Nichts ist ihm aber so wenig

sympathisch als der Gedanke eines norddeutschen Sonderbundes, der seiner Meinung nach die gesamtdeutsche Einigung (abgesehen von Österreich) für alle Zeiten gefährden müßte.

Der Brief Gagerns erreichte Simson nicht mehr in Berlin; er wurde ihm nach Karlsbad nachgesandt, wohin er sich in eben diesen Tagen zur Kur begeben hatte. Die besonderen Wünsche der Freunde konnte also Simson nicht erfüllen; um so mehr mußte es sie befriedigen, daß er den Gedanken einer Zusammenkunft in Gotha sofort mit Freuden ergriff und allsogleich zusagte. „Ich hätte es mir in meiner Sterbestunde nicht verzeihen können, wenn ich dort gefehlt hätte", bekannte er später [1]).

Leicht gewonnen war ein anderer Preuße, Max Duncker aus Halle [2]), der den Gedanken der Versammlung mit herzlicher Zustimmung, ja mit Begeisterung begrüßte und zum Zwecke der Einzelvorbereitung schon vor Mitte des Monats von Halle nach Frankfurt reiste. Dort war er mit den Freunden eifrig tätig in der Vorbereitung für die Versammlung, und hier wurde denn auch beschlossen, ihn neben Becker zum Vorsitzenden der Tagung vorzuschlagen. Duncker war als Politiker und Historiker längst eine ausgeprägte und anerkannte Persönlichkeit. Die Reinheit seines Charakters, die Aufrichtigkeit seiner politischen, preußisch-patriotischen Gesinnung hatte er längst im öffentlichen Leben und in parlamentarischen Kämpfen bewährt. Daß er, aus einer Berliner angesehenen Familie stammend und an einer altpreußischen Universität lehrend, mit den besten preußischen Traditionen durch Familie, Erziehung und Lebensanschauung aufs engste verbunden war, und daß er dabei ehrlich liberal und deutsch dachte, das ließ ihn für eine Aufgabe, in der es besonders galt, zwischen Gegensätzen zu vermitteln, feindliche Ansichten zu versöhnen, ohne doch Gefahr zu laufen, für einen schwankenden Charakter gehalten zu werden, in hervorragendem Maße geeignet erscheinen.

Zu seinem Leidwesen gelang es Duncker nicht, seinen Freund Droysen zur Teilnahme zu bewegen. Droysen saß jetzt wieder in Kiel. „Tief verstimmt über die Schwäche, welche Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Sache zeigte, erschien ihm die Gothaer Zusammenkunft als ein hoffnungsloser, ja falscher Zug. Das parlamentarische Nachspiel werde nur von neuem Namen, die man in die Vergessenheit hätte retten müssen, kompromittieren und zwar zwecklos; denn Preußen sei in einem Kurs, in dem es ganz andere Lotsen, wenn nicht habe, so doch brauche, und die alten Frankfurter seien nur noch Privatleute; er fürchte eine Fehl-

---

[1]) Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Bd. II, Kap. 1, S. 3.

[2]) Vgl. zum Folgenden: Haym, a. a. O., S. 107 ff.

geburt, und nichts sei schwächender als Fehlgeburten. Der einzige Punkt, von dem aus jetzt etwas für Deutschland hätte getan werden können, sei Berlin, und Berlin nicht der Ort für die Genossen Gagerns: diese würden Geduld, noch viel mehr Geduld lernen müssen, als sie bisher schon gehabt hätten." Diesen Bedenken gegenüber halfen auch die Gegengründe Dunckers nicht: „Man bedürfe in Berlin für die deutschen Dinge einer moralischen Unterstützung. Auf alle Fälle sei es wünschenswert, sich über eine gleichmäßige Einwirkung auf die Presse und auf die Einzelkammern zu verständigen.

... „Sie haben recht", fährt er fort, „bessere Lotsen in Preußen, und die Partie ist doch in vier Wochen gewonnen. Wir können zwar nicht viel tun, aber wir können einiges tun. Das Bedürfnis einer intelligenten und gesunden, ordentlich zusammengehaltenen Mittelpartei macht sich alle Tage fühlbarer. Geben wir für den Augenblick in Gotha keine Entscheidung, so können wir Großes für die nächste Zeit vorbereiten. Ich wüßte doch nicht, warum die einzige vernünftige Partei eines Volkes in solcher Lage der Dinge die Hände absolut in den Schoß legen sollte; und beide Extreme sind ja tätig genug, uns täglich neue Anhänger zu werben *)."

Auch mit manchen anderen von den „Preußen" wurden noch Verhandlungen gepflogen, so mit dem trefflichen Buchhändler Moritz Veit aus Berlin, der eben im Anfang Juni in einem Sendschreiben an seine Wähler sich ähnlich wie Beckerath geäußert hatte; mit dem wackeren Freiherrn von Saucken in Ostpreußen u. a. m. Aus dem Königreich Sachsen war Bürgermeister Koch aus Leipzig persönlich zu den Vorberatungen erschienen. Gervinus, als einer der Göttinger Sieben im Kreise der Freunde hoch angesehen, hielt sich freilich zum allgemeinen Leidwesen den Beratungen fern. Er war verbittert und hoffnungslos inbezug auf die deutsche Zukunft, und so versprach er sich denn auch von dem neuen Versuch, zu Deutschlands Einigung zu gelangen, von vornherein nicht viel. Hoffnungsvoller war der Abgeordnete für Frankfurt Jucho, einst Sekretär des Frankfurter Parlaments, der sich trotz der Drohungen seiner z. T. recht demokratisch gesinnten Frankfurter Wähler nicht abhalten ließ, in Gotha zu erscheinen.

Wenn man alle diese Schwierigkeiten überblickt, dann versteht man erst, daß nach allem, was vorangegangen war, der Entschluß zu der Versammlung in Wahrheit eine politische Tat war. Die Männer, die soeben erst die schwerste Enttäuschung ihres Lebens erfahren hatten, die

*) Haym, Max Duncker, S. 108.

zum größten Teil schon jetzt an dem politischen Erfolge der neuesten preußischen Politik zweifelten, die namentlich zum sehr großen Teil kein rechtes Vertrauen zum preußischen König und noch weniger zu seiner Regierung fassen konnten, von denen außerdem viele zu Österreich oder doch zu den süddeutschen Staaten hinneigten und die Gefahr eines norddeutschen Sonderbundes fürchteten, falls Bayern nicht mitmachte und dann, was vorauszusehen wenigstens Württemberg, voraussichtlich aber noch eine Reihe von Mittelstaaten nach sich ziehen würde, die endlich wußten, daß sie nicht mehr als verantwortliche Vertreter von ganz Deutschland, wie in Frankfurt, sprachen, sondern nur als Privatleute, deren Votum, wenn überhaupt, so nur einen moralischen Wert haben konnte, entschlossen sich, hier zu handeln, wie ihr vaterländisches Gewissen ihnen gebot, weil sie nicht lassen konnten von der Überzeugung, daß sie doch das Salz des politischen deutschen Lebens seien. Sie taten es, nicht nur, weil sie alle das Bedürfnis hatten, nach dem einen Jahr großen gemeinsamen Handelns und Erlebens in alle Winde verstreut, sich einmal persönlich wiederzusehen, sondern auch zu einem gemeinsamen Ziel über den preußischen Entwurf zu gelangen, der eben doch ihren alten Idealen näher kam, endlich, weil sie eben doch mehr als bloße Privatpersonen waren und blieben, weil ihr Wort weithin gehört wurde und Männer ihrer Partei nicht nur in allen konstitutionell gewordenen Bundesstaaten in den Parlamenten, sondern auch namentlich in den 29 Staaten, die die Verfassung vom 8. März anerkannt hatten, auf den Ministerstühlen saßen, und denen es jetzt schwer wurde, sich von dieser Verfassung loszusagen, wenn die Partei nicht sozusagen hinter ihnen stand und sie dabei unterstützte. So waren sie in der Tat das politische Gewissen ihres Volkes und ihrer Zeit, und als solche fühlten sie sich auch mehr oder minder, als sie die Einladung erließen und zu der Reise nach Gotha sich entschlossen.

3. Die Einladungen und die Antworten der Eingeladenen.

Ob die geplante Tagung in Gotha mit einem Erfolg oder einem Mißerfolg endigen werde, das hing nun freilich nicht nur von dem guten Willen der Führer, auch nicht bloß von der Trefflichkeit und dem Eifer der Vorbereitungen, sondern wesentlich von der Frage ab, wie viele von den ehemaligen Frankfurtern der Einladung folgen würden! Denn was bedeuten Offiziere ohne Soldaten! Aber es war zunächst nicht

einmal leicht, die Liste der Einzuladenden aufzustellen. Die Parteizugehörigkeit hatte bei nicht wenigen im Laufe der Zeit gewechselt, mehrere einst treue Parteifreunde, wie z. B. Jakob Grimm, waren schon vor vielen Monaten aus dem Parlament wieder ausgeschieden, die für solche Abgeordnete gewählten Vertreter waren in einzelnen Fällen gar nicht mehr in die Lage gekommen, ihr Mandat auszuüben, von manchem war der gegenwärtige Aufenthaltsort unbekannt, und man war demnach auf den Erfolg der Einladung durch die Zeitungen angewiesen u. a. m. Schließlich sind 270 Einladungen erlassen worden*).

Es waren im ganzen die Mitglieder der beiden sog. Zentren der Reichsversammlung, des rechten und linken, die sich im März 1849 in der „Weidenbuschpartei" zu gemeinsamer Durchführung der preußischen Kaiserwahl zusammengefunden, die Verfassung zustande gebracht und die Wahl Friedrich Wilhelms IV. durchgesetzt hatten.

Im allgemeinen zeigt die Liste der Eingeladenen fast alle die glänzenden Namen aus der Zeit des Frankfurter Parlaments. Sehr stark überwogen die Juristen, in etwa gleicher Anzahl waren die Beamten der Justiz und der Verwaltung und die Rechtsanwälte vertreten. Daneben treten die „Professoren" immerhin zurück, dir übrigen akademischen Stände sind recht wenig zahlreich; außerdem finden wir eine größere Anzahl von Vertretern des Handels, Kaufleute und Finanzleute, sowie der Landwirtschaft, endlich auch einzelne Offiziere. Bei weitem die Mehrzahl sind Bürgerliche, doch ist auch der Adel durch eine stattliche Anzahl zum Teil ganz hervorragender Namen vertreten. Sehr charakteristisch ist die Verteilung auf die Landschaften und Stämme, die Österreicher fehlen ganz, Süddeutschland ist nur schwach vertreten, namentlich Bayern und Württemberg, aus der preußischen Monarchie die Mitte und der Westen stärker als der Osten, am zahlreichsten sind die Eingeladenen aus den mitteldeutschen Mittel- und Kleinstaaten und den freien Reichsstädten. Sehr stark vertreten ist Hannover, verhältnismäßig nur schwach dagegen das Königreich Sachsen.

Es war gebeten worden, die Anmeldungen an den Vertreter für Gotha im Frankfurter Parlament, Hofrat F. G. Becker, zu richten, der es übernommen hatte, für die Unterbringung der Gäste zu sorgen.

Aus den an ihn gerichteten Briefen kann man ersehen, daß nur wenige aus grundsätzlichen Bedenken oder aus Mangel an Interesse oder aus Verärgerung nicht kamen. Zu diesen Verärgerten gehörte, wie wir bereits gesehen haben, vor allem Gervinus, der deshalb auch gar nicht

*) S. Beilage I u. II.

offiziell eingeladen worden ist, und der seine „gallige Verbitterung“ leider auch in den Artikeln der „Deutschen Zeitung“ nicht immer zu unterdrücken vermochte. Da war denn doch ein ganz anderer Mann der altbayerische Gutsbesitzer v. Zerzog, der zwar auch nicht kam, weil er sich von den Verhandlungen keinen Erfolg versprach, aber doch Lebenslust und Frohsinn und Zukunftshoffnung nicht verloren hatte und in einem Schreiben aus den Tiroler Bergen, in denen er herzensfröhlich wanderte, seinem urwüchsigen Temperamente in kräftigster Weise Luft machte*). Zu den grundsätzlich Ablehnenden gehörte auch Prof. Albrecht aus Leipzig, einer der Göttinger Sieben, der jede Hoffnung auf Besserung der politischen Lage aufgegeben hatte, und der Vertreter für Altenburg, der ehemalige Staatsminister von Gotha-Altenburg, von Lindenau, dem das beschämende Gefühl deutscher Zerrissenheit, Unerfahrenheit, Unmündigkeit so drückend ist, daß er die Protokolle der Paulskirche aus seiner Nähe hat entfernen lassen, um nicht daran erinnert zu werden, „wie reich wir an Worten, wie arm an Taten sind.“

Sehr viele waren am Kommen verhindert; wir wissen nur von einigen den Grund: eigne Krankheit oder Krankheit in der Familie (Paul Pfizer, Wedemeyer, Braun, E. M. Arndt), starke Beschäftigung im Amte: (Nizze, Rüder), einige, wie Stenzel, haben kommen wollen, aber sie sind offenbar in letzter Stunde durch uns nicht mehr erkennbare Verhältnisse zurückgehalten worden, bei nicht wenigen wird die Unlust, sich nach so kurzer Zeit wieder in politische Arbeiten zu stürzen, und noch bei mehreren die weite Entfernung die Ursache gewesen sein. Daher mag es auch kommen, daß die Zahl der aus den östlichen Provinzen Kommenden verhältnismäßig gering ist. Unzweifelhaft übt auch die allgemeine Sehnsucht nach Ruhe und die Wertschätzung der staatlichen Ordnung, die die Preußen, zumal in den östlichen Landesteilen, besonders stark empfanden, einen nicht unbedeutenden Einfluß aus. Das zeigen nicht nur die Briefe von Braun und Wedemeyer (s. Beil. II Nr. 142), sondern auch mancherlei Eingaben, die in jenen Tagen beschlossen und an die Gothaer Versammlung gerichtet wurden; unter ihnen ragt eine ausführliche Eingabe des konstitutionellen Vereins für die Provinz Schlesien hervor.

Es gab doch auch einige, die nicht kamen, weil ihnen der Urlaub verweigert worden war. Es waren dies preußische Beamte und Offiziere:

*) Der Brief des originellen Mannes wurde in Gotha vorgelesen und erregte allgemein höchstes Interesse. Die Nachfrage nach ihm war nach der Versammlung so stark, daß Becker sich entschloß, ihn — allerdings ohne Namensnennung — in seinem „Reichsanzeiger der Deutschen“ zu veröffentlichen. Er ist dann in eine ganze Anzahl von Zeitungen übergegangen.

(v. Keudell, Lette, von Maltzahn, Marcks, Richter, Scheller, Schorn, Schulze, Siehr, Sturm, Tellkampf). In Bayern ist vom Minister von der Pfordten der Urlaub nicht gerade verweigert, aber den Gesuchstellern doch sehr deutlich gezeigt worden, daß die Beteiligung an der Versammlung nicht gern gesehen war [1]).

Die Frage der Urlaubsverweigerung hat damals, wie es uns heute vorkommen will, fast unnötig viel Staub aufgewirbelt. Bald nachdem die öffentliche Einladung zu der Versammlung erschienen war, äußerten einige Zeitungen der Linken, die Veranstalter hätten über die Einladung schreiben können: „Mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung“ [2]), und versicherten gleichzeitig, aus guter Quelle zu wissen, daß Radowitz nicht nur die Versammlung billige und ihren Besuch fördere, sondern auch selbst daran teilnehmen werde. Dies Letztere war natürlich völlig aus der Luft gegriffen, und in der Form, wie sie erschien, war die ganze Nachricht selbstverständlich unrichtig, ja irreführend. Die Frankfurter Freunde beeilten sich denn auch, sie sofort scharf zu dementieren [3]), weil sie mit Recht vermuteten, daß namentlich im demokratischen Süddeutschland und zumal in Bayern eine solche Mitteilung ihnen manche Sympathieen kosten konnte. Es war indessen unzweifelhaft, daß Radowitz zunächst das Zustandekommen der Versammlung persönlich mit Freude begrüßte, wie er denn auch G. Beseler dringend gebeten hat, an der Tagung teilzunehmen, von der er mit Recht eine wertvolle Unterstützung seiner Politik erhoffte [4]).

Aber Radowitz war nicht das ganze Ministerium, neben ihm standen Manteuffel und Graf Brandenburg, und Radowitz' Einfluß wechselte. Zwar, daß die Regierung eigens zu dem Zwecke des Versammlungsbesuchs erbetenen Urlaub nicht erteilte, ist verständlich, denn immerhin galt die Versammlung als eine Art Nachparlament, und die Regierung konnte doch nicht ihren Beschluß der Abberufung der Reichstagsabgeordneten dadurch vor aller Öffentlichkeit desavouieren. In der Tat ist im allgemeinen milde verfahren worden; die Handhabung war zudem in den einzelnen Landesteilen verschieden, im Westen im ganzen entgegenkommender als im Osten, und jedenfalls ist in fast allen den Fällen der Urlaub nicht verweigert worden, in denen er nicht ausdrück-

1) Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 1. Juli und 5. Juli.

2) So die „Vossische Zeitung“, mitgeteilt in der „Deutsch. Ztg.“ vom 13. Juni

3) „Deutsche Zeitung“ vom 13. Juni u. a. m.

4) Beseler, a. a. O., S. 93. R. dachte übrigens selbstverständlich nicht daran, an der Versammlung teilzunehmen, zu der er gar nicht eingeladen war; zudem war er auch in den Tagen unpäßlich. Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 18. Juni.

für die Gothaer Versammlung erbeten war. Unzweifelhaft mit aus Rücksicht auf derartige zu erwartende Schwierigkeiten wurde von Anfang an der nichtoffizielle Charakter der Versammlung so stark betont. Aber es läßt sich wohl nicht leugnen, daß je länger je mehr gerade in jenen Wochen die Stimmung der preußischen Regierung sich gegen die Gothaer Versammlung wandte. So erklären sich die Urlaubsverweigerungen, und so erklärt es sich auch, daß einzelne Teilnehmer später sogar gemaßregelt worden sind; daß zu diesen auch Dahlmann [1]) gehörte, muß als besonders bedauerlich erwähnt werden. Die unfreundliche Stimmung der Regierung gegen die Gothaer beginnt schon in der zweiten Hälfte des Juni: Die ganze Politik war mehr nach rechts gerichtet, der König hatte in diesen Tagen schon wieder die volle Lust an seinem eigenen Werke verloren, als er die schroffe Ablehnung durch Österreich erfuhr und Mangel an gutem Willen nicht nur bei den süddeutschen Staaten, sondern auch bei Sachsen und Hannover fand. Die Angriffe auf die preußische Regierung, wie sie z. B. die M. v. Gagernsche Erklärung enthielt, konnten auch nicht dazu beitragen, diese Stimmung zu verbessern. Wenn unter diesen Umständen nicht weniger als 150 Eingeladene dem Rufe folgten, so konnte man dies mit Recht einen großen Erfolg nennen. M. v. Gagern schrieb vorher selbst, daß er mit der halben Zahl von Teilnehmern zufrieden gewesen wäre.

Da kamen aus Berlin [2]) Buchhändler Moritz Veit, Professor F. von Raumer, der Generalstäbler von Stavenhagen, Wilhelm Jordan und Kommerzienrat Carl, der freilich aus unbekannten Gründen der Versammlung nicht bis zum Ende beigewohnt zu haben scheint; besondere Freude machte naturgemäß die Zusage Jakob Grimms. Aus der Provinz Brandenburg erschienen Regierungsrat Rättig aus Potsdam, Hausmann und Konrektor Schrader aus Brandenburg, Spezialkommissar Julius Jordan aus Gollnow, Assessor Wichmann aus Salzwedel; aus Ostpreußen kam neben Simson aus Königsberg Konrektor Marcus aus Insterburg; aus Westpreußen Regierungsrat Anz aus Marienwerder und Justizkommissar Martens aus Danzig, aus Pommern neben Professor G. Beseler auch Professor Matthies aus Greifswald, Landschaftsrat Kratz aus Wintershagen, Kaufmann Rahm aus Stettin, Gutsbesitzer von Sänger aus Grabow; aus Posen Justizrat Eckert aus Bromberg, Kreisphysikus Göden aus Krotoschin, Direktor Kerst aus

[1]) Springer, a. a. O., S. 345.

[2]) Für die folgende Charakteristik sind besonders zu vergl. die Werke von Laube, Biedermann und Haym, ferner Beseler, Wichmann, Duckwitz u. a. m.

Meseritz, Professor H. Loew aus Posen, Pfarrer Nerreter aus Fraustadt, Gutsbesitzer Bandelow aus Kranz; aus Schlesien Landrat von Ende aus Waldenburg, Gutsbesitzer Frank aus Ottolangendorf, Oberpräsident Pinder aus Woinowitz, Regierungsassessor Schneer aus Breslau, Justizkommissar Scholtz aus Neiße; aus Sachsen neben Professor Duncker aus Halle seine Freunde und Kampfgenossen aus der politischen und religiösen Bewegung jener Tage: der junge Literat und Gelehrte Dr. Haym, Buchhändler Dr. Schwetschke und der freisinnige Theologe Lic. Karl Schwarz, ferner Oberlandesgerichtsassessor Albert aus Quedlinburg, der hervorragend tätige Kaufmann Kommerzienrat Degenkolb aus Eilenburg, Bürgermeister Gier aus Mühlhausen i. Thür., Landrat Graf Keller aus Erfurt, Rektor F. Loew aus Magdeburg, Obergerichtsassessor Pinckert aus Zeitz, Oberlandesgerichtsassessor Schieck aus Weißensee und nicht zu vergessen auch der alte Jahn aus Freiburg a. d. U.; aus der Rheinprovinz Dahlmann aus Bonn, ferner neben von Beckerath seine beiden nahen politischen Freunde: Appellationsgerichtsassessor Bürgers und Kaufmann Mevissen aus Cöln, weiter Widenmann aus Düsseldorf, Advokat-Anwalt Compes aus Cöln, Gutsbesitzer Böcking aus Trarbach, Staatsprokurator von Mylius aus Jülich, Dr. Scholten aus Wardt, Gutsbesitzer Stedmann aus Haus Besselich bei Coblenz und die beiden Berufs- und Gesinnungsgenossen Assessor Chr. Becker und Zell aus Trier, beide dem linken Flügel der Partei angehörig; aus Westfalen kam in erster Linie Landrat Freiherr von Vincke aus Hagen, wohl der populärste — nächst H. von Gagern — unter den Politikern der Paulskirche. Als Vertreter des „Rechtsbodens" war er unerbittlich in dem Eintreten für das einmal für Recht Erkannte, niemals zu Kompromissen geneigt, ein so guter Preuße wie ein guter Deutscher, durch die Unschönheit seiner Gesichtszüge fast ebenso bekannt wie durch seine schlagfertige, witzige, oftmals den Gegner vernichtende, volkstümliche Beredsamkeit und durch die Leidenschaftlichkeit und Konsequenz, mit der er für seine politische Überzeugung nach rechts wie nach links eintrat, ein echter zäher, trotziger, unbeugsamer Westfale, damals von vielen und nicht den Schlechtesten für den bedeutendsten unter den deutschen Politikern gehalteu. Er hatte in Frankfurt zu den Konservativen gehört, die im Café Milani sich versammelten, erst in den letzten entscheidenden Wochen hatte er sich der Weidenbuschpartei angeschlossen und durch die Wucht seines Wortes wie seiner Persönlichkeit nicht zum geringsten dazu beigetragen, daß die Verfassung endlich doch noch unter Dach und Fach gebracht und der Kaiser gewählt wurde. Wenige Wochen später war er freilich aus der Reichsversammlung ausgetreten, weil seiner Überzeugung nach die Zu-

stimmung mit den Regierungen über die Verfassung hätte vereinbart werden müssen; seine Teilnahme an der Gothaer Versammlung war deshalb ganz besonders wichtig und wurde von allen Veranstaltern mit besonderer Freude begrüßt, denn seine Persönlichkeit bedeutete allein ein Programm. Neben Vincke erschienen außerdem der Vizepräsident des Oberlandesgerichts Ebmeier aus Paderborn, Dr. phil. Höfken aus Hattingen, Kandidat des höheren Schulamts Ostendorff aus Soest, Gutsbesitzer Overweg aus Haus Ruhr, Land- und Stadtgerichtsrat Schreiber aus Bielefeld, Landgerichtsdirektor Versen aus Nieheim, Regierungsrat Wiethaus aus Wipperfürth, Regierungsrat Ziegert aus Minden.

Aus Bayern kamen neben Graf Giech aus Thurnau nur wenige, aber lauter Männer mit bestem Klange ihres Namens: Die Advokaten Barth aus Kaufbeuern und Krafft aus Nürnberg, Professor Stahl aus Erlangen, endlich der jugendliche Hans von Raumer aus Dinkelsbühl in der Uniform der Schleswig-Holsteinischen Jäger, denn ihn hatte es nicht daheim gelitten, er kämpfte in Nordschleswig gegen die Dänen. Alle diese Männer erprobte Kämpen im Kampfe für Deutschlands Einheit gegenüber engherzigem bayerischen Partikularismus und Ultramontanismus. Gering war auch die Zahl der Württemberger, denn dort war man zumeist demokratisch. Nur zwei erschienen: Professor Fallati aus Tübingen, in Frankfurt Unterstaatssekretär im Ministerium, und der uns schon bekannte Rektor Rümelin aus Nürtingen, dessen Bericht über die Gothaer Versammlung im „Schwäbischen Merkur" ebenso wie früher seine Parlamentsberichte wegen seiner scharfen und klaren Beobachtungsgabe und seines von aller Engherzigkeit freien nationalen Standpunktes als eine der besten Quellen über unsere Versammlung erwähnt zu werden verdient.

Aus Baden nahmen teil die schon genannten Bassermann aus Mannheim, Mathy aus Karlsruhe, Obergerichtsadvokat von Soiron aus Mannheim, außerdem Professor Robert Mohl aus Heidelberg.

Aus dem Königreich Sachsen kamen, wenn man die nur geringe Zahl der Eingeladenen damit in Vergleich stellt, verhältnismäßig viel und dazu recht rührige und tätige Männer: Professor Biedermann aus Leipzig, in Frankfurt Führer der Partei des Württemberger Hofes, der spätere Geschichtsschreiber jener Zeit, Advokat und Finanzprokurator Hallbauer aus Meißen, Vizebürgermeister Koch aus Leipzig, ferner Heinrich Laube aus Leipzig, der schon in Frankfurt gezeigt hatte, daß er über die jungdeutsche Periode seiner Entwicklung völlig hinausgewachsen war und der eben damals mit seiner Geschichte des „Ersten deutschen Parlaments" eifrig beschäftigt war, ferner Advokat und Bürgermeister

Maukisch aus Dippoldiswalde und Kaufmann Zöllner aus Chemnitz. Ebenso waren die Hannoveraner zahlreich vertreten. Es war ja auch naturgemäß, daß die Vertreter derjenigen Länder, die mit Preußen die Union abgeschlossen hatten, am lebhaftesten für die Versammlung interessiert waren; dazu kamen die heißen Verfassungskämpfe, die damals gerade wieder besonders heftig mit dem König Ernst August und seinem leitenden Minister von Borries geführt wurden. Unter den Hannoveranern schieden sich scharf zwei Gruppen: die eine konservativere war für strikten Anschluß an das Dreikönigsbündnis einschließlich seines Wahlgesetzes; zu ihr gehörten die beiden Göttinger Professoren Waitz und Zachariä, die mit 43 Amtsgenossen von der Universität, wozu die ganze juristische Fakultät gehörte, noch kurz vor der Gothaer Versammlung eine Ansprache an diese erlassen hatten, in der sie ausführten, daß die Frankfurter Verfassung weder zu Recht bestehend noch erstrebenswert sei; auch sei sie undurchführbar, weil die Konsequenz die Auflösung des preußischen Staates in seine Provinzen sei. Den Staat Friedrichs des Großen aufzulösen sei aber — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — eine reine Illusion! Deshalb empfehlen sie für Gotha die größte Mäßigung und Anbahnung der Verständigung mit den Regierungen. Die gleiche Überzeugung hegten Justizrat Behncke aus Hannover, Justizrat Oberg aus Hildesheim *).

Die Mehrzahl der Hannoveraner aber stand auf dem radikalen Flügel unter Führung der Advokaten Freudentheil aus Stade, Grumbrecht aus Lüneburg und des Rats Wachsmuth aus Hannover. Zu ihnen gehörte noch Brackebusch aus Hannover, Kaufmann Breusing aus Osnabrück, Stadtgerichtsassessor Dammers aus Nienburg a. d. W., Amtsassessor Groß aus Leer, Stadtsyndikus Lang aus Verden, Gymnasiallehrer Plaß aus Stade, Amtmann von Quintus aus Fallingbostel, Advokat Röben aus Dornum, Stadtgerichtsassessor Siemens aus Hannover; daß der nur durch ein Versehen eingeladene, zu den Demokraten gehörige Gutsbesitzer von der Horst aus Ratenburg in der Abstimmung mit diesem linken Flügel ging, ist ohne weiteres klar. Allen diesen Männern erschien es als Fahnenflucht, die Frankfurter Verfassung und insbesondere das Frankfurter Wahlrecht zu verleugnen. Um sie recht zu verstehen und ihr Verhalten recht zu würdigen, muß man bedenken, daß in Hannover, in dem ein freier selbstbewußter Bauernstand den Hauptteil der Bevölkerung bildete, ein demokratisches Wahlrecht weit weniger als in anderen Landesteilen Deutschlands zu Bedenken Anlaß geben konnte.

*) Abgedruckt u. a. in der „Gothaischen Zeitung" vom 3. Juli, auch mitgeteilt von der „Kreuzzeitung" am 29. Juni.

Aus dem Großherzogtum Hessen erschien neben den beiden Gagern Ministerialrat Emmerling aus Darmstadt, Landrichter Hofmann aus Friedberg, Advokat Reh aus Darmstadt, alle drei als rührige Mitarbeiter aus dem Frankfurter Parlament wohlbewährt. Kurhessen stellte Bibliothekar Dr. Bernhardi, Obergerichtsanwalt Henkel, Fabrikant Schwarzenberg aus Cassel, ferner Gymnasiallehrer Jacobi aus Hersfeld, Männer, die in den schweren Verfassungskämpfen ihres Heimatstaates eine vortreffliche Klinge geschlagen hatten. Aus Nassau kamen Präsident Hergenhahn aus Wiesbaden, der freilich vor kurzem von seinem Ministerposten hatte zurücktreten müssen, aus Schleswig-Holstein Etatsrat und Obergerichtsrat Esmarch und Regierungspräsident Francke aus Schleswig, der spätere Leiter der Coburger Ministerialabteilung, Arzt Dr. Steindorff aus Schleswig. Der bedeutendste unter den Mecklenburgern war wohl unstreitig Oberappellationsrat Kierulff aus Rostock, ein ausgezeichneter Jurist und Politiker, ein warmherziger Freund der preußischen Monarchie und mit den preußischen, insonderheit den Berliner Verhältnissen aufs beste vertraut; neben ihm kamen der Arzt Dr. Böcler aus Schwerin, Kaufmann Mann jr. aus Rostock und Dr. jur. Sprenger aus Waren. Hervorragende Vertreter sandten auch die Reichsstädte Frankfurt den ehemaligen Sekretär der Reichsversammlung, Advokat und Notar Dr. Jucho, Hamburg den hervorragenden Advokaten Dr. Rießer, der als eines der allerbedeutendsten Talente des Parlaments, warmherzig und scharfsinnig, ein edler und großzügiger deutscher Patriot, von hinreißender Beredsamkeit, in Frankfurt noch im März 49 die glänzendste Rede für das preußische Erbkaisertum gehalten hatte; Kaufmann Ros gehörte zum linken Flügel der Partei, Professor Wurm, der sein Talent zur Vermittlung in Gotha bewähren sollte, hatte schon in Frankfurt wiederholt eine Mittelstellung eingenommen. Von Bremen kam Senator Duckwitz, in Frankfurt als ausgezeichneter Reichsfinanzminister von gewaltiger Arbeitskraft, weitestem Blick, klug und energisch bewährt, ferner Konsul H. H. Meier, der Mitbegründer des Norddeutschen Lloyd, kaum minder bedeutend als jener, endlich die Großkaufleute Brons, Dröge aus Gevekoht.

Von Oldenburg nahmen teil Hofrat von Buttel, Vorstand des Stadt- und Landgerichts und Archivar Leverkus; von Braunschweig der ausgezeichnete Oberlandesgerichtsrat Langerfeldt, ein gemäßigt denkender treuer Vertreter der erbkaiserlichen Idee, neben ihm Finanzdirektor von Thielau und Advokat Hollandt aus Braunschweig, dieser zum linken Flügel der Partei gehörig, aus Anhalt Konrektor Cramer aus Köthen und Kammerrat F. Zachariae aus Bernburg, aus Lippe Gymnasial

direktor Schierenberg aus Detmold. Daß die Vertreter der kleinen thüringischen Staaten so gut wie vollständig erschienen, war in der Lage des Versammlungsortes begründet: Das Großherzogtum Weimar sandte Geh. Staatsrat von Wydenbrugk aus Weimar, der sich während der Revolutionszeit vom radikalen Advokaten zum sehr gemäßigten Ratgeber des Großherzogs umgebildet hatte, ferner Dr. Fischer, Professor Michelsen und Dr. Backhaus aus Jena, einen nahen Freund F. G. Beckers, und Professor Weißenborn aus Eisenach. Aus Coburg und Gotha erschien neben Hofrat Becker aus Gotha der gescheite und tüchtige Vertreter von Coburg, Hofrat Briegleb; Meiningen sandte Kaufmann Johannes und Regierungsrat Dr. Liebmann aus Meiningen; die reußischen Fürstentümer waren vertreten durch Regierungsadvokat Bonardy aus Greiz; die schwarzburgischen Lande durch Apotheker Hirschberg aus Sondershausen.

So stellte das Königreich Preußen im ganzen 69 Vertreter, Sachsen 6, Hannover 17, Bayern 5, Württemberg 2, Baden 4, das Großherzogtum Hessen 5, das Kurfürstentum Hessen 4, Schleswig-Holstein 3, Mecklenburg 4, Oldenburg 2, Nassau 1, Braunschweig 3, Anhalt 2, die vier freien Städte 10, das Fürstentum Lippe 1, die thüringischen Staaten zusammen 11 (S.-Weimar 5, S.-Meiningen 2, S.-Altenburg 1, S.-Coburg und Gotha 2, Reuß-Greiz 1, Schwarzburg-Sondershausen 1); zusammen 150.

Deutlich war das starke Überwiegen des norddeutschen Elementes gegenüber dem süddeutschen: die Österreicher fehlten ganz, wenn auch Rösler und Marcynski offenbar als Gäste in Gotha anwesend gewesen sind*); daß die mitteldeutschen Landschaften mehr Vertreter stellten, hing gewiß zu einem guten Teile mit der Wahl des Versammlungsortes zusammen, hatte seinen Grund sicher aber auch mit darin, daß neben dem Ideal der Freiheit gerade in den Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands das Ideal der Einheit in den Patrioten besonders stark sein mußte, da diese Staaten an sich ohnmächtig nur in Anlehnung an eine größere Staatseinheit zur Macht kommen. Kaum ein unbedeutender Name ist unter den vielen Teilnehmern, sodaß es schwer wird, der Versuchung zu widerstehen, sie alle im einzelnen näher zu charakterisieren. Aber nicht nur, daß sie kamen, war bezeichnend für den Geist dieser Männer, sondern fast noch mehr, daß sie alle gern und z. T. nur nach Überwindung großer äußerer

*) Vgl. den Brief von Rösler, Beil. II, Nr. 99, ferner Grenzboten 1849, II. Sem., III. Bd. S. 55 f., ferner die „Allgem. Zeitung" S. 2013, endlich die Fremdenliste des „Gothaer Tageblatts", in der Dr. Rösler (Rüsler) erwähnt wird.

und innerer Schwierigkeiten kamen. Ihre Briefe sind zum sehr großen Teil ein geradezu rührender Beweis opferwilliger Hingabe an die politische Arbeit im Dienste des Vaterlandes, wie sie sie für recht erkannt hatten. So konnte man mit Recht mit großen Erwartungen der Versammlung entgegensehen, und wir verstehen es, daß so viele z. T. weit entfernt wohnende Nichtparlamentarier — wenn auch vergeblich — sich bemühten, wenigstens als Gäste daran teilnehmen zu dürfen.

Interessant ist es, die Liste der Teilnehmer unter dem Lichte der späteren geschichtlichen und politischen Entwicklung zu betrachten; es sind in der ganz überwiegenden Mehrzahl Vertreter derjenigen Gebiete, die 1867 sich zum Norddeutschen Bunde zusammenschlossen, Österreich fehlte ganz, aus den Ländern südlich der Mainlinie sind von insgesamt 150 Teilnehmern nur 16 erschienen, also nur etwa 10 vom Hundert! Daß unter den süddeutschen Vertretern die Badenser die rührigsten waren, ist nicht minder bezeichnend, sie erwiesen sich schon damals als der norddeutsche Sauerteig in Süddeutschland. Und bezeichnend bleibt, daß doch auch aus Süddeutschland, wenn auch wenige, so doch ganz besonders tüchtige Männer kamen, die an der künftigen Einigung des Nordens mit dem Süden mit ganz besonderer Energie und Lebhaftigkeit trotz der Schwierigkeiten, denen sie in ihrer engeren Heimat zu begegnen hatten, festhielten. Ja auch die Gegensätze der einzelnen norddeutschen Landesteile, wie sie in der politischen Vertretung sich heute noch spiegeln, lassen sich schon hier ungefähr erkennen und wenn sich auch die Wahlgebiete der nationalliberalen Partei, die ja im wesentlichen das Erbe der „Gothaer" angetreten hat, in sehr vielen Punkten von den damaligen Vertretungen unterscheiden, ein gewisser Zusammenhang zwischen damals und heute bleibt doch auch hierin noch deutlich bemerkbar.

4. Der äußere Verlauf der Versammlung.

Je näher der Tag der Versammlung heranrückte, umso mehr machte sich weit über die engeren Grenzen der Parteigenossen ein reges Interesse für die Gothaer Tagung bemerkbar. Unzweifelhaft, die Zeit ward für die gemäßigt und preußenfreundlich denkenden Politiker immer günstiger. Eben in jenen Tagen verließ der Reichsverweser Frankfurt, das Rumpfparlament lag in Stuttgart in den letzten Zügen. Die preußischen Truppen hatten rasch die Pfalz und Baden erobert, nur kümmerliche Reste der Aufständischen hielten sich in Rastatt. Was man von den Demokraten hörte und sah, konnte unmöglich auch die Freisinnigsten unter den Ge-

mäßigten für sie einnehmen. Die preußischen Landwehrtruppen dagegen machten überall, wohin sie kamen, selbst bei dem Herausgeber des „Gothaer Tageblatts“ einen solchen Eindruck, daß auch diese Kreise es für geratener hielten, mit Preußen lieber keinen Krieg anzufangen.

Von demokratischer Seite war demnach keinerlei ernstliche Gefahr einer Störung der Versammlung zu besorgen; das stand je länger um so sicherer fest. Becker, der Ende Mai von Frankfurt nach Gotha zurückgekehrt war, ohne durch Triumphbogen und mit Ehrenpforten empfangen zu werden, wie das Tageblatt höhnte*), hatte natürlich je länger je mehr alle Hände voll zu tun. Die gehässige Art, mit der die Radikalen seine Heimkehr glossierten, konnte ihm die Schaffensfreudigkeit nicht rauben. Unausgesetzt hatte er Briefe zu beantworten, auch wohl unerwünschte Gäste zurückzuweisen. Er gehörte zu denen, die den internen Charakter der Versammlung möglichst stark betont sehen wollten, daher wurde selbst der Wunsch, den der Erbgroßherzog von Weimar durch seinen Minister v. Wydenbrugk aussprach, er möchte als Gast an der Versammlung teilnehmen, um bei dieser Gelegenheit die Frankfurter Größen kennen zu lernen, abgelehnt; ebensowenig erhielten die Redaktöre der Zeitungen trotz aller Bemühungen Zutritt. Selbst die „Deutsche Zeitung“ durfte dabei keine Ausnahme machen. Als Versammlungsort wurde der halbrunde Saal im Theater, der damals gern zu Musikaufführungen benutzt wurde, vom Staatsminister v. Stein mit Genehmigung des Herzogs zur Verfügung gestellt. Das Hauptquartier war der altberühmte Gasthof zum Mohren. Für die Gäste wurden Mitgliedskarten ausgegeben. Die Gasthöfe reichten nicht ganz aus, aber viele angesehene Gothaer Familien hatten sich zur Aufnahme von Gästen bereit erklärt, das Haus Beckers ging darin mit gutem Beispiele voran. Die Bürgerschaft verhielt sich wohlwollend, selbst das „Gothaer Tageblatt“, das in den letzten Wochen nach Vermögen gegen die Gagern'sche Partei, die „feigen Ausreißer“ gewettert hatte, und dessen Schriftleiter Mayer eben in jenen Tagen eine Broschüre veröffentlichte: „Fünf Vierteljahre Volkssouveränität“, in der er seinen ganzen Zorn gegen die „Halben“ ausschüttete, fand es doch geraten, sich im letzten Augenblicke freundlicher zu stellen, und den Anwurf eines Mitgliedes des demokratischen „Alten Bürgervereins“, der in einem „Eingesandt“ geraten hatte, den Männern die Aufnahme zu verweigern, oder doch ihnen den Aufenthalt recht zu erschweren, zu widerrufen. So bewährte Gotha den Ruf einer gastlichen Stadt.

Schon am Sonntag, den 24. traf eine größere Zahl von Teil-

*) In mehreren gleichlautenden kurzen Mitteilungen.

nehmern ein, die meisten kamen am Montag, dem Johannistage, nur wenige noch später. Kühle und regnerische Tage waren vorangegangen, nun heiterte sich das Wetter allmählich auf. „Gotha lag", so schreibt Gustav Freytag, der mit Julian Schmidt von Leipzig herübergekommen war [1]), um an Ort und Stelle den Eindruck der Versammlung zu haben und wohl auch, um alte Beziehungen fester zu knüpfen und neue zu suchen, in den „Grenzboten", „nach einem Regentage im Abendschein so freundlich da, wie es sich für eine kleine Residenz in Thüringen schickt. Die grünen Büsche auf der Anhöhe blitzten lustig von Regentropfen, und unten auf dem Platz vor dem Theater trieb sich erwartend ein schaulustiges Publikum in anständiger Kleidung und Haltung umher."

Bei manchen von den Abgeordneten war die Reise nach Gotha nicht ganz ohne Abenteuer von statten gegangen.

„Als am 24. Juni Mathy mit den beiden Gagern, Bassermann, Soiron und anderen von Frankfurt nordwärts gen Gotha reiste, sammelte sich in Hanau" — so schreibt Mathy [2]) — „souveränes Volk um die beiden Wagen. Das stets offene Auge der Freiheit hatte erspäht, daß Verrat von Frankfurt durch Hanau nach Gotha ziehe. Wir waren ausgestiegen während des Umspannens. Ich stellte mich in die Nähe der Souveräne und wagte es, ihre Worte zu belauschen: da hocken sie zusammen und saufen Champagner, wo ist er? (H. v. Gagern), wir kennen ihn nicht — hauen wir sie!" Tiefe Stille, allgemeine Bewunderung der heldenmütigen Frage. Gagern saß in dem ersten Wagen, welcher unbehelligt abfuhr, den zweiten begleiteten einige Pfiffe, das Volk war abermals um seine Rache betrogen."

Ähnlich, wenn auch erheblich harmloser ging es den von Osten Kommenden. „Wer am 26. Juni über Erfurt zur Versammlung der Weidenbuschpartei reiste, wurde auf dem Eisenbahnperron dieser Festung lebhaft daran erinnert, daß der Zweck seiner Partei, die kämpfenden Gegensätze unseres Vaterlandes durch das Gesetz einer starken staatlichen Einheit zu binden, gerade jetzt ebenso viel Schwierigkeit als Verdienst habe. Denn längs der Wagenreihe des anhaltenden Zuges war eine bedenkliche Soldatenschar aufgestellt, wahrscheinlich als Soutien für zahlreiche Polizeibeamte, welche in den Waggons und auf dem Gange verdächtige Gesichter, Röcke und Hüte anhielten und nach ihrer Legitimation fragten. Es war nämlich von Gotha die Anzeige eingelaufen, daß

---

1) Das ergibt sich aus den vom „Gothaischen Tageblatt" veröffentlichten Fremdenlisten.

2) Nach Freytag, Mathy, S. 316.

demokratische Ruhestörer den Entschluß gefaßt hätten, die friedliche Versammlung zu sprengen. Man fürchtete Zuzug auf der Eisenbahn, die Truppen waren aufgestellt, ihn zu verhindern“ [1]).

Zum Empfang hatten sich am Haupttage auch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden am Bahnhof und im Mohren eingefunden. [2]) Viele der Eingeladenen kamen nach alter guter deutscher Sitte mit Frauen und erwachsenen Töchtern; neben der Arbeit und der Politik sollte Herz und Gemüt und Familiensinn nicht leer ausgehen, denn die politische Freundschaft der Männer hatte auch freundschaftliche Bande unter den einzelnen Familien geknüpft. Gewiß kamen manche resigniert, aber die Freude des Wiedersehens mit so vielen trefflichen Männern und Freunden, verbunden mit dem Gefühl, daß sie hier nicht die gleiche Verantwortung zu tragen hatten wie noch wenige Wochen vorher in Frankfurt, belebte die Gemüter. Bald war die Stimmung, noch angeregt durch den lachenden Frühling in der schönen Gartenstadt mit dem Blick auf die Thüringer Berge, ausgezeichnet.

So hatten sich die Besorgnisse als unbegründet erwiesen, die ängstliche Gemüter infolge der Haltung eines Teils der lokalen Presse und des radikalen Teils der Bürgerschaft gehegt hatten, und es hätte der besonderen Versicherung Beckers „durch unmittelbare Beziehung zum Ministerium und zugleich im Namen des Leiters dieses Ministeriums, des Herrn von Stein“ [3]), nicht bedurft, daß die Eingeladenen des freundlichsten Empfangs in Gotha, der Einräumung der notwendigen Lokalitäten und jeder sonstigen Unterstützung gewiß sein könnten.

Auch daß gleichzeitig mit der Versammlung eine Versammlung der thüringischen demokratischen Vereine in Gotha tagte, erwies sich als durchaus ungefährlich. Verlief doch diese Versammlung (am 26. Juni) im höchsten Grade harmlos [4]). Der Minister von Stein hatte zunächst eine gewisse Befürchtung wegen des Kongresses der Demokraten gehegt, „der zwar nicht sehr zahlreich sein wird, aber doch eine unangenehme Zugabe zu den Männern der Mäßigung ist. Während die Frankfurter Cidevants bei der höheren Bourgeoisie wohnen, logieren die Demokraten in den niederen Klassen; während erstere im halbrunden Saale des Theaters Sitzung halten, sitzen letztere in der „Stadt Coburg“. Hoffentlich kommen sie einander nicht noch näher, denn unsere Militärmacht

1) G. Freytag in den „Grenzboten“ 1849, II. Sem., III. Bd., S. 55.

2) Mitteilung des Ministers von Stein an Herzog Ernst II.

3) Reichsanzeiger vom 13. Juni und ebenso in der „Deutschen Zeitung“, mitgeteilt in der „Deutschen Allg. Zeitung“ (Leipzig) vom 13. Juni.

4) Ernst II. „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit“, Bd. I, S. 497.

ist hier bis auf 150 Mann herabgesunken, nachdem 200 Mann vor ein paar Tagen nach Volkenrode ausrückten." Die Befürchtung war grundlos; selbst das stramm demokratische „Gothaer Tageblatt" konnte den Verlauf des Demokratenkongresses nicht welterschütternd finden. Es schreibt darüber [1]): „Die Versammlung in der „Stadt Coburg" diskutierte von 2—4 Uhr darüber, ob man einen Thüringer Gesamtverein bilden wolle, welche Frage dadurch so schwer zu beantworten wurde, daß bereits Statuten von einem Thüringer Gesamtverein vorlagen, dessen Vorort Schmalkalden ist. Dieser letztere Verein, von welchem die übrigen Deputierten noch keine Kenntnis hatten, obschon er sich „Thüringischer Gesamtverein" nennt, beharrte schroff am Festhalten seiner Statuten und war schwer zu bewegen, den von den Eisenacher Vereinen vorgelegten Statutenentwurf zu einer Verschmelzung mit ersterem zur Debatte zuzulassen. — Endlich als man sich durch Beschluß zu gemeinschaftlicher Durchgebung beider Statuten resp. Aufstellung neuer geeinigt hatte, entspann sich beim § 1 „Zweck des Vereins" ein Prinzipienstreit, infolgedessen erst um 5 Uhr ein Teil des § 1 angenommen wurde. Da erscheint wohl das Frankfurter Parlament entschuldbar in Beziehung auf die langwierige Beschlußfassung, zu welcher man hier schon alle Vorlagen hatte, die jenem fehlten". Kläglicher und resultatloser konnte diese Zusammenkunft, die übrigens für Thüringen keinerlei Folgen gehabt hat, nicht verlaufen, als sie in dem demokratischen Organ geschildert ist.

Doch wenden wir uns nunmehr zu der Versammlung unserer Parlamentarier selbst [2]). Reich war die Tätigkeit der Versammlung. Schon am Montag, den 25. waren Vorbesprechungen abgehalten worden über den Plan der Verhandlungen. H. v. Gagern hatte den Vorsitz abgelehnt, um der Versammlung von vornherein keinen offiziellen Charakter zu geben. Vorgeschlagen für den Vorsitz wurde, wie schon in Frankfurt vereinbart F. G. Becker und als seine Beisitzer Langerfeldt aus Braunschweig und Duncker aus Halle. Sie haben sich redlich in die mühevolle Arbeit geteilt, namentlich auch Becker zeigte sich, trotz eines Unwohlseins, an dem er während der Zeit litt, und trotz der Menge anderer Geschäfte, die in diesen Tagen auf ihm lasteten, unermüdlich. Er hat in den sechs Sitzungen nicht weniger als fünfmal ganz oder teilweise präsidiert und gewiß sehr viel dazu beigetragen, daß die Versammlung so ganz ohne jeden erheblichen Mißton verlief. Nach den Urteilen sehr vieler Teilnehmer, ja aller, die

1) Am 27. Juni.

2) Die folgende Darstellung beruht im wesentlichen auf dem Protokolle über die Verhandlungen; daneben sind persönliche Mitteilungen und die Berichte der Zeitungen — namentlich der „Deutschen Zeitung" und des „Reichsanzeigers" — benutzt.

sich darüber geäußert haben, bleibt es sehr zu bedauern, daß die Reden nicht veröffentlicht worden sind. Das Protokoll, das dem bewährten Protokollführer des Frankfurter Parlaments, Dr. Flindt übertragen war — es hatten sich eine Reihe Journalisten dazu erboten, um auf diese Weise Zutritt zu erlangen — bringt keinen Auszug aus den gehaltenen Reden, sondern immer nur ganz kurz die Tendenz der einzelnen Reden und die Anträge, in denen sie gipfeln. So können wir nur aus gelegentlichen z. T. viel späteren Äußerungen der Teilnehmer auf den Inhalt der Reden schließen. Bedauerlich bleibt daher, daß Rudolph Haym seine Aufzeichnungen über die Tagung später verloren hat und daher nicht, wie er vorhatte, veröffentlichen konnte.

Die Tage waren reichlich mit Sitzungen ausgefüllt, so daß man unwillkürlich über die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitstüchtigkeit der Männer staunen muß. Es waren an jedem Tage vor- und nachmittags Sitzungen; jene dehnten sich wiederholt über die Mittagszeit, diese bis weit in den Abend hinein aus. Dazu kamen auch noch eine große Anzahl von Sonderbesprechungen.

Die erste Sitzung, am Dienstag, den 26., vormittags 9 Uhr, begann naturgemäß mit äußeren Fragen, der Feststellung der Erschienenen, verschiedenen Eingängen usw. Daraufhin wurde ein in Frankfurt vorberatener Vorschlag vorgelesen, der von Dahlmann entworfen und von den Freunden gebilligt war, übrigens keine Unterschrift trug. Ein Gegenvorschlag von v. Beckerath, Mevissen und Bürgers führte zu dem Beschluß, eine Kommission zu wählen, die die beiden Entwürfe beraten und neue Vorschläge machen sollte. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde G. Beseler gewählt. An die erste Sitzung schloß sich ein gemeinsames Mittagsmahl im Mohren, an dem auch eine Anzahl Gäste, darunter der Minister von Stein, teilnahmen. Eingehend berichtet dieser darüber an seinen Herzog. Die geistigen Genüsse bei dem 3stündigen Essen (von drei Gängen) waren danach erheblich größer als die leiblichen. Becker begrüßte die Versammelten, dann sprach H. v. Gagern in langer Rede, endlich Simson, der seine Gesundheit und Spannkraft fast völlig wiedererlangt hatte, „mit der Meisterschaft vornehmer Repräsentation und genialer Verknüpfung.“ Den größten Eindruck machte es, als während des Essens plötzlich von Vincke und Rießer in den Saal traten, um so begeisterter empfangen, als man sie kaum noch erwartet hatte.

Die Abendsitzung um 6 Uhr war nur kurz. Beseler als Berichterstatter berichtete, daß die Kommission einen neuen kombinierten Vorschlag zu machen beschlossen habe, der erst gedruckt werden müsse, und der daher noch nicht beraten werden könne; deshalb wurden in der Sitzung

nur formelle Angelegenheiten erledigt, und dann ward eine neunköpfige Kommission für die beabsichtigte Organisation der zu gründenden Partei gewählt. Am Abend dieses Tages nahmen viele Mitglieder an einer Soiree teil, die der Museumsklub [1]) den Versammelten zu Ehren im Theatersaal veranstaltet hatte.

Die Hauptsitzungen waren am Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28., jedesmal am Vor- und am Nachmittage. Der neue kombinierte Entwurf der Kommission lag vor. Beseler berichtete, die Debatte begann. Die beiden Tage waren offensichtlich die Höhepunkte der gesamten Tagung: so sind sie von allen Teilnehmern empfunden worden. Auch die Teilnahme der Bevölkerung erreichte ihren Höhepunkt. Es war doch nicht so, daß keine Teilnahme zu spüren gewesen sei. Die Gothaer gelten gewiß im allgemeinen mit Recht als nüchtern, sie lassen sich nicht leicht fortreißen; kritische verständige Erwägungen überwiegen Phantasie- und Gefühlsleben. Da will es etwas bedeuten, daß das Interesse der Bevölkerung über das bloßer Neugier doch stark hinausging. Namentlich Heinrich von Gagern lenkt aller Aufmerksamkeit auf sich. Sein Porzellanlichtbild wurde zum Kauf angeboten. Wo er sich zeigte, strömte Gotha zusammen. Namentlich vor dem Theater vor und nach den Sitzungen gab es regelmäßig eine große Versammlung; namentlich auch wenn Vincke erschien, zeigte sich eine „ungestüme frohe Bewegung [2])". Natürlich bildete der alte Jahn einen besonderen Anziehungspunkt, in erster Linie für die Jugend. Der jugendfrische Greis, der sein Naturburschentum auch mit seinen 70 Jahren nicht verleugnete, veranlaßte am Mittwoch Abend ein seltsames Fest. „Die Turner der beiden Gymnasien unter Oberleitung von Direktor Looff erwarteten ihn abends auf ihrem Platz. Mit Begeisterung wurde er empfangen, ein Kreis ward formiert, ein Lied angestimmt. Jahn redete über den wahren Sinn des „Frisch, fröhlich, fromm, frei"; er forderte Zuversicht zu dem Siege der Ideen von Vaterland und Freiheit. Wäre selbst das jetzige Geschlecht wie Moses bestimmt, das heilige Land nicht zu betreten, wäre es auch der jüngste nur (er ergriff den Kleinsten bei der Hand), „offen und frei sind die Bahnen des Ruhms". Ein Vivat auf Jahn und sodann auf die „Männer von Gotha" durch Looff erfolgte, dann kehrte Jahn in die Versammlung zurück, die er nur zeitweilig verlassen hatte" [3]).

1) Daß ein solcher Klub in damaliger Zeit in Gotha bestanden habe, ist hier nicht bekannt; vielleicht liegt eine Namenverwechselung vor (Mohrenklub?).

2) „Deutsche Zeitung" vom 27. Juni.

3) „Deutsche Zeitung" vom 27. und 28. Juni. Ähnlich auch die gleichzeitigen Berichte in der „Goth. Zeitung", im „Goth. Tageblatt" und im „Reichsanzeiger".

Einen echt Jahnschen Streich erlaubte er sich noch am Donnerstag: „Auf Geheiß des Direktors Looff rückte heute früh die ganze Turnerschar in wohlgelungenen Marschwendungen vor den Sitzungssaal. Heinrich von Gagerns Nahen ward durch Hornsignal verkündigt. Er ging die Reihen der Turner hinab unter so lautem Jubel, daß der Trommelwirbel übertönt wurde. Später passierte der alte Jahn die Reihen. Oben auf dem Altan versammelte sich nun die Mehrzahl der ehemaligen Abgeordneten, und Herr Looff brachte der Versammlung ein Hoch aus, worein die muntere Schar laut einstimmte. Jetzt erwartete alles, Gagern würde kommen und einige Worte sprechen. Vater Jahn aber kam zuvor und rezitierte einen schönen Vers [1]). Bei aller Verehrung für Vater Jahn meinten denn doch die Turner, es wäre besser gewesen, Gagern hätte gesprochen [2])." Trotz dieser Kritik konnte niemand dem selbstgefälligen Alten, der es doch innerlich so gut und treu meinte, ernstlich böse sein. Seine Verdienste erkannten alle an, und bei der Jugend wenigstens erntete er auch jetzt noch immer wieder mit seinem Reden und Tun reichsten Beifall.

So zeigte sich in diesem wie in manchem andern kleinen Zuge, daß die Versammlung in der Bevölkerung doch nicht nur als eine bloße Privatbesprechung aufgefaßt wurde, sondern vielmehr als Fortsetzung der Frankfurter Reichsversammlung, und so erklärt es sich auch, daß sich für sie der geschichtlich gewiß nicht haltbare Name des „Gothaer Parlaments" oder „Gothaer Nachparlaments" einbürgern konnte.

Alles in allem: die Veranstalter konnten, wenn sie auch mit den Jahn'schen Extraturen nicht gerade einverstanden sein mochten, mit dem äußeren Verlauf der Versammlung recht wohl zufrieden sein. Die freundliche Stadt mit ihren schönen Gärten und der erfrischenden Nähe des Thüringer Waldes, die Gastfreiheit der Bürger, das Wohlwollen der Behörden, die entgegenkommende Haltung der Bevölkerung, das günstige Wetter: dies alles hatte zum Gelingen beigetragen und mit bewirkt, daß alle Teilnehmer noch nach vielen Jahren mit innerer Befriedigung an die wohlgelungenen Tage in der freundlichen thüringischen Residenz zurückdachten.

---

1) Mit dem Vers ist offenbar ein Gedicht gemeint, das Jahn verfaßt und gedruckt hatte und am 28. als Flugblatt in Gotha verteilen ließ. Es ist den Akten über die Versammlung beigelegt, aber inhaltlich und formell gleichermaßen so schlecht, daß es keinen Neudruck verdient.

2) „Deutsche Zeitung" vom 29. Juni.

5. Die Verhandlungen.

Die Verhandlungen in Gotha verliefen trotz aller sorgfältigen Vorbereitung noch lebhaft genug. Nur nach langen Beratungen hatten sich die Freunde in Frankfurt zu einem gemeinsamen Vorschlag geeinigt, den sie der Versammlung zu empfehlen beschlossen. Er war von Dahlmann ausgearbeitet und wurde, was uns Menschen eines anderen Zeitalters sonderbar genug anmutet, bis zur Tagung selbst sorgfältig geheim gehalten. Noch heute kann man das allmähliche Entstehen dieses Entwurfs z. T. aus einzelnen Stellen von Briefen der Freunde und aus Zeitungsartikeln verfolgen. Man merkt daraus, wie die Vorlage in immer wiederholten Besprechungen in Frankfurt durchberaten, und wie sorgfältig ihr Wortlaut bis ins einzelne hinein festgestellt worden ist. Man erkennt auch, daß die Führer in ihrer Grundstimmung durchaus auf Versöhnung gerichtet waren und deshalb alles zu vermeiden wünschten, was namentlich die preußische Regierung hätte verletzen können. Der Entwurf von Dahlmann hat in der Form, in der die Frankfurter Freunde ihn als Vorlage annahmen, folgenden Wortlaut:

Vorschlag. Die Unterzeichneten früher Mitglieder der Nationalversammlung, haben sich zu nachstehender Erklärung vereinigt:

Innig überzeugt, wie wir sind, daß die Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung als endgültig beschlossen verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr aufdrang und der Bundestagsbeschluß vom 30. März v. J. ihr einräumt, dürfen wir doch die Augen vor den Schwierigkeiten nicht verschließen, welche die allgemeine Durchführung der unveränderten Reichsverfassung im Vaterlande gefunden hat.

Dahingegen ist in der Verfassungs-Aufstellung, welche die Berliner Konferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wiederfinden ließe.

Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und schon vom Bürgerkriege zerfleischte Vaterland; ebenso dringend aber der wertvolle Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch den Kern der Reichsverfassung in sich trägt und mit ihm dem deutschen Volke Güter der politischen Einheit und bürgerliche Freiheit bietet in solcher Zahl und Fülle, wie sie dasselbe, soweit seine ganze Geschichte reicht, niemals bisher genossen hat.

Um, was noch mißhellig ist, auszugleichen, ist nun vor allen Dingen ein Reichstag not, welcher möglichst bald zusammentrete, welcher

alle Staaten des bisherigen deutschen Bundes begreife, mit Ausnahme freilich Deutsch-Österreichs, dessen Regierung den deutschen Bundesstaat verneint hat, indem sie sowohl die unerläßliche Forderung seiner Einheit, ein Reichsoberhaupt in der Person des Beherrschers des mächtigsten reindeutschen Staates, als die ebenso wichtige Forderung seiner Freiheit, ein Volkshaus für die Reichsgesetzgebung, ablehnt; ein Reichstag endlich, welcher das Werk der Einigung rasch, noch im Laufe dieses Jahres, vollbringe.

Der Erreichung dieses dreifachen Zweckes würde von Anfang her nichts hinderlicher sein, als wenn von der einen Seite auf dem Reichswahlgesetze, von der anderen Seite auf dem Berliner Entwurf eines Wahlgesetzes starr bestanden würde; durchaus aber wird auf dem Reichstage selber ein unbedingtes Festhalten an Einzelheiten, die nicht unmittelbar mit dem Heile des Vaterlandes zusammenhängen, vermieden werden müssen. Denn sollte auf diesem Reichstage abermals keine Einigung erzielt werden, so würde zwar für die deutsche Reichsverfassung vom 28. März (hier hatte Dahlmann ursprünglich einfügen wollen: „die den Gesamtwillen der Nation durch ihre freigewählte Vertretung ausdrückt, welche die sämtlichen Volkskammern, die große Mehrzahl der Regierungen und die öffentliche Meinung für sich hat") ein neues Zeugnis abgelegt sein durch die Vergeblichkeit der Bemühungen, etwas Anderes zustande zu bringen; allein ebenso gewiß würde ein solcher Ausgang den Genuß der Segnungen dieser Verfassung in eine ungewisse Ferne rücken.

Die Unterzeichneten versprechen sich ein gedeihliches Resultat von folgenden vornehmlich zunächst auf das Zustandekommen des Reichstags bezüglichen ausgleichenden Maßregeln:

1. Die deutschen Staaten erklären als grundsätzlich feststehend alle Verfassungsbestimmungen, welche in den beiden Aufstellungen vom 28. März und vom 28. Mai wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

Dahin gehören namentlich die von der Nationalversammlung beschlossene und in den Entwurf vom 28. Mai aufgenommene Übertragung der Reichsoberhauptswürde an die Krone Preußen, das Staatenhaus und das Volkshaus.

2. Alle deutschen Regierungen, indem sie diese Erklärung abgeben, laden den König von Preußen ein, den deutschen Reichstag unverzüglich nach Frankfurt a. M. zu berufen.

3. Zum Staatenhause dieses Reichstags wird auf Grund der Bestimmungen des Entwurfs vom 28. Mai gewählt.

4. Was die Wahlen zum Volkshause anbetrifft, so kommen die Unterzeichneten, gerade weil sie vor allen Dingen den Reichstag und

seinen raschen Eintritt wollen, nicht auf das Reichswahlgesetz zurück, welchem die drei Regierungen der Berliner Konferenz ihren Widerspruch entgegenstellen. Unsere Überzeugung ist, daß kein Wahlgesetz in der Welt den Ausgang der Wahlen verbürgt, da dieser hauptsächlich von der Stimmung des Volkes und dem Maße seines Vertrauens auf die Leitung der vaterländischen Angelegenheiten abhängt. Eben deshalb sind wir der Meinung, daß, da einmal die wünschenswerte Einigung fehlt, am besten nicht nur für das Zustandekommen des Reichstags, sondern auch für den Frieden im Vaterlande gesorgt wäre, wenn die verschiedenen Wahlgesetze der einzelnen Staaten die Grundlage für die Beschickung dieses Reichstags bildeten. Von der anderen Seite erscheinen die in dem Wahlgesetze der Berliner Konferenz festgestellten Normen weder so drückend noch so unausführbar, daß es vor dem Vaterlande zu rechtfertigen wäre, an ihrer Ablehnung den ganzen Reichstag scheitern zu lassen. Jedenfalls jedoch würde das für Preußen am 30. Mai d. J. erlassene Wahlgesetz, welches namentlich für die Teilnahme an der dritten Abteilung gar keine direkte Steuer bedingt, zu berücksichtigen, überhaupt aber eine Erweiterung der den Einzelstaaten eingeräumten Befugnisse nach folgenden Andeutungen zu gestatten sein:

Die Erfordernisse der Teilnahme an den Gemeindewahlen (§ 2) und der dreijährigen Dauer des festen Wohnsitzes im Wahlbezirke (§ 13) würden vielfach eine Beschränkung des Stimmrechts und der Ausübung desselben zur Folge haben, welche über den Zweck jener Bestimmungen, als Kennzeichen der Selbständigkeit und der Beteiligung am Staatswohl zu dienen, weit hinausgeht. Viele selbst steuerzahlende Bürger sind nicht aktive Gemeindebürger, und was nach § 13 von Militärpersonen gilt, findet in ähnlicher Weise auf Beamte, sowie auf Männer Anwendung, welche einen wissenschaftlichen oder künstlerischen Beruf ausüben, indem solche häufig nicht an den Orten wohnen, wo sie heimatberechtigt sind und an den Gemeindewahlen teilnehmen dürfen, zum Teil auch ihren Wohnsitz zu wechseln öfters veranlaßt werden. Hier wären demnach Modifikationen zuzulassen, welche nach den Einrichtungen eines jeden Staates dem Zwecke entsprechen.

Da ferner die Systeme der direkten Besteuerung in den verschiedenen Staaten noch mehr voneinander abweichen, als in den verschiedenen Bezirken eines Staates, so wäre die Befugnis, welche § 15 den Regierungen gibt, die Verschiedenheit in der Besteuerung einzelner Gemeinden oder Bezirke auszugleichen, dahin auszudehnen, daß jedem Staate überlassen bliebe, die Vorschrift des § 15 über die Bildung der drei Abteilungen nach Maßgabe seiner Steuergesetzgebung zu vollziehen, insbesondere den

Begriff einer direkten Steuer auf direkte öffentliche Abgaben zu Staats- und Gemeindezwecken auszudehnen. Sache des Vollzugs wird es auch sein, zu sorgen, daß nicht einzelne Besitzer von größeren Grundflächen oder Gewerbsanlagen für sich allein die erste oder die beiden ersten Abteilungen eines Bezirkes bilden, wenn dieses etwa aus dem Verhältnisse ihrer Anteile an dem Gesamtsteuerbetrage sich ergeben sollte.

Endlich wird das Verhältnis der Zahl der Wahlmänner zu der Seelenzahl allgemein festzustellen sein, wenn nicht durch zu große Beschränkung oder Ausdehnung der ersteren die Vorteile wieder verloren gehen sollen, welche man von der Anwendung des indirekten Wahlverfahrens erwartet. Je ein Wahlmann auf 500 Seelen erscheint als ein angemessenes Verhältnis.

5. In beiden Häusern wird den Beratungen über die Reichsverfassung der Entwurf vom 28. Mai zu Grunde gelegt und nach einfacher Stimmenmehrheit bei jeder Abstimmung entschieden.

6. Die in der Verfassung vom 28. März aus dem Entwurfe vom 28. Mai gleichlautend gefaßten Paragraphen werden ohne Abstimmung als endgültig angenommen und auch bei nur teilweiser Übereinstimmung wird, soweit tunlich, allein die Abweichung zur Abstimmung gebracht.

7. Von dem Reichstage ist zu erwarten, daß beide Häuser, sowohl was ihr Verhältnis zu einander und die Teilnahme von Kommissarien des Bundesvorstands an den Verhandlungen betrifft, ohne Zeitverlust solche Bestimmungen annehmen werden, welche die schleunigste Erledigung des Verfassungswerks zu sichern geeignet sind."

Dahlmann hatte es zugleich übernommen, die Vorlage durch eine einleitende Ansprache zu empfehlen; noch ist die Niederschrift dieser gedankenvollen Rede erhalten*):

„Da mir das erste eröffnende Wort zugefallen ist, was läge näher, als alle Freunde froh zu begrüßen. Allein unser Zusammentritt ist kein frisches Weiterarbeiten auf schon Erreichtem. Noch immer gilt es, den Grund zu legen. Nur deswegen sind wir hier, weil das Ergebnis unseres ersten Beisammenseins mißlungen ist.

Goethe schreibt die Undankbarkeit der Menschen ihrem schwachen Gedächtnisse zu. Wenn er recht hat, so hat die deutsche Nationalversammlung gewiß nicht unrecht, wenn sie über die klägliche Gedächtnisschwäche der deutschen Ministerien Klage führt. Scheint doch das Jahr 1848 schon nach einem Vierteljahre der Vergessenheit verfallen zu

*) Springer, Dahlmann a. a. O., S. 342 ff.

sein. Oder wäre man wirklich so verblendet, das Dasein der Dinge abzuleugnen, vor deren verhaßtem Anblicke man die Augen verschließt?

Als im Frühling 1848 das lang verhaltene Gefühl schmählicher Verwahrlosung plötzlich im deutschen Volke hervorbrach, zur stürmischen Tat ward und alle Bande des gewohnten Gehorsams zu sprengen drohte, da war es die deutsche Nationalversammlung und niemand sonst, die den Ungestüm der Bewegung bändigte und das Sonderleben der einzelnen deutschen Staaten wieder zu Ehren brachte, indem sie hoch über ihnen die politische Einheit des Vaterlandes aufstellte, als den Polarstern der deutschen Zukunft. Die Nationalversammlung hätte die Einheit auf dem Wege der Republik erreichen können, sie war stark genug dazu, denn sie bildete lange Zeit den einzigen Mittelpunkt des vaterländischen Vertrauens. Viele wollten diesen Weg. Sie war stark genug, ihn nicht zu wollen. Die Verfassung, die sie nach der Arbeit eines Jahres aufgestellt, gibt Zeugnis davon, daß die Nationalversammlung in Beschränkung der Rechte der Einzelregierungen nicht weiter gegangen ist, als die Erhaltung des Ganzen es erforderte, und kaum so weit.

Ich will nicht sagen: Wie dankt man es ihr? Ich habe nicht das Wort ergriffen, um Gefühle aufzuregen, nein, um sie zu beschwichtigen. Zeigen wir durch die Tat, daß wir ein besseres Gedächtnis haben, als unsere Widersacher, zeigen wir, daß uns die uralte Tatsache des Vaterlandes, welches zur Einheit will, noch immer im frischen Gedächtnis liegt und uns mehr wiegt als die Unbilden, die wir erfuhren.

Eine kleine Anzahl Mitglieder unserer dahingeschwundenen Nationalversammlung blieb noch in Frankfurt und in seiner Nähe beisammen; sie hat den Anstoß gegeben zu dieser Zusammenkunft, und die Zahl der hier Erschienenen zeigt, daß sie im Sinne der Genossen ihrer früheren Tätigkeit gehandelt hat. Allein es handelt sich nicht bloß darum, zu dieser Zusammenkunft den ersten Anstoß zu geben, ebenso wichtig erschien es denselben, sie zu erleichtern, für ihr vermutlich nur auf ein paar Tage beschränktes Beisammenbleiben eine Grundlage der Beratung zu verschaffen. In diesem Sinne haben wir ein Programm aufgestellt, welches Ihrer Prüfung unterliegen wird. Seine allgemeine Richtung ist klar. Es will die schleunige Herbeiführung eines Reichstages, damit inmitten so trauriger Zerwürfnisse ein Trost der Nation auftauchen würde. Es verbirgt keineswegs, daß zu diesem Zwecke große Opfer werden zu bringen sein. Niemand übertreffe uns in der Standhaftigkeit im Kampfe für das Vaterland. Aber wo durch sanftere Mittel rascher zur Rettung zu gelangen ist als durch starren Widerstand, da ver-

schmähen wir diese nicht. Seien wir nicht stolzer und standhafter, als das Heil des Vaterlandes es fordert oder vielleicht es zuläßt."

Diese Ansprache ist nun freilich nicht gehalten worden. Dahlmann hat in Gotha überhaupt nicht das Wort ergriffen! Und das kam so: In dem ursprünglichen Wortlaut des Entwurfs für eine Erklärung hatte er die auf S. 49 aufgeführten Worte eingeschoben wissen wollen, die ein starkes Bekenntnis zu der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung vom 28. März 1849 enthalten. Der Vater der „Grundrechte", der Mann, der vor kaum dreiviertel Jahren den Beschluß gegen die Zustimmung zum Malmöer Waffenstillstande unterschrieben hatte, konnte es nicht übers Herz bringen, sein eigenes Kind zu verleugnen; dazu fühlte er sich noch zu stark als der alte Volksvertreter der Paulskirche, der gewohnt war, daß sein Wort durch ganz Deutschland hin auch von den Regierungen gehört wurde. Seinem etwas doktrinär gerichteten Rechtssinn fehlte bei höchster Ehrenhaftigkeit der Gesinnung, ja vielleicht mit infolgedessen, das Zeug zum praktischen Politiker. Er war nicht gewohnt und nicht gewillt, Kompromisse zu schließen; wo es ihm erforderlich erschien, da ließ er es nach seinem eigenen Ausdruck an der „nötigen Herzenshärtigkeit" nicht fehlen. Aber die übrigen in Frankfurt versammelten Parteifreunde fanden den Satz zu stark, und sie setzten seine Weglassung in der Vorlage durch. Da verzichtete Dahlmann darauf, die Debatte zu eröffnen und seine eigene Vorlage zu verteidigen. Aber er ließ die Mehrheit auch nicht im Stich. Er kam mit nach Gotha und unterschrieb auch die angenommene Erklärung. Dies Opfer brachte er der Mehrheit, weiter aber konnte er nicht gehen und ging er auch keinen Schritt.

Und doch hatten die Frankfurter recht, wenn sie stark auf eine versöhnliche Fassung der Vorlage drangen. Sie mußten mit den Rechtsstehenden unter ihren Freunden rechnen und durften, wenn sie überhaupt auf eine imponierende Mehrheit zählen wollten, diese nicht vor den Kopf stoßen.

Sie konnten trotzdem nicht hindern, daß eine Gegenerklärung eingebracht wurde. Diese ging von Beckerath und seinen Freunden aus; ihr Entwurf hat folgenden Wortlaut: „Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach außen bietet, haben es den Unterzeichneten, obgleich seit ihrem Austritt aus der deutschen Nationalversammlung rechtlich nicht mehr Vertreter des Volkes, zum Bedürfnis gemacht, in gemeinsamer Besprechung ihr Urteil über die gegenwärtige Lage der Dinge festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder einzelne von ihnen in Erfüllung seiner staatsbürger-

lichen Pflichten dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde.

Sie glauben, von diesem Streben ein Zeugnis abgelegt zu haben, als sie am 28. März d. J. zu dem Beschlusse der Nationalversammlung mitwirkten, durch welchen die Reichsverfassung und zwar mit Rücksicht auf die jeder anderen Lösung entgegenstehenden Hindernisse, endgültig beschlossen wurde. Heute wie damals haben sie das Bewußtsein, daß die Nationalversammlung, indem sie diesen Beschluß faßte, ihrem Beruf gemäß gehandelt hat, ja, wenn damals noch ein Zweifel darüber obgewaltet hätte, ob die Natur der deutschen Verhältnisse und die Erfahrung vergangener Jahrhunderte die Nationalversammlung berechtigten, die ihr von den Regierungen und dem Volke verliehene Stellung in jenem Sinne aufzufassen, so mußte ein solcher Zweifel verschwinden vor der Erfahrung der neuesten Zeit, die die Schwierigkeit einer Vereinbarung der Regierungen unter sich, die Zähigkeit der partikularistischen und dynastischen Interessen in das hellste Licht gestellt hat. Wie sehr man aber auch von der Berechtigung der Nationalversammlung überzeugt sein möge, die Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß sie das kraft dieser Berechtigung errichtete Verfassungswerk auf eine Voraussetzung gegründet hat, die nicht in Erfüllung gegangen ist. Der regierende deutsche Fürst, welchem nach §§ 68 und 69 der Reichsverfassung die Würde des Reichsoberhauptes erblich übertragen werden soll, darf nach der ganzen Struktur des Verfassungsbaues kein anderer sein als der Regent des mächtigsten reindeutschen Staates; seine Annahme auf Grund der Verfassung war die erste unerläßliche Bedingung ihrer Verwirklichung.

Der Ablehnung des Königs von Preußen trat der Widerspruch Bayerns, Sachsens und Hannovers gegen die Reichsverfassung zur Seite. Abgesehen von Österreich, welches in seiner jeder bundesstaatlichen Verfassung widerstrebenden Haltung beharrt, erklärten sich die Regierungen von 25 Millionen Deutschen gegen die Annahme der Verfassung, und dieser Widerstand läßt ihre Durchführung zur Zeit als eine politische Unmöglichkeit erscheinen. Die hierdurch herbeigeführte Lage besonders zu erwägen, nicht durch Festhalten an einem unmöglichen Mittel den Zweck selbst unmöglich zu machen, im Dienste des Vaterlandes auch andere Wege zu gehen als die eigenen, wenn dabei die Treue gegen das Ziel bewahrt werden kann, das ist die Pflicht des Patrioten, und mit Selbstverleugnung haben auch diejenigen sie zu erfüllen, deren hingebendes Wirken für das Zustandekommen der Reichsverfassung eines besseren Erfolges wert gewesen wäre.

Die Regierungen, welche die Reichsverfassung anzunehmen weigern,

haben eine große Pflicht gegen die Nation zu erfüllen, sie haben der von ihnen verworfenen Einheitsform eine den gerechten Forderungen des Volkes Rechnung tragende Vorlage gegenüberzustellen, sie haben dem ersten Reichstag, was sie gegenüber der Nationalversammlung zum unberechenbaren Schaden Deutschlands unterließen, einen für sie selbst bindenden Verfassungsentwurf vorzulegen. Preußen, Sachsen und Hannover haben dieser Pflicht zu genügen gesucht, indem sie sich zu einem Entwurf vereinigten, der die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaats — ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Beherrschers des mächtigsten rein deutschen Staates und die Mitwirkung eines Volkshauses bei der Gesetzgebung — anerkennt. Durch diese Vorlage ist unverkennbar ein Weg eröffnet, auf welchem der verlorene Einigungspunkt wieder gewonnen werden kann.

Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und schon vom Bürgerkriege zerfleischte Vaterland; ebenso dringend aber der wertvolle Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch den Kern der Reichsverfassung in sich trägt und mit ihm dem deutschen Volke Gaben der politischen Einheit und bürgerlichen Freiheit bietet in solcher Zahl und Fülle, wie sie dasselbe, soweit seine ganze Geschichte reicht, niemals bisher genossen hat.

Es darf als eine gerechte Erwartung des deutschen Volkes bezeichnet werden, daß die Regierungen der anderen deutschen Staaten durch baldigen bindenden Abschluß an jene Verfassungsvorlage die schleunige Berufung eines Reichstags zur definitiven Vereinbarung der Reichsverfassung möglich machen. Was den dabei in Anwendung zu bringenden Wahlmodus betrifft, so wird von der Anwendung des Reichswahlgesetzes auch in denjenigen Staaten, in welchen es als rechtskräftig verkündigt wurde, abzusehen sein, da das Reich, in welchem es hätte zur Geltung kommen können, erst durch die Verfassung begründet worden wäre, diese selbst aber zurzeit nicht ins Leben getreten ist.

Die drei Regierungen haben nun ein von jenem wesentlich abweichendes Wahlgesetz aufgestellt. Angesichts der Lage des Vaterlandes läßt sich die Notwendigkeit nicht verkennen, daß die bürgerliche und staatliche Freiheit vor den Gefahren bewahrt werde, welche erfahrungsmäßig die Folge einer schrankenlosen Ausdehnung der politischen Rechte sind, wie denn auch die große Mehrzahl der Unterzeichneten bei der Abstimmung über das Reichswahlgesetz sich für die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts ausgesprochen hat. Ob der von den drei Regierungen vereinbarte Wahlmodus den Anforderungen geläuterter Grundsätze völlig

entspricht, soll hier nicht erörtert, jedoch darf die Überzeugung ausgesprochen werden, daß im Volke die Erkenntnis der Bedingungen seiner Einheit und Freiheit zu einer Klarheit gediehen ist, welche ihm auch durch eine nach jenen Formen gewählte Vertretung den richtigen Ausdruck verbürgt. Wenn aber von den beitretenden Regierungen im Interesse der Einigung die Annahme des von der Berliner Konferenz vorgelegten Wahlgesetzes im allgemeinen zu erwarten ist, so darf doch ihrerseits das billige Zugeständnis in Anspruch genommen werden, daß, wie die Denkschrift in Aussicht stellt, es ihnen überlassen bleibe, bei der Ausführung dieses Gesetzes, ohne dessen Prinzip zu alterieren, diejenigen Modifikationen und Ergänzungen eintreten zu lassen, welche durch die abweichenden Verhältnisse in ihren respektiven Staaten geboten sind.

Wir fassen unser Urteil über die gegenwärtige Lage der preußischen Verfassungsangelegenheit und den jetzt noch offenen Weg zu dem Ziele, von welchem die Nation nicht lassen kann und wird, in nachfolgenden Sätzen zusammen, nach welchen wir unser ferneres politisches Handeln bemessen werden:

Der von den Regierungen der Königreiche Preußen, Hannover und Sachsen unter sich vereinbarte und der Öffentlichkeit übergebene Entwurf einer Reichsverfassung ist als eine der Nation erteilte, für die genannten Regierungen bindende unverbrüchliche Zusage zu betrachten und den Verhandlungen des ersten Reichstags über die Reichsverfassung zugrunde zu legen.

Daß die anderen deutschen Regierungen, mit Ausnahme des den Bundesstaat verneinenden Österreich, ihren gleichfalls bindenden Anschluß an die Verfassungsvorlage der Berliner Konferenz baldigst aussprechen, erscheint als das unabweisbare Gebot des Augenblicks, damit ein Reichstag möglichst schleunigst einberufen und durch Herstellung eines geordneten Rechtszustandes die Gefahr, die dem Gesamtvaterlande droht, abgewendet werde.

Von dem zu berufenden ersten Reichstag darf erwartet werden, daß er die in der Verfassung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai gleichlautend gefaßten Paragraphen ohne Abstimmung als endgültig anerkenne, und auch bei nur teilweiser Übereinstimmung, soweit tunlich, allein die Abweichung zur Abstimmung bringe.

Von den Vertretungen der Einzelstaaten und von allen die Einheit wahrhaft wollenden Parteien im Volke darf erwartet werden, daß sie ohne Rücksicht auf unbefriedigte Parteiinteressen nur die Rettung und Erhebung des Vaterlandes ins Auge fassen, und mit Selbstverleugnung in tätiger Mitwirkung den einzigen noch offenen Weg zu diesem großen

Ziel betreten. Nimmt das Volk die dargebotene Hand an, so sind die deutschen Regierungen der Nation dafür verantwortlich, daß dieser letzte Einigungsversuch nicht abermals an ihrem Widerstande scheitere.

gez. von Beckerath. Mevissen. Bürgers."

Der Beckerathsche Entwurf beruht auf dem Dahlmannschen; das zeigt sich auch dem flüchtigsten Blicke, stimmen doch ganze Abschnitte wörtlich überein. Auch sind die Grundgedanken sehr ähnlich. Einig sind die beiden Entwürfe in folgenden Überzeugungen:

a) die Frankfurter Versammlung war berechtigt, eine Verfassung zu schaffen;
b) ihre Durchführung im einzelnen ist unmöglich geworden;
c) auf dem vom Dreikönigsentwurf vorgeschlagenen Wege ist es möglich, zur Einigung zu gelangen; denn er enthält den Kern der Reichsverfassung (Preußens König als Oberhaupt, Ausschluß Österreichs, Reichstag).
d) den in dem Entwurf geforderten Reichstage ist zuzustimmen; er möge recht bald zusammenberufen werden;
e) am Frankfurter Wahlgesetze soll nicht unbedingt festgehalten werden; dieser Entwurf ist an sich anfechtbar; der gute Zweck geht zudem über das Mittel;
f) jedenfalls soll dahin gewirkt werden, daß sich die Gesinnungsgenossen an der Wahl beteiligen;
g) der Reichstag hat die Verfassung endgültig zu beschließen. Die Paragraphen, die in beiden Verfassungen wörtlich oder wesentlich übereinstimmen, sollen ohne Debatte als angenommen gelten.

Bei so weitgehender Übereinstimmung kann man verwundert fragen, warum denn Beckerath für nötig gehalten hat, einen besonderen Entwurf dem Dahlmannschen gegenüberzustellen.

Bei genauerer Betrachtung werden nun freilich diese Gründe klar. Beckeraths Entwurf ist, um es kurz zu sagen, mehr preußisch und mehr konservativ. Viel stärker wird hier betont, daß, um die Güter der Freiheit und namentlich der Einheit zu erreichen, Opfer gebracht werden müssen; Beckerath macht demgemäß den Regierungen nicht bestimmte Vorschläge oder gar Vorschriften für ihr Verhalten, sondern will nur die Richtung andeuten, in der die Nation und die nationale Partei seiner Meinung nach vorwärts zu gehen hat:

a) er erwartet deshalb von dem Beitritt neuer Regierungen die vorläufige Annahme aller Bestimmungen des Berliner Entwurfs, nicht nur derjenigen, die mit der Frankfurter Verfassung übereinstimmen;

b) die Schuld an dem Nichtzustandekommen des Bundesstaates wird nicht nur neben Oesterreich auf Preußen, sondern auch auf die deutschen Mittelstaaten, insbesondere Bayern, gewälzt;

c) die Rechtsgültigkeit der Frankfurter Verfassung wird zwar nicht geleugnet, aber die Art, wie von ihr gesprochen wird, zeigt doch, daß es Beckerath damit längst nicht so Herzenssache ist wie Dahlmann;

d) inbezug auf das Wahlgesetz hält er den Frankfurter Entwurf nicht mehr für bindend, nachdem das Reich nicht zustande gekommen ist; er will auch nicht, wie Dahlmann und Genossen es in ihrer Vorlage tun, den einzelnen Staaten das Wahlrecht freistellen, sondern verlangt nur den Berliner Entwurf mit Modifikationen *).

Die Gegenüberstellung der beiden Entwürfe zeigte von vornherein klar und deutlich, in welcher Richtung die gewählte Kommission zu arbeiten haben werde. Sie bestand aus den Abgeordneten: Zell-Trier, Lang-Hannover, Koch-Leipzig, Stahl-Erlangen, G. Beseler-Greifswald, von Wydenbrugk-Weimar, Bernhardi-Cassel. Bei der Auswahl tritt die Absicht hervor, niemand aus dem Kreise derjenigen, die die beiden der Versammlung vorgelegten Entwürfe ausgearbeitet hatten, zu wählen; ferner wollte man offenbar auch den linken Flügel der Partei zu Worte kommen lassen: es war immerhin beachtenswert, daß kein einziger Altpreuße unter den Gewählten war. Aber es war darauf gesehen, daß möglichst verschiedene Landschaften und Stämme im Ausschuß vertreten waren; charakteristisch war übrigens, daß er fast nur aus Vertretern der Mittel- und Kleinstaaten bestand. G. Beseler, scharf, klar und kühl, hatte sich in Frankfurt bei der Beratung und Feststellung der Grundrechte besonders ausgezeichnet; man wußte den Vorsitz der Kommission bei ihm in guten Händen. Am 27. früh lag denn auch der fertige Entwurf des Ausschusses vor:

Vorlage des Ausschusses.

Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfnis gemacht, ihr Urteil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland

*) Vortrefflich charakterisiert Rümelin die beiden Entwürfe in seiner Schrift: „Aus der Paulskirche" im Bericht vom 28. Juni.

dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde.

Das Ergebnis der darüber in Gotha am 26.—28. Juni d. Js. gehaltenen Besprechungen fassen sie in nachstehenden Sätzen zusammen:

1. Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. Js. die deutsche Reichsverfassung als endgültig beschlossen verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr aufdrang und die Bundestagsbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. Js. ihr einräumten, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen davor nicht verschließen, daß die unbedingte Durchführung der Reichsverfassung zur Unmöglichkeit geworden ist. Dahingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Konferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden ließe. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und schon vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland, ebenso dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßliche Grundlage des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten reindeutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat.

2. Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an dem Wege, auf dem, an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie erkennen an, daß der von den drei Königreichen vorgeschlagene Weg unter folgenden Voraussetzungen zu dem vorgesteckten Ziele führen kann:

wenn alle deutschen Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstages auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form als Einheit gegenübertreten;

wenn von denselben die dargebotene Verfassung für alle Fälle als eine der Nation erteilte unverbrüchliche Zusage betrachtet wird;

wenn die dem Reichstage vorbehaltene Revision sich nur auf solche Verfassungsbestimmungen erstreckt, welche in der Reichsverfassung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

3. Darf es daher als eine gerechte Erwartung des deutschen Volkes bezeichnet werden, daß die anderen deutschen Staaten — abgesehen von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Österreich — durch baldigen

bindenden Anschluß an jene Verfassungsvorlage die schleunige Berufung eines Reichstages möglich machen, so erwächst auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen.

4. In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, durch die Beteiligung an den Wahlen zum nächsten Reichstage das Zustandekommen desselben zu bewirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, mit der Durchführung der Reichsverfassung unmittelbar verbundenen Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere gesetzliche Norm maßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Richtigste an, wenn die verschiedenen Wahlgesetze der einzelnen Staaten die Grundlage für die Beschickung dieses Reichstages bilden, oder in jedem einzelnen Staate auf landesverfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Aber auch dann, wenn unter den obwaltenden Verhältnissen dies nicht möglich wäre, erscheinen doch die Bedenken gegen das von der Berliner Konferenz aufgestellte Wahlgesetz nicht so groß, daß sie nicht im wesentlichen dadurch beseitigt werden könnten, daß, wie die Denkschrift auch in Aussicht stellt, den Einzelstaaten bei Ausführung desselben die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifikationen nachgelassen werden.

Demnach halten die Unterzeichneten in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen gemeinsame politische Existenz ohne Betreten dieses Weges gegenwärtig aufs Höchste gefährdet ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen:

1. soviel an ihnen ist, den Anschluß an die noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Konferenz vorgelegten Entwurf zu befördern, und

2. an den Wahlen zum nächsten Reichstage sich zu beteiligen.

G. Beseler. Koch. Lang. Stahl. v. Wydenbrugk.

Im ganzen ist der Gedankengang der Frankfurter Vorlage übernommen, zum großen Teil wörtlich; nur merkt man dabei das Bestreben, sie kürzer zu fassen; deutlich zutage tritt andererseits der Wunsch, Beckerath entgegen zu kommen. Die ganze Einleitung stimmt daher mit der Beckeraths völlig überein. Die Betonung der Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 28. März ist stehen geblieben. Österreich wird als

Bundesstaat abgelehnt. Die süddeutschen Staaten werden mit gutem Grunde gar nicht erwähnt, ebenso wird die heikle Frage, wie denn die Reichsverfassung zustande kommen soll, unbeantwortet gelassen. Die Notwendigkeit der Einberufung eines Reichstages als erste und wichtigste Pflicht der Bundesregierung wird stark betont. Die meisten Schwierigkeiten bei der Beratung hat offenbar die Frage des Wahlgesetzes gemacht. Hier wollte der linke Flügel der Partei unbedingt auf dem Frankfurter Entwurf bestehen bleiben. Schließlich wurde beschlossen, daß entweder die Wahlgesetze der einzelnen Staaten die Grundlage bilden sollten, oder in einem jeden Einzelstaat das Wahlgesetz auf landesverfassungsmäßigem Wege festgestellt werden sollte. Falls dies aber bei den Regierungen nicht durchzusetzen sei, so sollte man sich mit Modifikationen des Berliner Entwurfs begnügen. Zell aus Trier trat daraufhin dem Vorschlag der Kommission nicht bei.

Trotzdem also im Ausschuß keine völlige Einigkeit hatte erzielt werden können, begannen die Verhandlungen im Plenum unter günstigen Vorzeichen. Allgemein war ja die Stimmung sehr versöhnlich. Die Zeitereignisse trugen das Ihrige dazu bei. Es muß doch Eindruck gemacht haben, als in der Hauptsitzung am 27. auf Veranlassung des Ministers von Stein [1]) der Brief vorgelesen wurde, den der Vertrauensmann Herzog Ernsts in Frankfurt, von Meyern, am Tage vorher an diesen gerichtet hatte, und der die letzten Vorgänge in Frankfurt, namentlich die Abreise des Reichsverwesers, schilderte. Der Glaube an moralische Eroberungen hatte einen gewaltigen Stoß erlitten. Deutlicher noch als in den Tagen des Waffenstillstandes von Malmö hatte sich jetzt erwiesen, wie wenig die Macht der Gedanken bedeutet gegenüber der Macht wirklicher Staaten, gegenüber den Realitäten des politischen Lebens. Nicht weniger wirkten die Briefe, die einzelne Abgeordnete, die der Tagung ferngeblieben waren, gesandt hatten, und die der Versammlung ganz oder teilweise bekannt gegeben wurden.

Da hatte der altpreußische Rittergutsbesitzer von Wedemeyer aus der Mark Brandenburg geschrieben [2]):

„Wollen die Herren in Gotha sich ums Vaterland verdient machen, so geneigen Sie, die oktroyierte Reichsverfassung . . . im Sinne der öffentlichen Ordnung weiter auszubauen. Für die Möglichkeit und Gewißheit der Durchführung geben schon die preußischen Provinzen diesseits der Elbe die vollständigste Bürgschaft. Erst Ordnung, Ordnung

1) Brief an Herzog Ernst II. vom 27. Juni.
2) Vgl. Beilage II, Nr. 131.

und nochmals Ordnung, dann soviel Freiheit, als damit vereinbar, durch Häuser verwahrt, welche höchstens halb so zahlreich sind als die projektierten, und in welchen der Anteil am Rechte dem Anteile an der Macht entspricht. Keine über diese in der Natur der Verhältnisse begründete Konzessionen weder an Dynastieen, noch an Volksstämmchen! Solche Inkonsequenzen haben immer schlimme Konsequenzen."

Und der tapfere Schwabe G. Pfizer, der seinen deutschen Namen vor 17 Jahren durch den „Briefwechsel zweier Freunde" ein für allemal fest begründet hatte, ruft mahnend und warnend den Freunden zu[1]: „Die notwendige Unterordnung unter den Mächtigsten als das natürliche Oberhaupt wollen die Deutschen, wie es scheint, nur in einer Schule des herbsten Unglücks lernen, und ich fürchte, wir stehen auf dem Punkte, diese Leidensschule durchzumachen.

Dem zu entgehen, scheint mir nun das Geeignetste, wenn die Mitglieder der Gothaer Versammlung sich verpflichteten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preußische Verfassungsproposition von einer neuen konstituierenden Nationalversammlung als Grundlage der Beratung angenommen werde, wofern dagegen Preußen das seinerseits vorgeschlagene höchst mangelhafte Wahlgesetz vorerst zurückstellt und entweder nach der Reichsverfassung vom 12. April gewählt oder allenfalls auch jedem deutschen Land der Wahlmodus überlassen und bloß die Zahl seiner Abgeordneten zum neuen Reichstag nach dem Maßstabe der Bevölkerung bestimmt wird.

Wir aber wissen eine Zeit — sie liegt ja noch nicht fern —, wo man an viel weniger, als jetzt geboten wird, froh gewesen wäre. Warum also jetzt nicht eine Abschlagszahlung annehmen? Es ist ein Weltgesetz, das unsere Ungeduld nicht ändert, daß alles Lebendige aus dem Keime sich entwickeln, stetig wachsen, langsam reifen muß, und der Lauf der Zeit, die natürliche Entwicklung der Dinge wird aus der neuen Verfassung die überflüssigen oder hemmenden Räder ausstoßen; denn es fehlt ja nicht, wie im ersten deutschen Bund, das treibende, bewegende Prinzip der Volksvertretung."

Der naturwüchsige Altbayer v. Zerzog endlich schrieb in seiner frischkräftigen Art aus den Tiroler Bergen[2]: „Einheit Deutschlands um jeden Preis, auch um den der vorläufigen Freiheit, ist meine Meinung! Sie nicht aus Fürstenhand nehmen zu wollen, ist noch alberner, als daß der König von Preußen sie nicht aus Volkshand nehmen mochte! Dummes Zeug,

1) Vgl. Beilage II, Nr. 139.
2) Vgl. Beilage II, Nr. 142.

zottige Füllen wachsen sich oft am schönsten sich aus, rotzige Buben werden gewöhnlich die schönsten. Zeit bringt Rosen. Gut Ding will Weile haben usw. Wenn man keinen anderen Trost hat, so tun's auch Sprichwörter.

Wenn nicht das erbliche Kaisertum ein notwendiges Ergebnis der deutschen Entwicklung ist, so hätte man's nicht machen sollen und nicht halten können. Ist's aber das, so kommt's doch, und man muß doch beim Teufel dem Schicksal und Zufall auch etwas vertrauen, für was wären denn diese Institute sonst da?

Ich war auf dem Punkte angelangt, wo ich glaubte, wir hätten uns bitter getäuscht, und es sei eine Torheit gewesen, dem Volke so viel Verstand und den Fürsten so viel guten Willen zuzumuten, als zum Reiche nötig ist; aber in der frischen Luft ist mir der Mut wieder gewachsen, und wenn's gar nicht gehen will, so geht's durch Gewalt."

Dazu kamen die Nachrichten, die einzelne Herren aus Berlin mitgebracht hatten.

Beseler, Veit und Kierulff waren unmittelbar vor der Fahrt nach Gotha bei Radowitz gewesen*). Er hatte ihnen gesagt, daß Preußen an dem Dreikronenentwurf festhalten müsse, einschließlich des Wahlgesetzes, weil sonst an Genossen wieder verloren gehe, was an bedingter Zustimmung gewonnen wäre. Die drei Könige wollten möglichst keine Oktroyierung. Sie wollten die Herstellung eines befriedigenden, verfassungsmäßigen Zustandes Deutschlands mit dem so bald als tunlich einzuberufenden Reichstag vereinbaren. Jede grundsätzliche Ablehnung wichtiger Teile des Entwurfes würde deshalb nur das ganze Einigungswerk in Frage stellen und damit den Gegnern des Entwurfes, Österreich und seinen offenen und heimlichen Mitläufern, in die Hände arbeiten. Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit sei deshalb für alle diejenigen eine vaterländische Pflicht, die die Einigung Deutschlands im Ernste wünschten.

Die Verhandlungen drehten sich wesentlich um die Vorfrage, ob überhaupt eine Erklärung erlassen werden sollte, und um die Hauptfrage nach dem Inhalt dieser Erklärung. Die erste Frage, ob eine Erklärung, d. h. ein politisches Manifest als offizielle Ansprache an das Volk oder ein Programm als Richtschnur für politische Gesinnungsgenossen, beschlossen werden sollte, war mehr als eine bloße Formfrage. Es handelte sich hierbei darum, ob die Versammelten mit einem gewissen autoritativen Anspruch ihren Landsleuten gegenüberzutreten, vorhätten. Daß das nicht geschah, ist bezeichnend, noch bezeichnender, daß die Ablehnung so gut wie einstimmig beschlossen wurde. Sowohl Max von

*) A. A. Z. vom 28. Juni.

Gagern als Vertreter der Einberufer, wie auch Becker als Vorsitzender setzten sich bei den Verhandlungen mit allen Kräften dafür ein. Die Versammlung sollte rein als Versammlung von Privatleuten gelten, jeder öffentliche Charakter vermieden werden. Nur durch ihre moralische Bedeutung wollten diese Männer mit dem Programm, das sie aufstellten, wirken.

Der Kommissionsentwurf wurde am 27. und 28. beraten, am 27. im allgemeinen, am 28. in seinen Einzelheiten. Auch darin bestand von vornherein Einmütigkeit, daß man zu den Einzelheiten des Dreikönigsentwurfes keine Stellung nehmen, sondern nur die grundsätzliche Auffassung der Versammlung darlegen wollte. Der glanzvollste Tag war unstreitig der 27. Alle Teilnehmer, die sich darüber geäußert haben*), und zwar teilweise erst lange danach, betonen, daß es eine so interessante Sitzung selbst in der Paulskirche nie oder selten gegeben habe, interessant durch Geist, Witz und Beredsamkeit, Wärme und Offenherzigkeit.

Man sprach unter Freunden, und was in öffentlicher Parlamentssitzung durch die Rücksicht auf die Parteigegner, das Publikum, die Presse notgedrungener Weise verloren geht, das alles konnte hier zur vollen Geltung kommen, auf alle billigen Wirkungen konnten die Redner verzichten.

In der Morgensitzung eröffnete Jakob Grimm die Debatte: er billigte die Tendenz der Erklärung, fand sie aber in ihrer Ausdrucksweise zu nüchtern; ihm wäre die Form einer hinreißenden Ansprache an das deutsche Volk lieber gewesen. Falk, der nach ihm sprach, überraschte durch eine entschiedene Verteidigung des Berliner Entwurfs und auch des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel. Der Bayer Stahl gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Berliner Unionspläne zu einer Trennung von Nord- und Süddeutschland führen könnten, und bekämpfte in seiner praktisch-nüchternen und frischen Art den drohenden „ewigen Riß des Vaterlandes durch die Mainlinie". Nach ihm sprach H. v. Gagern in „glänzender und großzügiger" Weise von dem zukünftigen deutschen Bundesstaat, wie er in enger Verbindung der norddeutschen Staaten und freierer Union mit Österreich in seiner Seele sich darstellte. „Preußen", so etwa führte er aus, „will keine Trennung von Süddeutschland. Es will im Kerne ganz dasselbe, was die frühere Mehrheit in der Pauls-

*) Hier kommen neben dem Protokoll die Schilderungen von Laube und Biedermann a. a. O. in Betracht; ferner auch Haym, Wichmann, Simson, Springer, Dahlmann a. a. O., daneben insbesondere die Berichte in der „Deutschen Zeitung" und in der „Augsburger Allg. Zeitung", die sehr gut orientiert sind.

kirche gewollt hat. Hier steht es im Gegensatz gegen Österreich, das den Bundesstaat nicht will." Und nun erörterte er seinen Gegensatz gegen Partikularisten und Ultramontane, um dann fortzufahren: „Ich kann mich daher nur auf das allerentschiedenste für den von Preußen eingeschlagenen Weg als den einzigen, der jetzt noch wahrscheinlich zum Ziele führen wird, erklären und bin bereit, den Verfassungsentwurf im allgemeinen zu unterstützen. . . . Sollte Preußen jedoch den bayerischen und österreichischen Anforderungen noch weiter nachgeben und den Bundesstaat noch mehr abschwächen, sodaß daraus, nur unter einem anderen Namen, wieder die alten Formen und leidigen Verhältnisse des Bundes hervorgehen müßten, dann sage auch ich, besser noch, als ein solches trostloses deutsches Scheinreich, das doch nicht ganz Deutschland einschließt, wieder der alte Bund mit der Totalität" [1]).

In der Nachmittagssitzung verteidigte zunächst Beckerath seinen Entwurf lebhafter, als er wohl gewöhnlich zu tun pflegte, und mit großer Zähigkeit und Entschiedenheit. Den tiefsten Eindruck hinterließ die Rede Simsons, der „in klassischer Urbanität und gewählter Feinheit der Sprache" zu Vertrauen gegenüber dem Herrn von Radowitz mahnte, an dessen ehrlicher patriotischer Gesinnung nicht zu zweifeln sei. von Vincke wollte demgegenüber von allzu großem Vertrauen nichts wissen: Radowitz' politische Tätigkeit sei weder jetzt für Deutschland günstig, noch sei sie es jemals gewesen; er möge sich nur „recht bald in die mystische Verborgenheit zurückziehen, die er so sehr liebe, wenn sein Stern vorübergehend im Sinken sei." Dabei charakterisierte er König Friedrich Wilhelm IV., dessen gute Seiten er bei aller Schärfe seiner Kritik warm hervorhob [2]). Um so leidenschaftlicher bekämpfte er das Ministerium Manteuffel, das „der Teufel holen solle", aber „wir haben kein anderes, und „es ist doch noch besser als die provisorische Regierung in Baden." Er schloß mit den Worten, die er als Inschrift auf einer vor dem Friedenstein aufgestellten Kanone gelesen hatte: „Ein kleiner Schade ist doch besser als ein großer."

Am Abend des ersten Tages war die Entscheidung über den Gang der Verhandlung bereits so gut wie gefallen. Kein Manifest sollte erlassen, nur ein Programm aufgestellt werden; und daß bei der Auf-

1) Fischer a. a. O., S. 517.

2) M. v. Gagern pflegte, wenn er von der Gothaer Versammlung sprach, an eine scharfe Äußerung zu erinnern, die dort Vincke tat. Sie lautete: „Wir sind ja hier unter uns, und so kann ich es sagen, König Friedrich Wilhelm IV. hat viele große Eigenschaften, nur fehlt ihm der gesunde Menschenverstand." (Pastor, M. v. Gagern a. a. O., S. 306, Anm.).

stellung dieses Programmes die versöhnlich und nachgiebig Gesinnten die große Mehrheit haben würden, war sicher geworden.

Der zweite Tag, der 28., galt der Einzelberatung. Der Ausschuß hatte seinen Entwurf noch einmal durchgearbeitet und legte ihn nunmehr, mit einigen meist formellen Änderungen der Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung vor. Die Verhandlung drehte sich im wesentlichen um vier Punkte:

1. um das Vereinbarungsprinzip bei der Beurteilung der Frankfurter Verfassung vom 28. März;
2. um die Frage über das endgültige Zustandekommen der Verfassung; welche Rechte sollte dabei die Regierung und welche der Reichstag haben?
3. um die Stellung zu den Regierungen, und zwar nicht nur zu Preußen, sondern auch zu Österreich und den süddeutschen Staaten, insbesondere Bayern, und
4. um das Wahlgesetz für den zu berufenden Reichstag.

Wir haben gesehen, welchen Wert besonders Dahlmann darauf legte zu betonen, daß das Frankfurter Parlament bei der Aufstellung der Reichsverfassung seiner rechtlichen Stellung gemäß gehandelt hatte. Das aber war der entscheidende Grund gewesen, weshalb Vincke aus der Frankfurter Reichsversammlung s. Z. ausgeschieden war, weil er daran festhielt, daß die Reichsverfassung nur durch Vereinbarung mit den Regierungen zustande gebracht werden dürfte. Vergebens bemühten sich Mathy u. a., Vincke zu überzeugen, daß sie als alte Frankfurter nicht ihr eigenes Kind so verleugnen könnten*). Vincke blieb als „Vertreter des starren Rechtsbodens" entschieden auf seinem Standpunkt stehen, und nicht wenige stellten sich auf seine Seite. Es half auch nichts, daß man den Satz, an dem er Anstoß nahm, „die National-Versammlung habe derjenigen Stellung gemäß gehandelt, welche die Lage der deutschen Dinge ihr aufdrang und die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April vorigen Jahres ihr einräumten", dadurch milderte, daß man statt „aufdrang" das Wort „anwies" setzte. Als der ominöse Satz mit 68 gegen 50 Stimmen schließlich angenommen wurde, erklärte er, dann den Entwurf nicht unterschreiben zu können. Es war klar, daß die Stellungnahme Vinckes nicht nur in Gotha, sondern in ganz Deutschland sehr viel bemerkt und besprochen wurde, denn Vincke galt damals allgemein als der Bedeutendste unter den preußischen Politikern. „Ungeachtet dieser Stellungnahme aber", so schreibt Gustav Freytag in den

*) Freytag in den „Grenzboten" a. a. O., S. 1849, II. Sem., 3. Bd., S. 55 f.

„Grenzboten", „war gerade seine Anwesenheit in Gotha für die Partei und vielleicht für unsere Zukunft ein Gewinn. Schon im vorigen Frühjahre, als er von Frankfurt nach Berlin ging und bei seinem Abschied von der Paulskirche zu den meisten Mitgliedern der Zentren hineinging und ihnen herzlich bewegt die Hand schüttelte, wurde das Band geknüpft, welches die genialste Kraft Preußens mit der Weidenbuschpartei verband. Damit ist die menschliche Annäherung noch größer geworden, und die guten Früchte davon werden uns nicht ausbleiben [1])". So stark wurde damals die Bedeutung dieses Mannes von ruhig denkenden Männern eingeschätzt und, wie wir heute hinzufügen können, überschätzt.

Kürzer als die Beratung des ersten war die des zweiten Punktes. Eine Spezialdebatte wurde nicht beliebt. Die Forderung der Einberufung eines Reichstags zur endgültigen Feststellung der Reichsverfassung war ja gemeinsame politische Grundüberzeugung aller Abgeordneten. Mit einer formellen Änderung, die Mevissen, der Freund v. Beckeraths, vorschlug, wurde der Punkt angenommen.

Schwieriger verlief naturgemäß die Besprechung des dritten Punktes, weil hierin zu den einzelnen deutschen Regierungen Stellung genommen werden mußte. Hier standen sich Nord- und Süddeutsche ziemlich scharf gegenüber, auch die großdeutschen Sympathieen mancher Parteigenossen kamen schüchtern zum Vorschein. Der Satz von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Österreich war u. a. auch Heinrich von Gagern zu schroff. Er berief sich in langer Erörterung darauf, daß Österreich genau genommen ja nicht gerade den Bundesstaat verneine, sondern vielmehr nur die Volksvertretung im deutschen Bunde ablehne. Anderseits sei es freilich absurd anzunehmen, Preußen beabsichtige, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen und durch die Mainlinie etwa unser Vaterland zu zerreißen. Unbedingt müsse eine Verständigung mit Bayern gefunden werden, aber die Hindernisse hierfür lägen nicht etwa nur bei Preußen, sondern auch bei Bayern selbst.

Bayern könne auf die Dauer jedenfalls nicht ausgeschlossen bleiben; es werde und müsse dem Bundesstaat beitreten, die öffentliche Meinung, die ganze Lage des Landes werde es zwingen. Und wie mit ihm, so müsse auch mit Österreich eine Verständigung vorbehalten bleiben [2]). Gegen diese Ausführungen wandten sich nicht nur sämtliche Norddeutsche, sondern unter den Süddeutschen besonders Mathy, der von einer

---

1) „Grenzboten" a. a. O., S. 55 f. (Jahrgang 1849, II. Sem., 3. Bd.).

2) Außer dem Protokoll vgl. hierzu insbesondere den Bericht in der „Augsb. Allg. Zeitung" S. 2835 f.

Konnivenz gegen Österreich nichts wissen wollte. Am stärksten aber vertrat diesen Gegensatz Kierulff, der zum Beginn der zweiten Hauptsitzung eine ausführliche Vorlage einbrachte, die über die Stellung Bayerns folgendes forderte: „Sollte die Regierung Bayerns bei ihrem bisherigen Verfahren, einzelnen Punkten der Verfassung, welche sowohl nach der Frankfurter Reichsverfassung, als nach dem Berliner Entwurf als für den deutschen Bundesstaat unbedingt wesentlich erscheinen, entschieden entgegenzutreten, beharren, so darf das Zustandekommen eines Reichstages dennoch hierdurch nicht vereitelt werden. Das Werk der Einigung Deutschlands auf der Grundlage eines Bundesstaats darf nicht der jetzt offen vorliegenden Tendenz des österreichischen Kabinetts, eine möglichst vollständige Restauration des alten Bundes herbeizuführen, geopfert werden." Unzweifelhaft traf dieser Ton die Stimmung der meisten Norddeutschen, die des ewigen Räsonnierens auf Preußen und des selbstgerechten Partikularismus der Süddeutschen, namentlich Bayerns, gründlich müde waren; und wenn auch der schroffe Kierulffsche Antrag bezüglich Bayerns nicht durchdrang, so blieb doch der entschieden ablehnende Satz gegen Österreich stehen; Bayern wurde nicht erwähnt. Es war klar, die Preußen und ihre Gesinnungsgenossen aus dem übrigen Deutschland hatten gesiegt. Eng mit dieser Frage verbunden war die andere, wie denn das endliche Zustandekommen der Reichsverfassung gedacht sei. Wer sollte das letzte Wort in Verfassungssachen bekommen, die Regierung oder der Reichstag? Radowitz hatte darüber geäußert, weder jene noch diese, sondern eine Vereinbarung zwischen beiden müsse gesucht und gefunden werden und, diese werde bald erreicht werden, wenn nur auf allen Seiten wie bei Preußen guter deutscher Wille und wechselseitiges Vertrauen herrsche. Auch in dieser Frage hielt Kierulff Klarheit für unbedingt notwendig, und er hatte deshalb in seinem Antrage gefordert:

„Die praktischen Bedenken, welche nach der schon früher ausgesprochenen Überzeugung des größten Teils der Unterzeichner dem Betreten des Vereinbarungsweges zwischen den Regierungen und dem Reichstage bei entstehenden Differenzen über das Verfassungswerk entgegenstehen, erscheinen auch jetzt unter den obwaltenden Verhältnissen keineswegs als beseitigt, treten sogar in vermehrter Stärke hervor, wenn es beabsichtigt werden sollte, das etwa durch Vereinbarung zwischen den Regierungen und dem Reichstage gewonnene Resultat hinterher noch den Kammern der Einzelstaaten zur Begutachtung, Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Nach der Überzeugung der Unterzeichner muß für den Fall, wenn nach vergeblich versuchter Verständigung bei entstehenden

Differenzen zwischen den Regierungen und dem künftigen Reichstag der bei beiden entschieden vorausgesetzte gute Wille nicht mehr zur Beseitigung derselben ausreicht, ein fester Grundsatz im voraus darüber aufgestellt werden, wer das letzte Wort der Entscheidung zu sprechen habe, ob der Reichstag oder die Regierungen.

Können sich die Regierungen zu diesem energischen Mittel, den heillosen Konsequenzen eines nicht auszugleichenden Zwiespaltes zwischen den Regierungen und dem Reichstage vorzubeugen, nicht entschließen, so erscheint es als ein zwar nicht ausreichendes, aber doch die Gefahr minderndes Mittel, daß die Regierungen sich bereit erklären, in einer jeden einzelnen bindenden Form dem Reichstag als Einheit gegenüberzutreten und nur in dieser Form den Weg der Verhandlung und Verständigung einzuschlagen."

Die Versammlung beschloß indessen, nach dem Vorgange des Ausschusses zu dieser heiklen Frage überhaupt keine Stellung zu nehmen. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt; die ganze schwierige Frage blieb infolgedessen unerledigt.

Die schwersten Kämpfe erhoben sich naturgemäß am Schlusse der Verhandlungen über die Frage des Wahlgesetzes. Hierin gingen ja auch die beiden Entwürfe von Dahlmann und Beckerath erheblich auseinander. Jener wollte bei Beschickung des verfassunggebenden Reichstages die verschiedenen Wahlgesetze der einzelnen Staaten zu Grunde legen, dieser unter scharfer Kritik des allgemeinen Stimmrechts den Berliner Entwurf annehmen und nur Modifikationen fordern. Es war immerhin bezeichnend, daß beide darin übereinstimmten, daß an dem Berliner Wahlgesetz unter der Voraussetzung der Zulassung von Modifikationen keiner den Entwurf scheitern lassen wollte. Durchaus maßvoll beschloß denn auch die Kommission für ihre erste Vorlage am 27. in Anlehnung an die Dahlmannsche Formel, daß zwar die Wahl nach den verschiedenen Wahlgesetzen am wünschenswertesten sei, die Bedenken gegen den Berliner Entwurf aber nicht so groß seien, daß man ihn nicht bei Zubilligung von Modifikationen annehmen sollte.

Einen Vermittlungsvorschlag machte mit einer Anzahl Genossen der Hamburger Wurm, der beantragte: „Das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag ist auf landesverfassungsmäßigem Wege festzustellen." Diesem Vorschlag kam die Kommission entgegen und fügte in ihrem revidierten Entwurfe für die Verhandlung am 28. neben dem ersten Satze (verschiedene Wahlgesetze der einzelnen Landtage als Grundlage) den Wurmschen Satz als zweite Möglichkeit hinzu. Übermütig sagte darüber Mathy zu dem Berichterstatter Beseler, seine Arbeit sei schön und verlockend wie

der Apfel im Paradiese, Adam Dahlmann verbunden mit Eva Beckerath und dazwischen der Wurm als Kopula*). Eine nicht unbeträchtliche Minderheit unter den Teilnehmern lehnte nun freilich jedes Entgegenkommen gegen das Berliner Wahlgesetz schroff ab und wollte durchaus am Frankfurter Wahlgesetz wenigstens grundsätzlich festgehalten wissen, das sie selbst mit unterzeichnet und für dessen Unabänderlichkeit sie gestimmt hatten. Sie wußten ganz genau, daß gerade dies der Punkt sei, wegen dessen die Gothaer bei jedweder Nachgiebigkeit gegen Preußen die schärfste Kritik seitens der Demokraten würden erdulden müssen; denn das allgemeine gleiche Wahlrecht war natürlich das Schibboleth aller radikalen Kreise, und jeder Versuch, davon abzuweichen, wurde als feiger Verrat und gemeine Treulosigkeit gebrandmarkt. Neben einigen Vertretern aus Thüringen und anderen kleinen Mittelstaaten und neben einzelnen Abgeordneten aus der alttrierischen Gegend waren es besonders die meisten Hannoveraner, die von einer Nachgiebigkeit in diesem Punkte nichts wissen wollten. Vergebens wies H. von Gagern darauf hin, daß eine gleiche Stimmberechtigung aller mit der Staatswohlfahrt unverträglich sei, wie denn auch dem in Frankfurt beschlossenen Wahlgesetze für den Reichstag teils darum nur ein provisorischer Charakter beigelegt und von der Nationalversammlung der Antrag abgelehnt wurde, es als einen Bestandteil der Verfassung gelten zu lassen, teils von einem bedeutenden Teil des Zentrums nur unter der Voraussetzung der unmittelbaren Durchführung der Reichsverfassung für dieses Wahlgesetz und in der Erwartung gestimmt wurde, daß die künftige Reichsgewalt über ein verändertes Wahlgesetz mit beschränkter Stimmberechtigung sich einigen werde. Die Gegner blieben unerschütterlich, und so kam schließlich gegen sie ein Beschluß zu stande, der im wesentlichen dem Wurmschen Antrag entsprach. Sehr erfreulich war es, daß daraufhin die Mehrheit der Opposition sich doch zur Unterschrift des Programms unter folgender Verwahrung entschloß:

„Die Unterzeichneten sind dem von der Gothaer Versammlung angenommenen Programm nur unter folgender protokollarischer Verwahrung beigetreten: Da der von Hollandt und Genossen gestellte Antrag, den Schluß des Kommissionsentwurfs von den Worten: „Aber auch dann" an bis zu Ende zu streichen, für welchen Antrag wir gestimmt haben, nicht angenommen worden ist, wir gleichwohl an dem von der Versammlung gefaßten Beschluß uns zu beteiligen wünschen, so bitten wir nähere verwahrende Erklärung dahin in das Protokoll niederlegen

*) Freytag, Mathy, S. 317.

zu dürfen: daß wir durch die Mitunterschrift des gefaßten Beschlusses uns nicht haben verpflichten wollen, eventuell auch die Anwendung des oktroyierten Wahlgesetzes irgendwie zu befördern.

Röben. Dammers. Brackebusch. Groß. Plaß. Lang. Fuchs. Wachsmuth. Jacobi. Siemens. Deeke. Bonardy. Leverkus.

Es ist den Unterzeichneten schwer geworden, einigen anderen Punkten des Programms sich anzuschließen, sie sind aber dazu durch die in Gotha erhaltenen Mitteilungen aus anderen deutschen Ländern bewogen, indem ihnen dadurch die Überzeugung geworden, daß nur eine vollständige Einigung aller Parteien, welche die Freiheit und Einheit des Vaterlandes durch einen geordneten Rechtszustand gesichert sehen wollen, dieses Ziel noch erreichbar erscheinen läßt. Wenn sie daher es als unabweisliche Pflicht anerkannt haben, von bisherigen Ansichten und Wünschen manches dem Wohle des Vaterlandes zum Opfer zu bringen, so dürfen sie auch an alle Vaterlandsfreunde die dringende Bitte richten, sich eng aneinander zu schließen, damit durch die starke Kraft aller freisinnigen Parteien die Einheit des Vaterlandes hergestellt werde, ohne welche der Freiheit die sichere Stütze fehlt.

Lang. Plaß. Röben. Wachsmuth. Groß. Breusing. Dammers. Brackebusch."

So wurde das Programm zuletzt von 130 Abgeordneten in der folgenden Form angenommen und unterschrieben:

„Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaften des Friedens im Innern, der Stärke nach außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfnis gemacht, ihr Urteil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. — Das Ergebnis der darüber in Gotha am 26., 27. und 28. Juni d. J. gehaltenen Besprechungen fassen sie in folgenden Sätzen zusammen:

1. Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Dahingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Konferenz bietet, neuerdings ein

Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und von äußeren Feinden schwer bedrohte und vom Bürgerkriege zerfleischte Vaterland, ebenso dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat.

2. Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher, als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation erteilte unverbrüchliche Zusage, und erkennen an, daß der von denselben eingeschlagene Weg zum Ziele führen kann, unter der Voraussetzung:

daß alle deutschen Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstags auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form gegenübertreten, und

daß die dem Reichstage vorbehaltene Revision sich nur auf solche Verfassungsbestimmungen erstreckt, welche in der Reichsverfassung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

3. Erscheint es daher als politisch notwendig, daß die anderen deutschen Staaten — abgesehen von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Österreich — sich an jene Verfassungsvorlage in bindender Weise baldigst anschließen und die schleunige Berufung eines Reichstags möglichst befördern, so erwächst auch für die einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen.

4. In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, für das Zustandekommen eines Reichstags, also auch für die Beteiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, die unmittelbare Durchführung voraussetzenden Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere gesetzliche Form maßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemessenste an, wenn in jedem einzelnen Staate auf landes-

verfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umständen nicht erreichbar sein sollte, so würde doch (wie dies schon in der Berliner Denkschrift in Aussicht gestellt ist) den Einzelstaaten überlassen bleiben müssen, bei der Ausführung des mit dem Verfassungsentwurfe vorgelegten Wahlgesetzes die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifikationen anzuordnen, und jedenfalls glauben die Unterzeichneten nicht verantworten zu können, wenn sie durch ihre Haltung dazu beitragen sollten, das Zustandekommen des ganzen Werkes an den Bedenken gegen ein Wahlgesetz scheitern zu lassen.

Demnach halten die Unterzeichneten, in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen Existenz ohne Betreten dieses Weges gegenwärtig aufs höchste geschädigt ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen:

1. so viel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Konferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken, und
2. an den Wahlen zum nächsten Reichstage sich zu beteiligen.

Gotha, den 28. Juni 1849.

Albert aus Quedlinburg. — Anz aus Marienwerder. — Bandelow aus Kranz. Barth, Dr., aus Kaufbeuren. — Bassermann aus Mannheim. — Becker aus Gotha. — von Beckerath aus Crefeld. — Behncke aus Hannover. Bernhardi aus Cassel. — Beseler aus Greifswald. — Bonardy aus Greiz. — Biedermann aus Leipzig. — Böcking aus Trarbach. — Böcler aus Schwerin. — Brackebusch aus Hannover. — von Breuning aus Aachen. — Breusing aus Osnabrück. — Briegleb aus Coburg. — Brons aus Emden. — Bürgers aus Köln. — von Buttel aus Oldenburg. — Cetto aus Trier. — Compes aus Cöln. — Dahlmann aus Bonn. — Dammers aus Nienburg. — Decke aus Lübeck. — Degenkolb aus Eilenburg. — Dröge aus Bremen. — Duckwitz aus Bremen. — Duncker aus Halle. — Ebmeier aus Paderborn. — Eckert aus Bromberg. — Emmerling aus Darmstadt. — Esmarch aus Schleswig. — Falk aus Ottolangendorf in Schlesien. — Fallati aus Tübingen. — Fischer aus Jena. — Franke aus Schleswig. — H. v. Gagern aus Darmstadt. — M. v. Gagern aus Wiesbaden. — Gevekoht aus Bremen. — Giech, Graf, aus Thurnau. — Gier aus Mühlhausen. — Göden aus Krotoschin. — Jacob Grimm aus Berlin. — Groß aus Leer. — Hallbauer aus Meißen. — Hausmann aus Brandenburg. — Haym aus Halle. — Henkel aus Cassel. — Hergenhahn aus Wiesbaden. — Höfken aus

Hattingen. — Hofmann aus Friedberg. — Jakobi aus Hersfeld. — Jahn aus Freiburg a. Unstrut. — Johannes aus Meiningen. — Jordan aus Berlin. — Jordan aus Gollnow. — Jucho aus Frankfurt a. M. — Keller, Graf, aus Erfurt. — Kerst aus Meseritz. — Kierulff aus Rostock. — Koch aus Leipzig. — Krafft aus Nürnberg. — Kratz aus Wintershagen. — Lang aus Verden. — Laube, Dr., aus Leipzig. — Leverkus aus Oldenburg. — Liebmann aus Meiningen. — Loew aus Magdeburg. — Loew aus Posen. — Mann aus Rostock. — Marcus aus Bartenstein. — Martens aus Danzig. — Mathy aus Karlsruhe. — Matthies aus Greifswald. — Maukisch aus Dippoldiswalde. — H. H. Meier aus Bremen. — Meyissen aus Cöln. — Michelsen aus Jena. — Robert Mohl aus Heidelberg. — von Mylius aus Jülich. — Nerreter aus Fraustadt. — Oberg aus Hildesheim. — Ostendorf aus Soest. — Overweg aus Haus Ruhr. — Pinder aus Woinowitz. — Plaß aus Stade. — Plathner aus Halberstadt. — Rahm aus Stettin. — Rättig aus Potsdam. — Friederich von Raumer aus Berlin. — Hans von Raumer aus Dinkelsbühl. — Reh aus Darmstadt. — Riesser, Dr., aus Hamburg. Röben aus Dornum. — Rümelin aus Nürtingen. — von Sänger aus Grabow. — Schick aus Weißensee. — Schierenberg aus Detmold. — Schneer aus Breslau. — Scholten, Dr., aus Wardt. — Scholtz aus Neiße. — Schrader aus Brandenburg. — Schreiber aus Bielefeld. — Schwarz aus Halle. — Siemens aus Hannover. — Simson aus Königsberg. — von Soiron aus Mannheim. — Sprengel, Dr., aus Waren. — Stahl aus Erlangen. — von Stavenhagen aus Berlin. — Stedmann aus Haus Besselich. — Steindorf aus Schleswig. — von Thielau aus Braunschweig. — Veit aus Berlin. — Versen aus Nieheim. — Wachsmuth aus Hannover. — Waitz aus Göttingen. — Wichmann aus Stendal. Widenmann aus Düsseldorf. — Wiethaus aus Wipperfürth. — Wurm aus Hamburg. — von Wydenbrugk aus Weimar. — Zachariä aus Bernburg. — Zachariä aus Göttingen. — Ziegert aus Pr. Minden. — Zöllner aus Chemnitz."

Es bleibt immerhin sehr bezeichnend, wie groß die Mehrheit war, die mit diesem Programm für ein möglichst starkes Entgegenkommen gegen den Berliner Entwurf sich aussprach. Besondere Befriedigung erregte es bei der gemäßigten Mehrheit, daß zuletzt auch noch viele von den ursprünglichen Gegnern des Entwurfs mit der oben abgedruckten motivierten Erklärung sich ihm anschlossen. Es war ja für alle nicht leicht, sie alle zweifelten an der Festigkeit, ja zum großen Teile an dem guten Willen der preußischen Regierung hinsichtlich der Durchführung des Dreikönigsentwurfs. Wie lähmend mußte das wirken! Wenn trotz-

dem diese Männer festhielten an der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit, so war eben auch hier für sie der feste Glaube an den deutschen Beruf Preußens entscheidend, der Glaube an den Staat Friedrichs des Großen und das Volk der Freiheitskriege, mochte nun dieser Glaube bei den einen mehr auf vernunftmäßige Überzeugung gegründet sein, bei den anderen daneben vor allem auf ihre angestammte Liebe zu ihrem Heimatstaat. Schließlich stand eben Preußen als Staat doch unvergleichlich höher da, trotz aller Fehler, die man an ihm auszusetzen hatte, als etwa Bayern oder alle anderen Staaten.

Fassen wir kurz zusammen, worin wir die Grundgedanken des Gothaer Programms zu erblicken haben:

1. Es erkennt an, daß die Verfassung vom 28. März undurchführbar sei; daß die Männer, die diese Verfassung vor kurzem geschaffen hatten, und die nun des Hohnes und Spottes aller Gegner von rechts und links gewiß sein konnten, sich zu diesem Opfer entschlossen, muß ihnen hoch angerechnet werden.

2. Es billigt in allen Hauptzügen den preußischen Entwurf, besteht nicht auf den Namen Kaiser und Reich, ja kritisiert nicht einmal das Fürstenkollegium und andere wichtige Bestimmungen wie den Aufbau der Bundesfinanzen nur auf Matrikularbeiträgen.

3. Worauf es bestehen bleibt und was es stark betont, ist im wesentlichen nur die Forderung des Reichstages; aber selbst die Frage, welche Rechte diesem Reichstage den Regierungen gegenüber bei dem endgültigen Zustandekommen der Verfassung zustehen sollen, läßt es unerörtert.

4. Ein größeres Entgegenkommen gegen Preußen als bei der Frage des Wahlgesetzes konnte man von liberalen Männern zumal in jenen Zeiten nach allen von ihnen gemachten trüben Erfahrungen wahrlich nicht verlangen.

5. Vor allen Dingen enthält es die Erklärung — getreu nach dem Grundsatze, daß das Bessere der Feind des Guten ist — zu der größten Bereitwilligkeit, praktisch mitzuarbeiten statt bloß doktrinär zu kritisieren.

Die Versammlung konnte mit dem Ergebnis zufrieden sein. Sie hatte sich durch alle Enttäuschungen und Mißerfolge nicht von dem Wege der Mäßigung und des Vertrauens abdrängen lassen, sie scheute auch den Vorwurf der Schwäche nicht, die stets und überall diejenigen trifft, die Kompromisse schließen, sie wußte, daß zuletzt doch nur auf diesem Wege das große gemeinsame Ziel: Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes erreicht werden könnte. Mit Recht konnte Max Duncker in Rückblick auf die Versammlung wenige Monate später, am 31. Oktober

1849 schreiben: „Uns ist das Bewußtsein redlichen Willens, mutiger und treuer Pflichterfüllung geblieben. . . . . Die Grundlagen für die Einigung Deutschlands sind sehr bestimmtvorgezeichnet . . . . ein Schatz ist niedergelegt worden, welchen jede neue Bewegung in unserem Vaterlande wieder aufnehmen wird als ein heiliges Besitztum [1])."

6. Die Nebenversammlungen [2]).

Es bestand vom Tage der Einberufung an die Absicht, die Gothaer Versammlung auch gleichzeitig zur Gründung einer Parteiorganisation der „Deutschen Partei" zu benutzen. Die neunköpfige Kommission, die am Dienstag Abend gewählt wurde, bestand aus den Herren: Compes, Mathy, Sprengel, Laube, Emmerling, Veit, Francke, Grumbrecht.

In der Wahl der Mitglieder merkt man das Bestreben, alle Stämme und Landschaften, sowie alle Richtungen unter den Parteigenossen zum Wort kommen zu lassen und — außer Mathy — keinen der Männer zu wählen, die bereits in Frankfurt die Frage in gemeinsamer Besprechung beraten hatten. Mathy aber war unentbehrlich, weil er der gegebene journalistische Vertreter der künftigen Organisation war und zum leitenden Herausgeber der „Deutschen Zeitung", die in den Besitz der Partei übergehen sollte, ausersehen war. Es war klar, daß er den Führer in der ganzen Parteiorganisation bilden werde. Neben Mathy scheint Duncker, der am Dienstag die Einsetzung eines Ausschusses beantragte, die Seele dieser Bestrebungen gewesen zu sein. Gefördert wurde die Sache durch eine vortrefflich geschriebene, von H. Baumgarten verfaßte Adresse des Vaterländischen Vereins von Braunschweig an die in Gotha Versammelten, die am Dienstag Abend in ihrem ganzen Umfange verlesen wurde [3]).

Woher kommt's, so wurde darin gefragt, daß die Mittelpartei in Deutschland so schwach und jeder Niederlage ausgesetzt ist trotz ihrer inneren und numerischen Überlegenheit? Und es wurde geantwortet, daß der Grund dafür hauptsächlich in dem Mangel jeder Organisation

1) M. Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung, S. 132 f.

2) Neben dem Protokoll und einer Anzahl wichtiger Briefe (s. Beil. II) kommen hier namentlich die Zeitungsberichte in Betracht, vor allem die Berichte der „Deutschen Zeitung" (vgl. bes. die Leitartikel vom 3. und 4. Juli), die vortrefflich orientiert sind und offenbar authentisches Material enthalten; zwei Redakteure der „D. Z." waren in Gotha anwesend.

3) Abgedruckt im „Reichsanzeiger" vom 29. Juni.

zu suchen sei, welche allein die innere geistige Überlegenheit zu einer äußeren, tatsächlichen machen kann. „Wir sind alle davon überzeugt, daß des Vaterlandes Wohl in dem Siege unserer Ansichten ruht, wir sind verpflichtet, wo wir Hindernisse für diesen Sieg erblicken, sie wegzuräumen. Es genügt nicht, daß unser Streben richtig und den Verhältnissen angemessen sei; es muß auch sein Ziel erreichen. Wollen wir aber mehr als den Stolz der richtigsten Auffassung haben, dann ist es Zeit, die Streitkräfte nicht, wie bisher, von Unordnung und Trägheit verzehren zu lassen." Und nun verlangt die Adresse eine kräftige Organisation der Vereine und der Presse. Vereine an sich beständen schon in großer Zahl; es sei also nicht nötig, die Glieder zu schaffen, sondern nur durch einen kräftigen Organismus sie zu verbinden. Dazu müßten aber die Führer, d. h. die ehemaligen Frankfurter Abgeordneten, durch rege und stetige Teilnahme beitragen: „Geben Sie uns durch Ihren Einfluß die Organisation, überwinden Sie durch Ihre Kräfte den ersten schwierigen Anfang, machen Sie es Ihren Mitgliedern, die sich wieder über ganz Deutschland zerstreuen, zur Pflicht, die erste Bildung zu befördern: die Weiterführung wird Ihre Partei freudigen und starken Mutes Ihnen abnehmen. Dazu sind an jedem Orte mehr oder weniger Kräfte vorhanden; sie haben unermüdlich bis jetzt unsere Sache gehalten; aber sie bedürfen der Ermutigung und der Verbindung miteinander und mit Ihnen. Wohlan, geben Sie diese Ermutigung und diese Verbindung! Das Vaterland wird Ihnen danken."

Neben der Organisation der Vereine verlangt die Adresse eine großzügige Organisation der Presse. Sie begrüßt die geplante Erwerbung der „Deutschen Zeitung" durch die Partei als einen verheißungsvollen Anfang, fördert ein bestimmtes Verhältnis zu den befreundeten Zeitungen, wie der Kölnischen, der Weserzeitung u. a. m., weist auf die notwendige Beeinflussung der Lokalpresse hin und fordert zur Mitarbeit auf in dieser oft zu Unrecht gering geschätzten Sache. „Entweder muß unsere Partei durchweg mehr Energie und Teilnahme bewähren, oder sie muß die Durchführung ihrer Pläne einfach aufgeben. Größere Energie und damit größeren Einfluß kann sie aber nur dadurch erlangen, daß sie zu einem lebendigen Bewußtsein des Reichtums geistiger und materieller Kräfte kommt, die ihr wirklich zu Gebote stehe, daß ihre Glieder einander treiben und stützen, und daß das Beispiel der besten Männer auch die Besseren zu regerer Teilnahme an den Parteiangelegenheiten ermuntert."

Der Ausschuß legte seiner Beratung die Braunschweiger Adresse zugrunde: er war einig über die Nützlichkeit einer festeren Parteiorganisation, aber auch darüber, daß er selbst nur die Grundlage einer

solchen Organisation schaffen könne, deren Entwickelung den Zeitumständen überlassen werden müsse, und beschloß die Wahl eines ständigen Komitees mit dem Sitze in Frankfurt vorzuschlagen, das im Sinne der Gothaer Erklärung wirken, die Presse beeinflussen, mit den Einzelvereinen ständige Fühlung halten und nach Bedürfnis zu erneuten Zusammenkünften der Parteimitglieder oder doch ihrer Führer einladen sollte. Eine volle Einmütigkeit konnte übrigens selbst über diese allgemeinen Punkte in der Ausschußsitzung nicht erzielt werden; der Hannoveraner Grumbrecht, der an ihr nicht hatte teilnehmen können, erklärte sich für ihre Beschlüsse nicht mitverantwortlich und verweigerte eine weitere Mitarbeit. Immerhin kam das Komitee zustande: es setzte sich zusammen aus den Herren H. und M. von Gagern, Reh, Hergenhahn und Mathy, die alle in Frankfurt selbst oder seiner unmittelbaren Nähe wohnten. In diesem Komitee sollte, so war die Meinung, durch die Berichte aus allen Teilen des deutschen Landes, hinreichendes Material zur Beurteilung der politischen Zustände in den einzelnen Landesteilen gesammelt werden, wodurch dann das Komitee in die Lage versetzt werden sollte, die Presse, namentlich die „Deutsche Zeitung", die durch Aktienzeichnung in den Besitz der Partei übergehen sollte, durch gut unterrichtete Artikel zu bedienen.

Am vierten Tage der Versammlung — 29. Juni — fand noch eine vertrauliche Besprechung des Gegenstandes unter den 60 Zurückgebliebenen statt, bei welcher H. v. Gagern präsidierte. Es wurde betont, daß das Komitee keine neuen Vereinsgründungen fördern, sondern zunächst vor allem auf das Zustandekommen des Reichstags und auf die Wahl von Parteifreunden für den Reichstag hinarbeiten sollte. Man bekannte sich ferner besonders auf H. v. Gagerns Ausführungen hin zu dem Grundsatze, der die Rücksicht auf Süddeutschland und die rheinisch-westfälischen Landesteile Preußens deutlich durchblicken läßt, daß die befreundete Presse sich jedes Parteiangriffs auf kirchlichem Gebiet enthalten und konfessionelle Streitigkeiten überhaupt vermeiden müsse. Auch bezüglich des Wahlgesetzes sei starres Festhalten am Frankfurter Entwurf vom Übel, „der ebenso wenig der wahre Ausdruck der Meinung der Zentren der Nationalversammlung gewesen sei, als er dem Bedürfnisse und dem Willen des Kernes der Nation entspreche." Die Vorurteile auf diesem Felde zu bekämpfen, die Gemüter wieder zu beruhigen, sei daher eine schwere, aber gebieterische Pflicht.

Ergreifend war in dieser ersten Sitzung des „Deutschen Reichsvereins", wie der alte Jahn die neue Parteiorganisation genannt wissen wollte, der Augenblick, als der Schleswiger Francke mit bebender Stimme

den Anwesenden ans Herz legte, die Schleswiger doch immer noch als Brüder, als Deutsche zu betrachten. Eine tiefe Bewegung ging bei diesen Worten durch die Versammlung. Laube sprach aus, was sie alle fühlten: Ist es so weit mit uns gekommen, daß — abgesehen von herzlosen Kalküls der Diplomatie — die Männer aus dem deutschen Volke nicht mehr wissen sollten, daß die Schleswiger ihre Brüder sind? Und in den Beifallssturm, der sich hierauf erhob, klangen die Worte:

„Käm' alles Wetter gleich auf uns zu schlahn,
Wir sind gesinnt, beieinander zu stahn." [1])

Von geringerer Bedeutung war die Besprechung der Preußen über die Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause [2]). Die Teilnahme an der Besprechung war nicht sehr stark; die Meinungen gingen sehr auseinander, — am eifrigsten für die Beteiligung waren Beckerath, Mevissen u. a., dagegen Zell aus Trier, von Vincke u. a. — unzweifelhaft aber war die große Mehrzahl für die Beteiligung. Starken Eindruck machten die Ausführungen Vinckes, der erklärte, keine Wahl annehmen zu wollen, weil er dadurch den Verfassungsbruch der preußischen Regierung billigen würde. „Jedoch würde er, wenn eine große Majorität des Volkes, groß genug, um Rechte schaffen zu können, zustande käme, eine aus solchen Wahlen hervorgehende Kammer als legitim anerkennen." Im allgemeinen herrschte jedenfalls die Überzeugung vor, daß in den Provinzen „das entschiedene Nichtwählen keine Aussicht auf Erfolg habe". Das war namentlich auch die Ansicht Dahlmanns, der im Vereine mit Widenmann noch eine zweite Sitzung der Preußen vorgeschlagen hatte, die aber nicht zustande kam, weil in der geplanten Stunde eine Plenarsitzung der ganzen Versammlung stattfand. Jedenfalls haben sich die Parteigenossen an den preußischen Wahlen beteiligt — auch Vincke hat das auf ihn fallende Mandat angenommen —, und sie haben so als die „Linke" in der preußischen Kammer, wenn auch in der Minorität bleibend, mitgetagt, während die Demokraten durch ihr doktrinäres Festhalten an der Wahlverweigerung sich eines weiteren Einflusses auf die preußische Gesetzgebung vor der Hand selbst beraubten und damit in vieler Hinsicht mittelbar auch den Einfluß der liberalen Gruppe schwächten.

1) „D. Z." vom 4. Juli.

2) Wir sind darüber nur orientiert durch den Bericht der „Deutschen Zeitung" vom 2. Juli (vom 29. Juni), einseitig antipreußisch gefärbt ist.

7. Das Ende der Versammlung.

Bei so reichbemessener Arbeit und in so lebhaften Auseinandersetzungen gingen die Tage der Gothaer Versammlung ihrem Ende entgegen. Einzelne der Teilnehmer drängten schon am 28. zum Aufbruch; die meisten verließen am 29., die letzten am 30. die gastliche Stadt.

„Die schönen Tage von Aranjuez", schreibt am 4. Juli ein Norddeutscher in der „Deutschen Zeitung", „sind nun vorüber! Aber wir verließen gestern morgen das unvergleichliche Gotha in der Tat heiterer, als wir es begrüßten. Wie die bloße Berührung des mütterlichen Bodens dem Antäus, so wäre das bloße Zusammentreffen der Männer, welche den Verein in Gotha bildeten, genügend gewesen, neue Kraft und Stärke jedem Streiter für das Reich zu verleihen. Der Erfolg indessen war noch ein anderer, besserer. Selbst wenn wir gestehen müßten, nicht alles wäre nach unserer Art ausgeschlagen, so bringen wir doch ein hohes, unversiegbares Gefühl der innigsten Befriedigung von dorther nach unserem Norden heim. Die Sache, für welche die Männer in Gotha das Höchste einsetzten, ist siegreich. Der Reichstag wird zustande kommen und mehr als der Reichstag — das freie Reich. Uns Deutschen fehlt der politische Glaube, der unbedingte Glaube an den Sieg der Sache. Dieser wenigstens wird von Gotha datieren. Ein fester Mittelpunkt ist gegründet. Gestern morgen, bei klarem Himmel, wanderten die letzten der noch in Gotha Anwesenden zum Bahnhof. Zwei Züge standen bereit, der eine nach Eisenach, der andere nach dem Norden. Die Trennung war eine durchweg freudige und frohe. Wir möchten an dieser Stelle nicht verschweigen, welches Gefühl der Dankbarkeit und Verehrung alle, welche dem Kreise der Gothaer Versammlung zugehörten, dem edlen Herrn Becker von Gotha zollen. Er und sein gastliches Haus haben in diesen Tagen sich ein schönes Denkmal gesetzt. Alle Eigenschaften, welche das deutsche Familienleben schmücken, sind hier von den Genossen aller deutschen Landschaften mit freudiger Bewunderung anerkannt. Das Haus des ehrenwerten Herrn ist im bürgerlichen Sinne ein Haus Este geworden, und von ihm gilt das Wort der Leonore von dem Gastgeschenk des Genius. Es wird kein deutsches Land geben, wo nicht gewünscht wird, an den Mitgliedern dieser Familie das Recht der Gastfreundschaft zu üben. . . . . "

Die Gefühle gegen Becker und sein Haus waren allgemein die gleichen der Dankbarkeit. Simson, der mit M. Veit und Fischer aus Jena zusammen sein Gast in seinem Hause war, beschreibt seiner Gattin dies Haus, einfach, durch und durch trefflich und von einem Hauch des

geistigen Lebens durchweht, wie er kaum anders als durch eine Folge von Geschlechtern über die Menschen kommt. Sie ist Friedrich Perthes' Tochter, Matthias Claudius' Enkelin — er der Sohn des Rudolf Zacharias Becker, der im vergangenen und durch seine Konflikte mit Napoleon auch in diesem Jahrhundert seine Rolle gespielt hat. Mit Perthes' zweiter Frau, die ihn überlebt hat, leben sie hier — in dieser schönen Gartenstadt — in offenbarem Behagen, ohne Reichtum. Dir, gutes Herz würde unter ihnen wohl sein" [1]).

Auch der Eindruck von der Stadt war im allgemeinen recht günstig, und es mag wohl sein, daß Gustav Freytag hier zum ersten Male der Wunsch gekommen ist, sich in ihr oder in ihrer Nähe niederzulassen. So kam der Dank der Versammelten an die Stadt Gotha für die „freundliche, gastfreie und herzliche Aufnahme, welche ihnen von allen Seiten zuteil geworden" sei, gewiß von Herzen. Dem Zuge der Zeit entsprach es, daß die Versammlung, die doch einen besonderen Dank für die Stadt Gotha und für F. G. Becker beschloß, einen ähnlichen Dank weder für den Minister von Stein noch für den Herzog für angebracht ansah, obgleich jener mit der Vorbereitung der Versammlung selbst allerhand Mühe gehabt und dieser das Versammlungslokal zur Verfügung gestellt hatte.

Klagen gab es nur über die Gothaer Gasthöfe; die „Augsburger Allgemeine Zeitung" empfiehlt daher, man solle einen Reichstag ja nicht etwa nach Gotha verlegen, sondern verweist auf Erfurt oder auf das schöne Nürnberg oder auf Bamberg, wo in „herrlicher Landschaft sein altehrwürdiger Dom sich in den klaren Fluten des Mains spiegelt (!) [2])." Die Gothaer Blätter verwahrten sich natürlich, und wie wir erfreulicherweise feststellen können, mit Recht und mit Erfolg gegen diese Angriffe.

Nach alter guter Sitte trennten sich die Gäste nicht, ohne, soweit es die Zeit erlaubte, im Kreise näher stehender Freunde einen Ausflug in den nahen Thüringer Wald zu unternehmen: Eisenach, Reinhardsbrunn, der Inselsberg waren die beliebtesten Ziele. Der Staatsminister von Stein machte mit den beiden Gagerns, Graf Giech und einigen anderen eine solche Waldpartie [3]).

Simson fuhr auf seiner Rückreise nach Karlsbad über Reinhardsbrunn, Meiningen, Hildburghausen in Begleitung von Briegleb, Hergenhahn und Beseler nach Coburg, und „diese Rückfahrt war unter den

1) Brief vom 28. Juni. B. v. Simson, E. v. Simson, S. 220f.
2) A. a. Z. S. 2836.
3) Brief an den Herzog Ernst II. vom 29. Juni.

vier so durchaus gleichgesinnten Männern vom schönsten frischen Wetter und dem Zufall begünstigt, daß man eben das ganze herrliche Werratal hindurch die Heuernte hielt, ein heiterer Schluß nach angestrengter Arbeit. Je schwerer das Auseinandergehen hielt, um so zuversichtlicher rechnete man auf das Wiedersehen unter glücklicheren Verhältnissen des Vaterlandes [1])." So gewann wieder fröhlicher Mut mit dem Beginn der Genesung in ihm die Oberhand. So wie Simson ging es vielen, vielleicht den meisten [2]). Freilich war die Hoffnung noch schwach, und kummervolle Sorge blieb. Laube schreibt zwar über H. von Gagern: „Und doch sind wir vorwärts gekommen, sagte H. v. Gagern in seinem heiteren Mute auch beim Scheiden in Gotha, doch sind wir dem Ziele nahe, doch werden wir das Ziel erreichen! Der großen moralischen Kraft unserer Nation dürfen wir vertrauen. Tue jeder von uns das Seine, mag es auch aussehen, als ob wir wieder von vorn beginnen müßten. Der Genius unserer Nation wird uns zum Siege führen [3])." Andere aber haben einen anderen Eindruck auch von Gagern erhalten, nämlich den der Müdigkeit und hoffnungsarmer Resignation [4]). Aber das schloß nicht aus, daß ein Schimmer der Verklärung, ein Hauch von Poesie und Romantik ihn umwob, der wohl den jungen Realpolitiker von Bismarck nicht rühren konnte, auf die allermeisten damals aber doch gewaltigen Eindruck machte. Das zeigt am besten die Schilderung von Laube: „Wer ihn nicht wiedergesehen seit dem Vorparlamente, der gestand wohl bekümmert ein beim ersten Anblicke, daß der hohe, stattliche Führer gealtert sei in der drangvollen Not verzehrender Kämpfe. Das kurze Haar zeigte jetzt grauen Anflug, um das große blaue Auge hatten sich feine Furchen eingenagt, um den Mund war ein schmerzlicher Zug gelagert, solange er schwieg. Ja, die Seele war ihm schwer gepeinigt worden, aber gesund war sie verblieben fort und fort. Die Kunst des Hoffens,

---

1) Simson, a. a. O., S. 223 f.

2) Dieser gemütliche Ertrag wird auch von Freytag hoch bewertet; vgl. „Grenzboten" a. a. O.: „Da wir Deutsche wohl immer gemütliche Politiker bleiben werden, soll man auch den Genuß, welchen die Versammlung für die Mitglieder und ihre Freunde hatte, nicht gering anschlagen."

3) Laube, a. a. O., S. 453.

4) So Wichmann, a. a. O., S. 458, der mit Gagern und anderen Freunden auf der Rückreise noch die Wartburg und den Inselsberg besuchte, und Biedermann, Mein Leben S. 85: „Ich bin nicht mehr, der ich vorm Jahre war", dies Wort von ihm (Gagern) kennzeichnet seine Stimmung. Er hat das Vertrauen zu sich, wohl auch z. T. zu der Nation verloren, und er fürchtet, daß seine Persönlichkeit einen schlechten Eindruck auf Friedrich Wilhelm IV. macht. Deshalb stellt er sich nicht an die Spitze der Versammlung, übernimmt auch nicht den Vorsitz."

die Spannkraft des Mutes war unverletzt. So wird er sein bis zum letzten Atemzuge. Er ist das, was Goethe eine „Natur" nennt, eine Natur für unser Vaterland. Nirgends an den Augenblick und auch nicht an ein System gebunden, überdauert er jeglichen Wechsel; sein Leben kommt nicht von irgend einem System, es ist ein eigenes Leben. Vielleicht nur von Deutschland abhängig, und eben deshalb vielleicht dann in den Tod versinkend, wenn die letzte Hoffnung für den deutschen Staat am Horizonte versänke, wenn sie wirklich versänke, ein verdunkelter Sonnenball unter den grauen Nebeln des Eigennutzes deutscher Stämme und Staaten. Dann müßte Gagern sterben; keine künstliche Kur diplomatischer Ärzte könnte ihn am Leben erhalten. Aber auch dann noch, wenn ich den gewaltigen Leib dieses unseres Siegfrieds starr im Grase liegen sähe, starr und entseelt, auch dann noch würde ich glauben: die Seele schwebe noch über ihm nahe an der Erde, irgend eines Lichtblitzes gewärtig, und mit solchem Lichtblitze werde sie wieder abwärts schießen in diese breite Brust, und werde den langen Körper wieder aufrichten. Ist's nicht die Sonne, so tut's der Mond. Es gibt eine Sage, daß der Mondesstrahl einen Gefeiten wieder zum Leben erweckt. Und wär's dann nur für eine Nacht, und wär's dann nur für ein Bankett jenes poetischen Deutschlands unter all den Burschenschaften vom Reformationsfest 1817 bis zum Märzen 1848, diese eine Nacht, erfüllt von unseren alten Liedern: „Wir woll'n das Wort nicht brechen, Und Buben werden gleich, Woll'n predigen und sprechen Vom Kaiser und vom Reich!" Dieses einzige Geisterbankett, welchem Heinrich von Gagern präsidierte, sie wären imstande, die Räuber und Mörder Deutschlands in Verzweiflung und Wahnsinn zu treiben, sie wären imstande, eine verwilderte Jugend wiederum um die eine, einziggeweihte Fahne zu sammeln, um die schwarz-rot-goldene Kaiserfahne unseres Vaterlandes" *).

8. Die politische Wirkung der Versammlung.

Die Ereignisse der nächsten Zeit boten nun freilich allen Anlaß, die Stimmung auch der Optimisten wieder in Resignation umschlagen zu lassen. Erfreulich blieb es, daß eine größere Anzahl derjenigen unter den Eingeladenen, die nicht hatten kommen können, noch nachträglich ihre Unterschrift oder doch ihr freudiges Einverständnis sandten, so namentlich „in deutscher Treue" der alte Arndt, so die beiden preußischen

*) Laube, a. a. O., S. 453 ff. Als H. v. Gagern im Jahre 1880 starb, blieb sein Tod so gut wie ganz unbeachtet.

Offiziere von Keudell und von Selasinsky, so der treffliche Rüder aus Oldenburg, so Hahn aus Ringleben, Lette aus Berlin, von Maltzahn aus Küstrin, Marcks aus Duisburg, Nizze aus Stralsund, Röder aus Neustettin, Braun aus Köslin, Thöl aus Rostock, Wagner aus Jastrow. Sie alle hielten an den alten Idealen fest und wurden zumeist durch die Gothaer Erklärung gekräftigt in dem Glauben an den deutschen Beruf Preußens. Der Brief des wackeren Hahn aus Ringleben ist ein schöner Beweis dafür. Besonders erfreulich war, daß auch Droysen nunmehr unbedenklich und mutigen Herzens seine Unterschrift gab.

Freilich, diese Zustimmung und Übereinstimmung trug einen wehmütigen Zug. Sie war bei den Nichtpreußen zumeist nur auf dem Wege verstandesmäßiger, nüchterner Erwägung und praktischer Überlegung erreicht worden. Wohl lebte in ihnen der Glaube an Preußen, aber nicht der Glaube an die preußische Regierung und nicht der an den regierenden preußischen König. Das etwa waren die politischen Überzeugungen der Vertreter aus den Mittel- und Kleinstaaten; besonders in Bayern loderte zudem der Haß gegen Preußen, namentlich wegen des im Dreikönigsentwurfe vorgeschlagenen Wahlgesetzes, bald hoch auf. Die Gefahr eines norddeutschen Sonderbundes und des Abfalls der Königreiche Sachsen und Hannover von Preußen rückte recht bald in bedrohliche Nähe.

Die Öffentlichkeit und namentlich die Presse nahm die Versammlung und ihre Erklärung so auf, wie nach allem, was vorhergegangen war, erwartet werden mußte. Die Partikularisten, Ultramontanen, Radikalen, Demokraten höhnten und spotteten über das „Windei" in Gotha, an dem die Erzeuger selbst kein Wohlgefallen haben könnten. Der Haß dieser Leute gegen die Männer, die ihrer Meinung nach durch ihren Austritt aus der Nationalversammlung die gute Sache verraten, ihr Wort gebrochen und sich gegenüber dem Ministerium Manteuffel entwürdigt hatten, stieg höher und höher. Schärfer konnte er sich nicht äußern als in der „Nationalzeitung", die die Gothaer Versammlung „das Grab deutscher Treue, deutscher Ehre" *) nannte. Der Name „Gothaer", der den Unterzeichnern und ihren Anhängern blieb, wurde bald als Schimpfname in diesen Kreisen gleichbedeutend mit charakterlosen, feigen und schwächlichen Politikern, und wenn sie dies auch mit Würde trugen und in der Bezeichnung als „Gothaer" einen Ehrennamen erblickten, freudige Arbeit konnte es nicht fördern.

Immerhin war die Zahl der Zeitungen, die sich wohlwollend stellten, verhältnismäßig recht groß; natürlich gehörten alle gemäßigten Blätter

*) Mitgeteilt im „Gothaer Tageblatt" vom 7. Juli.

dazu, wie die „Weserzeitung", die „Kölnische", die „Vossische" u. a., aber selbst die „Kreuzzeitung" hielt Maß in ihrer Kritik. Die Versammlung war doch offenbar sehr viel gemäßigter, ihre Ergebnisse positiver gewesen, als man erwartet hatte. Die klugen Politiker der Kreuzzeitungspartei und überhaupt die Konservativen hin und her in den deutschen Landen, namentlich in Preußen, sahen doch ein, daß schließlich mit solchen Männern zu arbeiten, daß von ihnen für die Zukunft noch mancherlei, auch für eine konservative Politik, zu erwarten war.

Ein gewisser politischer Erfolg der Erklärung war denn auch in den meisten, namentlich in den Mittel- und Kleinstaaten, zu spüren. Hier saßen ja zum guten Teil Männer der Partei in der Regierung. Daß die 28 Staaten, die die Frankfurter Verfassung angenommen hatten, in den nächsten Wochen sich dem Dreikönigsbündnis anschlossen, ist wesentlich dem Wirken der Gothaer mit zu verdanken.

Es war nicht überall leicht, dies zu erreichen, da die Staatsverträge in allen diesen Staaten der Zustimmung der Landtage bedurften. Charakteristisch sind dafür die Vorgänge am 11. Juli im Gothaer Landtag. Hören wir, was der Hausminister von Pawel darüber am gleichen Tage an Herzog Ernst II. berichtete *):

„Auf der Tagesordnung stand die deutsche Frage. Gegenwärtig waren 18 Abgeordnete. Die Parteistellung schien mir sehr einfach zu sein. Der Ausschußbericht (Referent Ritz) enthielt ein Exzerpt der Bestimmungen des Gothaischen Konferenz-Programms und die Zustimmung zum Anschlusse an das preußische Bündnis unter Voraussetzung dieser Bestimmungen. Etwas weiter links beantragte Henneberg noch den Zusatz eines die Volkssouveränität wahrenden Protestes. Die äußerste Linke bildete Schwerdt, der eine Hinausschiebung der ganzen Angelegenheit durch Einstreuung verschiedener Vorfragen beabsichtigte.

Rechts vom Ausschußantrage dagegen schlug Ausfeld (offenbar im Sinne Brieglebs, den er neuerdings in Coburg getroffen) vor, ganz einfach in Bausch und Bogen das Gothaische Programm anzunehmen und dadurch in wahrscheinlicher Übereinstimmung mit den übrigen thüringischen und vielen anderen deutschen Ständen zu handeln.

Schwerdt, den ich den Gothaischen Zitz nennen möchte, eröffnete die Debatte mit einer geharnischten Rede gegen die absolute preußische Politik, ließ sich unnötigerweise zweimal zur Ordnung rufen und gab am Ende zu, daß man sich zuletzt doch Preußen anschließen müsse. Zu demselben Resultate gelangte nach ihm Henneberg, der gemäßigte Gothaische Simson.

---

*) Herzog Ernst II. Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 495 f.

Nichts Anderes verteidigte aber auch Ritz, der Exzerpent des Gothaischen Programms, und genau die gleiche Absicht hatte Ausfeld, der nur die Mühe, das Programm noch zu exzerpieren, für eine überflüssige hielt. Einige unschuldige Landbewohner am äußersten Ende des Tisches gaben ihr herzliches Einverständnis durch unzweideutige Zeichen des Schlummers oder doch gänzlicher Abwesenheit der Gedanken zu erkennen, und ihr Vorsprecher Küttner betätigte wenigstens die letztere in wahrhaft halsbrecherischer Rede.

Bei so überaus erfreulicher Harmonie unter sämtlichen Anwesenden hätte man glauben sollen, daß die patriarchalischen, für einen an strenge Geschäftsordnung Gewohnten aber wirklich absolutistischen Bemühungen des Präsidenten Brückner die Versammlung einen dem Ausfeldschen Antrage günstigen Beschlusse zuzuführen, gänzlich überflüssig sein würden, und daß ein einstimmiger Beschluß ohnehin das notwendige Resultat sein müsse: wie groß war daher die allgemeine Überraschung, als nach dreistündiger Debatte, noch dazu im gemütlichsten Konversationstone geführt, gar kein Beschluß zustande kam! Niemand wollte von der von ihm vorgeschlagenen Form der Erklärung weichen, der Ausschußantrag fiel mit 10 gegen 8 Stimmen, der Ausfeldsche mit derselben Zahl, und die übrigen Amendements unterlagen mit absoluter Minderheit.

Wenn die Abgeordnetenversammlung der Ausdruck des Gothaischen Volkes ist, so darf man hiernach behaupten, daß persönlicher Eigensinn und Ehrgeiz hervorstechende Charaktereigentümlichkeiten in demselben sind.

Was die Staatsregierung betrifft, so kann sie, wie auch Herr von Stein und die Versammlung sich sogleich gegenseitig versicherten, ganz zufrieden mit diesem Mangel eines Resultates sein, da ja alle Teile der Versammlung nur in formell verschiedener Weise sich zum Anschlusse an die preußische Allianz ausgesprochen haben."

Einige Wochen später — im August — wurde der Unionsvertrag mit Preußen aber doch vom Herzog ratifiziert und erhielt auch die Zustimmung der Landesversammlungen, nicht nur in Gotha, sondern auch in Coburg. Und wie hier, so ging es in den meisten anderen thüringischen Staaten. Am 1.—3. Juli kam in Coburg eine größere Anzahl von Abgeordneten der thüringischen Einzellandtage zusammen, die sich zu folgendem Beschlusse vereinigten: „Die Versammelten nehmen für ihr Verhalten in der deutschen Verfassungsfrage die von dem in diesen Tagen in Gotha stattgehabten Kongreß früherer Parlamentsmitglieder gefaßten Beschlüsse unter Anerkennung der dafür dargelegten Gründe und unter den gleichen Voraussetzungen als maßgebend an"*).

*) „Gothaische Zeitung" vom 7. Juli.

Merkwürdig und nicht ganz durchsichtig ist die Stellung Herzog Ernsts II. Er schreibt, daß er die Versammlung ursprünglich nicht gern gesehen habe. Sein Minister hat die Sache sehr gefördert und berichtet ihm während der Tagung, an der er zwar persönlich nicht teilnahm, abgesehen von den nicht offiziellen Zusammenkünften, über deren Verlauf er aber auf das genaueste orientiert war — Graf Giech wohnte in seinem Hause, und er wurde ständig auf dem Laufenden gehalten — unausgesetzt auf das eingehendste. Er war damals über seinen Herzog ärgerlich und verstimmt, daß er trotz aller Bitten nicht nach Gotha kam, sondern in Schleswig blieb; alle noch so dringenden Zuschriften, auch eine vom Gesamtministerium unterschriebene, halfen nichts, sei es nun, daß der Herzog nicht wollte, weil er zu der Frankfurter Verfassung sich bekannt hatte, sei es, weil er die Möglichkeit eines Aufstandes in der Heimat fürchtete und es daher vorzog, lieber fern davon zu verweilen.

Recht zufrieden konnte die preußische Regierung mit den Ergebnissen der Gothaer Versammlung sein. Ihre Beschlüsse waren so maßvoll, so stark versöhnlich gehalten, so friedfertig gerade gegenüber Preußen, und das noch, nachdem die preußische Regierung mannigfache Hindernisse in den Weg gelegt und namentlich den Beamten und Offizieren den nachgesuchten Urlaub nicht erteilt hatte, daß man wirklich auf eine friedliche und versöhnliche Politik hoffen durfte. Und doch trat das Gegenteil ein: Wir sehen keine Annäherung an die Gothaer, sondern im Gegenteil eine wachsende Entfremdung; Dahlmann wurde, wie wir gehört haben, vom Minister von Ladenberg wegen seiner Teilnahme gerügt, ebenso erging es von Keudell und von Selasinsky, auch andere hatten es zu spüren. Diese Wendung läßt sich nur dadurch erklären, daß die ganze Politik Preußens auch hinsichtlich des Dreikönigsbündnisses eine andere wurde und zwar schon in den nächsten Wochen nach der Versammlung. Österreich lehnte den Gedanken eines weiteren Bundes so schroff ab wie je, und zwar um so schroffer, je näher der Zusammenbruch der ungarischen Revolution kam, Bayern schloß sich an, ihm folgte Württemberg und leider auch Baden, und bald zeigte sich, daß Sachsen und Hannover sich auf einen Vorbehalt beriefen und nur auf den günstigen Zeitpunkt warteten, um von dem ungewollten und ungeliebten Bündnisse sich zu lösen. Der König hatte von dem Tage an, an dem ihm bewußt wurde, daß er seine Bündnispolitik nur im Gegensatz gegen Österreich würde durchführen können, jede Freude an dieser Politik selbst verloren. So ging das Bündnis entzwei, kaum daß es geschlossen war. Im Herbst schon wurde zwischen Preußen und Österreich das sogenannte Interim geschlossen; der Reichstag in Erfurt kam zwar zustande, die gemäßigte

Partei hatte aber hier schon bedeutend weniger Einfluß, wenn auch noch die Wahl Simsons zum Präsidenten durchgesetzt werden konnte; ebensowenig Erfolg hatten die Dresdener Konferenzen, und die ganze Politik führte schließlich im Herbst 1850 nach Olmütz und damit zum Scheitern aller Hoffnungen der erbkaiserlichen Partei.

Unter solchen Umständen waren die Bestrebungen der in Gotha geschaffenen Parteiorganisation von vornherein, wenigstens vorläufig, zum Mißerfolg verurteilt. Vergebens mühte sich der rührige und tätige Mathy ab: ihm hatten die Preußen in Gotha wieder einmal recht gut gefallen; er war eine durchaus elastische Natur, durch Mißerfolge nicht leicht niederzubeugen. „Gern rühmen wir den tätigen Mann, dem Hoffnung die Nerven spannt und des Geistes Kraft beflügelt. Wer aber gegen Übermaß arbeitet, aus einer Stellung in die andere gedrängt, bis ihm der Kampf unmöglich wird, der muß zur Anerkennung zwingen durch ungewöhnliche Eigenschaften. Denn gern mäkeln die Zuschauer an der Güte seiner Sache, an dem Maße seiner Kraft, und in die Anerkennung seiner Ausdauer mischt sich der größte Feind warmer Bewunderung, das abschätzende Mitgefühl.

Das Werk der Paulskirche und die Männer der Parlamentsmehrheit haben im reichen Maße flache Beurteilung erfahren, das deutsche Volk hat sie hart dafür bestraft, daß es ihnen eine Zeitlang mit ungemessener Verehrung anhing. Mehr als einer hat diesen unverdienten Wechsel im Urteil seiner Zeitgenossen nicht überwunden; statt des frischen Vertrauens zu sich und zu der Nation sank Hoffnungslosigkeit in die Seelen.

Das war nicht Mathys Schicksal, er war nicht mit ungemeinen Erwartungen in die Paulskirche getreten, er hatte vollen Anteil an der Mühe und Aufregung getragen, gehoben durch die Gemeinsamkeit mit einer so großen Anzahl bedeutender Männer, wie Deutschland seit der Reformation nie im Zusammenwirken für eine nationale Aufgabe gesehen hatte. Jetzt erst, wo die Hoffnung eines Erfolges geringer wurde, die Arbeit mühevoller, auch ein Sieg ruhmloser, kam die ganze Festigkeit und Dauer seines Wesens zur Geltung. Er stand zuletzt in einer Ecke fast allein und verteidigte hartnäckig den letzten Posten. In keinem Abschnitt seines wechselvollen Lebens wurde er stärker geprüft als jetzt. Denn was er selbst erfuhr als Deutscher und als Mann, war gehäuftes Mühsal, wie es wenige überstehen“ *).

Dies Urteil Freytags erfüllte sich schon in der allernächsten Zeit. Die Seele des Ausschusses der in Gotha gegründeten „Deutschen Partei“ war vom ersten Tage an Mathy. Er begann die Werbearbeit mit der

*) Freytag, Mathy, S. 336 f.

ihm eigenen Elastizität; bald trat auch der Ausschuß zusammen und begann mit seiner Tätigkeit; am 17. Juli erschien seine erste Mitteilung an die Parteimitglieder: Sie betonte die Notwendigkeit einer Sammlung der vorhandenen Kräfte und Mittel der Partei, betonte ferner den in Gotha gefaßten Beschluß, die Deutsche Zeitung zum Parteiorgan zu machen und stellte als Hauptforderung auf, für das Zustandekommen des Reichstags zu wirken. Er sah die Gefahren, die dem Verfassungswerke schon damals gegenüberstanden:

„a) Versuche, bereits eingegangenen Verbindlichkeiten wieder auszuweichen (Sachsen, Hannover);

b) Versuche, Änderungen an den im Entwurfe festgehaltenen wesentlichen Grundlagen des Bundesstaates — als Bedingungen des Beitritts zu erzielen;

c) dynastische und partikularistische Scheu vor dem Bundesstaate, wie sie bei manchen Fürsten und freien Städten vorzuliegen scheint;

d) Trennungsgelüste, die einerseits zu einem norddeutschen Sonderbunde, andererseits zu einer süddeutschen Ligue führen würden." Dieser Proklamation folgten in der nächsten Woche bald andere. Mathy blieb nach Verabredung in Frankfurt, er stellte dort den Mittelpunkt der deutschen Partei dar. Gewiß wäre er gern als Vertrauensmann der Partei nach Berlin gegangen, aber die Preußen, zumal die Berliner selbst, lehnten einen Vertrauensmann ab. So bestand die Hauptarbeit in der Werbung für die „Deutsche Zeitung", die in den Verlag der Firma Weidmann übergegangen und seit dem 1. August offizielles Parteiorgan war. Unter Leitung von Gervinus hatte sie ihre Stärke nur im Räsonieren und Kritisieren gefunden, für Mathy und seine Genossen stand der Wunsch nach positiver Arbeit im Vordergrund. Freilich die Zeitung war und blieb, wie damals jede große politische Zeitung, auf Zuschüsse angewiesen, die Zeichnung der Aktien geschah langsamer und war geringer, als die Optimisten gehofft hatten, Mathy schrieb Brief um Brief an einflußreiche und zahlungsfähige Freunde um Beiträge und besonders um Geld; aber der Erfolg scheint nur ein sehr geringer gewesen zu sein: gar zu tief fraß auch in den Herzen der Besten die Verstimmung über den Gang der politischen Verhältnisse. Die tiefe Enttäuschung, die selbst Mathy ergriff, zeigt sich am besten in einem Briefe*), den er am 8. November an Beckerath schrieb, in dem es u. a. heißt: „Unser Programm von Gotha scheint gewissermaßen in die Luft gestellt. Preußen hat seinen Standpunkt wieder verlassen, seinen projektierten Bundes-

*) Teilweise mitgeteilt bei Freytag, Mathy, S. 338 f., vollständig Deutsche Revue. VII (Jahrgang 1882) S. 168 ff., 273 ff.

staat auf einen Verein im Bunde zurückgeführt, eine völkerrechtliche Vertretung des Vereins ist bereits durch das Interim abgeschnitten. Auch daß Preußen den Verein im Bunde zustande bringen werde, darf sehr bezweifelt werden. Die innere Politik des Ministeriums ist, die unentbehrlichsten Garantieen der Verfassung, z. B. das Steuerbewilligungsrecht der Stände, abzuschwächen oder aus der Verfassung zu entfernen. Gelingt dies, so ist kein Vertrauen zu Preußen mehr möglich, und die siegenden Gegner werden auch in der deutschen Angelegenheit eine andere als die bisherige Richtung einschlagen wollen oder müssen. Ein weiteres Bedenken wird aus der Führung der schleswig-holsteinischen Sache hergenommen, wobei die Anmaßung der Dänen, durch die unbegrenzte Nachgiebigkeit Preußens gesteigert, dem Ehrgefühl und dem Interesse der Nation die empfindlichsten Wunden schlägt. Daran knüpft sich endlich die Vermutung, daß es dem kühnen und nachdrücklichen Auftreten Österreichs gegen die Herstellung eines Bundesstaates gelingen werde, Preußen auch hierin zum Nachgeben zu veranlassen, nachdem es bereits das hohe Ziel auf ein Maß verkürzt hat, das weder Glauben, noch Begeisterung erwecken kann. Wir wissen, daß die österreichische Regierung entschlossen ist, die Berufung eines Reichstages nicht zu dulden, daß man in München über das Ausschreiben der Wahlen von Berlin lacht, und daß die zustimmenden Regierungen selbst nicht an den Reichstag und die Verfassung glauben. Aber wir wissen nicht, was Preußen zu tun beabsichtigt, wenn die österreichischen Drohungen vorliegen werden. Das Dreikönigsbündnis liegt hoffnungslos darnieder, man darf kaum wagen, von dem Zustandekommen des Reichstages im Ernste zu sprechen. Der österreichischen Partei schwillt der Kamm, ihr Übermut kennt keine Grenzen; nicht zufrieden, den Versuch eines engeren Bundes zu vereiteln, geht ihre Hoffnung dahin, wenn dieser Versuch gescheitert sein wird, Preußen erst recht zu demütigen. Überall ist diese Partei tätig, und es bedarf einer raschen und kühnen Handlungsweise, um unser zerrissenes Vaterland vor dem Unglück zu bewahren, welches eine undeutsche Politik im Bunde mit dynastischen und Sondergelüsten ihm zu bereiten droht" *).

So erklärt es sich, daß die Ausschußsitzungen immer seltener wurden und endlich ganz aufhörten; trotz aller Mühe war auch die „Deutsche Zeitung" auf die Dauer nicht zu halten; im Laufe des Jahres 1850 ging sie ein; damit hörte die Arbeit der Parteiorganisation auf; wieder einmal schien die ganze Arbeit vergeblich getan.

---

*) a. a. O., S. 290 f.

War es wirklich so? Oder haben nicht schließlich schon im kommenden Menschenalter nach der Zeit der Reaktion die Gedanken und Wünsche jener Männer über Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes eine siegreiche Erfüllung gefunden? Es ist freilich auf anderen Wegen geschehen, als die Männer der Paulskirche und die Gothaer sich ausgedacht hatten, nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse und nicht durch „moralische Eroberungen", sondern durch die harte Wirkung realer politischer Kräfte, und durch Blut und Eisen. Aber entstanden ist so das mächtige deutsche Reich, das sie ersehnten, zuerst freilich nur in der Form des norddeutschen Bundes, bald aber durch den Anschluß der süddeutschen Staaten, die nun nicht mehr schmollend und ränkespinnend beiseite standen, in vollendeter Form; und, will's Gott, wird auch der Gedanke der engen Union mit Österreich-Ungarn für immer verwirklicht bleiben: Die Einheit ist da unter preußischer Führung mit einem Hohenzollernschen Kaiser an der Spitze; die freie Verfassung besteht und eine freiheitliche Gesetzgebung, kurz das, was damals erträumt, ist jetzt wenn nicht ganz, so doch zum größten Teile erfüllt.

Auch unmittelbare praktische Wirkungen der Gothaer Versammlung für das politische Leben in unserem Vaterlande lassen sich feststellen. Es geht ein gerader Weg von den „Gothaern" bis hin zur nationalliberalen Partei. Die politischen Gedanken der Gothaer sind nicht vergessen und in das Nichts gesunken, so viele der Parteifreunde auch später resigniert oder verstimmt vom öffentlichen Leben sich zurückzogen; von Stufe zu Stufe kann man die Weiterentwickelung der Gothaer Gedanken verfolgen: Als im Jahre 1853 Herzog Ernst II. von Coburg und Gotha den literarisch-politischen Verein gründete, da war sein Hauptmitarbeiter Max Duncker, der bei den Beratungen in Gotha zum Teil den Vorsitz geführt hatte. Neben ihm aber stand G. Freytag, der in den Junitagen 1849 vielleicht Gotha zum ersten Male gesehen und vielleicht damals schon den Entschluß, seinen Sommerwohnsitz hier oder in der Nähe aufzuschlagen, gefaßt hatte, und der seit 1848 die Grenzboten im Sinne der Gothaer leitete. Und von hier wiederum führt ein gerader Weg zum volkswirtschaftlichen Kongreß und namentlich zum Nationalverein. Wenn auch viele der „alten" Gothaer dem Verein nicht beitraten, weil sie keinen Agitationsverein wünschten, so z. B. Duncker und Simson, so waren doch diese Altliberalen mit den jüngeren Führern des Nationalvereins in allen wesentlichen Punkten durchaus einig, und manche bekannte Gothaer Namen*) finden wir in den Listen

*) Vgl. Oncken, Bennigsen a. a. O., S. 324.

des Vereins wieder wie Beseler, Biedermann, Francke, Lammers, Riesser, Veit, Zachariae u. a. m.

Es bleibt ein schöner Ausblick von jenen trüben Tagen, daß gar viele von den Männern die große Wendung, die den deutschen Aufstieg bezeichnet, noch miterlebt und an ihm haben mitarbeiten dürfen, daß insonderheit der Mann, der einst die Kaiserkrone der Paulskirche Friedrich Wilhelm IV. anbot, sie wenig mehr als zwei Jahrzehnte später dessen sieg- und ruhmgekröntem Bruder wiederum im Namen des größten Teiles des deutschen Volkes und diesmal mit größerem Erfolge, antragen durfte. Und manche von jenen Männern haben dann in den ersten Jahren des Reiches an seinem liberalen Ausbau mitarbeiten dürfen, der die Räume des Reiches, nachdem es nach außen gefestigt war, im Innern wohnlich machte. Denn Bismarck war der letzte, der die moralischen Kräfte des Volkes gering achtete. Der innere Ausbau des deutschen Reiches ist im wesentlichen mit Hilfe der nationalliberalen Partei und ihrer politischen Grundgedanken geschaffen worden.

Und darum sei zum Schlusse noch ein Hinweis gestattet! Es liegt nahe, die politischen Zustände im Frühling 1849 in Preußen und Deutschland mit denen vom Frühjahr 1866 zu vergleichen: Im Jahre 1866 bot die preußische Regierung dem deutschen Volke den deutschen Reichstag mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlgesetz an, also im Grunde dem Frankfurter Wahlgesetz, das sie bisher immer bekämpft hatte; die Situation war im Jahre 1866 ganz ähnlich wie 1849; auch damals trauten die Parteigenossen zum größten Teile der preußischen Regierung nicht, wie sie 1849 nicht mit vollem Herzen zugestimmt hatten, auch damals im Jahre 1866 aber beschlossen sie die Regierung zu unterstützen, und diese Regierung, die deutsche Vaterlandsliebe mit gewaltigster Klugheit und entschlossenster Energie verband, enttäuschte diesmal diejenigen, die ihr Vertrauen geschenkt hatten, nicht. Und während im Jahre 1849 die Reaktion eintrat, war hier das Ergebnis das eine und freie deutsche Reich unter Führung der Könige von Preußen. Über Bitten und Verstehen hatte sich erfüllt, was sie in der Jugend erträumt und lange Jahre hindurch resigniert aufgegeben hatten. Der Genius des Volkes und Vaterlandes hatte doch noch zum Siege geführt.

Beilage I.

Teilnehmerliste.

Die Liste der Eingeladenen ist nach dem gedruckten Verzeichnis der Frankfurter Parlamentsmitglieder vom 8. Febr. 1849 (mit Ergänzungen) aufgestellt worden, die dem Protokoll beigegeben ist, und in der die Eingeladenen angemerkt sind. Eine zweite derartige Liste, die dem Minister von Stein eingehändigt wurde, befindet sich in den Akten des Herzogl. Haus- und Staatsarchivs in Coburg; sie bietet mehrfache Ergänzungen. Zu beachten ist, daß einzelne Mitglieder später eingeladen sind, manche Einladungen sind wohl auch von einzelnen Teilnehmern an den Vorberatungen persönlich ergangen (vgl. Beil. II, Nr. 39 und 88). Einzelne Briefe sind nicht oder erst zu spät in die Hände der Adressaten gelangt; eine Anzahl ist als unbestellbar zurückgekommen. Eine geschriebene Liste, die zugleich die Gothaer Quartiere angibt, ist dem Protokoll beigefügt; auch sie wird ergänzt durch einzelne Mitteilungen in Briefen, Nachrichten in Zeitungen und die Fremdenlisten des „Gothaer Tageblattes". So dürften die folgenden Angaben in allen einzelnen Fällen Anspruch auf Zuverlässigkeit haben, soweit eine solche bei dem Charakter der Versammlung überhaupt möglich ist.

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
1	Adams	Advokat-Anwalt	Coblenz	nein
2	*Albert	Oberlandesger.-Assess.	Quedlinburg	ja
3	Albrecht	Professor	Leipzig	nein
4	Ambrosch	Professor	Breslau	"
5	†v. Amstetter	Oberlandesgerichtsrat	Breslau	"
6	Anderson	Oberlandesgerichtsrat	Frankfurt a. O.	"
7	*Anz	Regierungsrat	Marienwerder	ja
8	†Arndt	Professor	Bonn	nein
9	Aulike	Geh. Oberregier.-Rat	Berlin	"
10	§Backhaus	Dr.	Jena	ja
11	*Bandelow	Gutsbesitzer	Kranz i. Posen	"
12	*Barth	Dr. Advokat	Kaufbeuern	"
13	*Bassermann	Buchhändler	Mannheim	"
14	Bauer	Dekan u. Stadtpfarrer	Bamberg	nein
15	*Becker, F. G.	Hofrat	Gotha	ja
16	§Becker, Christoph	Assessor	Trier	"
17	*v. Beckerath	Bankier	Crefeld	"
18	*Behncke	Justizrat	Hannover	"
19	*Bernhardi	Bibliothekar	Cassel	"
20	*Beseler, Georg	Professor	Greifswald	"
21	Beseler, W. H.	Statthalter	Schleswig	nein
22	*Biedermann	Professor	Leipzig	ja
23	Boch-Buschmann	Fabrikant	Siebenbr. i. Luremb.	nein
24	Bock	Leutn. i. Ingeniörkorps	Minden	"
25	*Böcking	Gutsbesitzer	Trarbach	ja
26	*Böcler	Dr.	Schwerin	"
27	v. Boddien	Rittmeister	Pleß	nein
28	*Bonardy	Regierungsadvokat	Greiz	ja
29	v. Borries	Justizdirektor	Karthaus i. Westpr.	nein
30	†Braun	Polizeidir. u. Bürgerm.	Cöslin	"
31	*Brackebusch		Hannover	ja
32	Brescius	Landrat	Züllichau	nein
33	*von Breuning	Staatsprokurator	Aachen	ja
34	*Breusing	Kaufmann u. Bankier	Osnabrück	"
35	*Briegleb	Hofrat und Advokat	Coburg	"
36	Brockhausen	Oberlandesger.-Assess.	Warendorf, Westf.	nein
37	*Brons	Kaufm. u. Vizekonsul	Bremen	ja
38	*Bürgers	Appellationsger.-Ass.	Cöln	"
39	*v. Buttel	Hofrat, Stadt- u. Landgerichtsvorstand	Oldenburg	"
40	§Carl	Kommerzienrat	Berlin	"

Erläuterung. Vor dem Namen gesetzte Zeichen bedeuten: * = hat die Erklärung unterschrieben, § = hat die Erklärung nicht unterschrieben, † = nachträgliche Zustimmung zu der Erklärung.

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
41	*Cetto	Kaufmann	Trier	ja
42	Cnyrim	Oberjustizrat	Frankfurt a. M.	nein
43	*Compes	Advokat-Anwalt	Cöln	ja
44	§Cramer	Konrektor	Köthen	„
45	*Dahlmann	Professor	Bonn	„
46	*Dammers	Stadtgerichtsassessor	Nienburg a. W.	„
47	*Deeke	Professor	Lübeck	„
48	Deetz	Artill.-Major	Wittenberg	nein
49	*Degenkolb	Kommerzienrat	Eilenburg	ja
50	Deiters	Professor	Bonn	nein
51	*Dröge	Kaufmann	Bremen	ja
52	†Droysen	Professor	Kiel	nein
53	*Duckwitz	Senator	Bremen	ja
54	*Duncker	Professor	Halle a. S.	„
55	*Ebmeier	Vizepr. d. OLandesger.	Paderborn	„
56	*Eckert	Justizrat	Bromberg	„
57	Ehrlich	Pfarrer	Murzynek i. Posen	nein
58	*Emmerling	Ministerialrat	Darmstadt	ja
59	§Frhr. von Ende	Landrat	Waldenburg i. Schl.	„
60	Engel	Stadtgerichtsrat	Kulm	nein
61	*Esmarch	Etatsrat u. OGerichtsr.	Schleswig	ja
62	Evertsbusch	Pfarrer	Altena (Westf.)	nein
63	*Falk	Gutsbesitzer	Ottolangendorf i. Schl.	ja
64	*Fallati	Professor	Tübingen	„
65	Federer	Bankier	Stuttgart	nein
66	*Fischer	Professor	Jena	ja
67	Flottwell	Oberpräsident v. Westf.	Münster	nein
68	*Francke	Regierungspräsident	Schleswig	ja
69	§Freudentheil	Advokat	Stade	„
70	Fuchs	Oberlandesgerichtsrat u. Landgerichtsdirektor	Breslau	nein
71	*H. v. Gagern		Darmstadt	ja
72	*M. v. Gagern	Legationsrat	Frankfurt a. Main	„
73	Gervinus	Dr. Professor	Heidelberg	nein
74	*Gevekoht	Kaufmann	Bremen	ja
75	*Graf Giech		Thurnau i. Bayern	„
76	*Gier	Bürgermeister	Mühlhausen i. Th.	„
77	Giesebrecht	Professor	Stettin	nein
78	Godeffroy	Kaufmann	Hamburg	„
79	†Goeden	Kreisphysikus	Krotoschin i. Posen	ja
80	Götz	Rektor	Neuwied	nein
81	Graf v. d. Goltz	Landrat	Chodziesen i. Posen	„
82	Gravenhorst	Professor	Lüneburg	„
83	*Grimm, Jakob	Professor	Berlin	ja

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
84	*Groß	Amtsassessor	Leer	ja
85	Grüel	Justizkommissar	Burg b. Magdebg.	nein
86	§Grumbrecht	Advokat	Lüneburg	ja
87	Gülich	Obergerichts-Advokat	Schleswig	nein
88	Gysae	Rittergutsbesitzer	Strehlow Pr. Brandenb.	„
89	von Hagenow	Gutsbesitzer	Langenfeldt i. Pom.	„
90	†Hahn	Gutsbesitzer	Ringleben	„
91	Hahn	Land- und Stadtrichter	Guttstadt	„
92	*Hallbauer	Advokat u. Finanzprok.	Meißen	ja
93	von Hartmann	Regierungsrat	Münster	nein
94	Haubenschmied	Kreis- u. Stadtger. Rat	Passau	„
95	Haupt	Gymnasiallehrer	Wismar	„
96	*Hausmann		Brandenburg	ja
97	*Haym	Dr. phil.	Halle	„
98	Heimbrod	Oberlandesger.-Ass.	Sohrau (O. Schles.)	nein
99	*Henkel	Obergerichtsanwalt	Cassel	ja
100	von Hennig	Rittergutsbesitzer	Dempowalonka Westp.	nein
101	*Hergenhahn	Präsident	Wiesbaden	ja
102	Herzog	Gerichtsarzt	Ebermannstadt (Ban.)	nein
103	§Hirschberg	Apotheker	Sondershausen	ja
104	*Höfken	Dr. phil.	Hattingen (Westf.)	„
105	*Hofmann	Landrichter	Friedberg (Hessen)	„
106	§Hollandt	Advokat	Braunschweig	„
107	Hoppenstedt	Regierungsrat	Hannover	nein
108	§von der Horst	Gutsbesitzer	Ratenburg i. Hann.	ja
109	*Jacobi	Gymnasiallehrer	Hersfeld	„
110	*Jahn	Dr.	Freiburg (Unstrut)	„
111	Jaup	Geheimrat	Darmstadt	nein
112	*Johannes	Kaufmann	Meiningen	ja
113	*Jordan, Julius	Kammergerichts-Assess. u. Spezialkommissar	Gollnow	„
114	Jordan, Sylvester	Dr., Geh. Legationsrat	Frankfurt a. M.	nein
115	*Jordan, Wilhelm	Dr., Schriftsteller	Berlin	ja
116	*Jucho	Advokat und Notar	Frankfurt a. M.	„
117	von Kalkstein	Gutsbesitzer	Wogau (Westpr.)	nein
118	*Graf Keller	Landrat	Erfurt	ja
119	*Kerst	Direktor	Meseritz (Posen)	„
120	†v. Keudell	Oberstleutnant	Berlin	nein
121	*Kierulff	Ober-Appellationsrat	Rostock	ja
122	Kirchgeßner	Advokat	Würzburg	nein
123	*Koch	Vize-Bürgermeister	Leipzig	ja
124	von Kösteritz	Oberprokurator	Elberfeld	nein
125	Kosmann	Oberlandesgerichtsrat	Stettin	„
126	*Krafft	Advokat	Nürnberg	ja

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
127	*Kratz	Landschaftsrat	Wintershagen (Pom.)	ja
128	Kuentzel	Gutsbesitzer	Wolka (Ostpr.)	nein
129	Lammers	Dr., Bürgermeister	Erlangen	„
130	*Lang	Stadtsyndikus	Verden	ja
131	*Langerfeldt	Oberlandesgerichtsrat	Wolfenbüttel	„
132	*Laube	Dr. Schriftsteller	Leipzig	„
133	Laudien	Regierungsrat	Königsberg i. Pr.	nein
134	Lauk	Oberappellat.Ger.-Rat	München	„
135	†Lette	Präsident d. Revisions-ger. f. Landkulturſachen	Berlin	„
136	Leue	Appellationsrat	Cöln	„
137	*Leverkus	Archivar	Oldenburg	ja
138	*Liebmann	Dr. Regierungsrat	Meiningen	„
139	von Lindenau	Staatsminister a. D.	Altenburg	nein
140	Lodemann	Regierungsrat	Lüneburg	„
141	*Loew, J.	Rektor	Magdeburg	ja
142	*Loew, H.	Professor	Posen	„
143	Lüntzel	Justizrat	Hildesheim	nein
144	von Maltzahn	Land- u. Stadtger. Dir.	Küstrin	„
145	*Mann, jr.	Kaufmann	Rostock	ja
146	†Marcks	OLandesgerichtsassess.	Duisburg	nein
147	*Marcus	Prorektor	Insterburg	ja
148	*Martens	Justizkommissar	Danzig	„
149	von Massow	Regierung.- u. Forstass.	Carlsberg (Schl.)	nein
150	*Mathy	Staatsrat	Karlsruhe	ja
151	*Matthies	Dr. Professor	Greifswald	„
152	*Maukisch	Advokatu. Bürgermstr.	Dippoldiswalde	„
153	Meier, H. H.	Konsul	Bremen	„
154	Merkel	Schatzrat	Hannover	nein
155	*Mevissen	Kaufmann	Cöln	ja
156	*Michelsen	Professor	Jena	„
157	*v. Mohl, Robert	Dr. Professor	Heidelberg	„
158	Münch	Oberkammerrat	Wetzlar	nein
159	München	Advokat	Luxemburg	„
160	*von Mylius	Staatsprokurator	Jülich	ja
161	Naumann	Oberregierungsrat	Frankfurt a. O.	nein
162	von Neischütz	Inquisitorialdirektor	Königsberg i. Pr.	„
163	*Nerreter	ev. Pfarrer	Fraustadt (Posen)	ja
164	Nicol	Dr. jur.	Hannover	nein
165	†Nizze	Gymnasialdirektor	Stralsund	„
166	*Oberg	Justizrat	Hildesheim	ja
167	*Ostendorff	Kand. d. h. Schulamts	Soest	„
168	Ottow	Stadtgerichtsdirektor	Labiau	nein
169	*Overweg	Gutsbesitzer	Haus Ruhr (Westf.)	ja

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
170	Pagenstecher	Dr. med.	Elberfeld	nein
171	Pannier	Amtsrat	Zerbst	„
172	Paur		Augsburg	„
173	Pfizer, Paul	Dr. Professor	Stuttgart	„
174	Pinckert	Obergerichtsassessor	Zeitz	„
175	*Pinder	Oberpräsident	Woinowitz (Schl.)	ja
176	*Plaß	Gymnasiallehrer	Stade	„
177	*Plathner	OLandesgerichts-Ass.	Halberstadt	„
178	Plehn	Landrat	Marienburg	nein
179	Poezl	Dr. Prof. d. Rechte	München	„
180	Presting	OLandesger.-Assessor	Memel	„
181	Quante	Konsulent	Ullstadt (Bayern)	„
182	§v.Quintus,Icilius	Amtmann	Fallingbostel (Hann.)	ja
183	*Rahm	Kaufmann	Stettin	„
184	*Rättig	Regierungsrat	Potsdam	„
185	*v. Raumer, Friedr.	Geheimrat u. Professor	Berlin	„
186	*v. Raumer, Hans	Magistratsrat	Dinkelsbühl (Bayern)	„
187	*Reh	Advokat	Darmstadt	„
188	Reitmayr	Kreis- u. Stadtger.-Rat	Regensburg	nein
189	Richter	Regierungsrat	Danzig	„
190	*Riesser	Dr. jur. Rechtsanwalt	Hamburg	ja
191	*Röben	Advokat	Dornum (Hann.)	„
192	†Röder	Gymnasialdirektor	Neustettin (Pom.)	nein
193	Römer	Staatsrat	Stuttgart	„
194	§Roß	Kaufmann	Hamburg	ja
195	von Rotenhan	Gutsbesitzer	München	nein
196	Rüder	Obergerichtsanwalt	Oldenburg	„
197	*Rümelin	Rektor	Nürtingen, Württemb.	ja
198	*von Sänger	Gutsbesitzer	Grabow (Posen)	„
199	von Salzwedell	Regierungspräsident	Gumbinnen	nein
200	von Saucken	Gutsbesitzer	Tarputschen (Ostpr.)	„
201	Schauß	Hofrat und Advokat	München	„
202	Scheller	OLandesger.-Präsid.	Frankfurt a. O.	„
203	Schenk	Prokurator	Dillenburg	„
204	Schepp	Regierungsrat	Dillenburg	„
205	*Schick	OLandesger.-Assessor	Weißensee	ja
206	*Schierenberg	Gymnasialdirektor	Detmold	„
207	Schirmeister	Landrat	Insterburg	nein
208	von Schleußing	Oberleutnant	Rastenburg (Ostpr.)	„
209	von Schlotheim	Landrat	Wollstein (Posen)	„
210	Schlüter	Oberlandesgerichtsrat	Paderborn	„
211	*Schneer	Regierungsassessor	Breslau	ja
212	*Scholten	Dr. phil.	Wardt (Rheinprov.)	„
213	*Scholtz	Justizkommissar	Neiße	„

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
214	Schorn	Landgerichtsassessor	Essen	nein
215	*Schrader	Dr. phil. Konrektor	Brandenburg	ja
216	*Schreiber	Land- u. Stadtger.-Rat	Bielefeld	„
217	Schubert	Geh. Oberregier.-Rat und Professor	Königsberg	nein
218	Schultze, Heinr.	Oberzollinspektor	Liebau (Schles.)	„
219	Schultze, Wilh.	Geh. Oberrechnungs- u. Oberregier.-Rat	Potsdam	„
220	*Schwarz	Lic. theol.	Halle	ja
221	§Schwarzenberg	Fabrikant	Cassel	„
222	*Schwetschke	Dr. phil., Buchhändler	Halle	„
223	†von Selasinsky	Generalleutnant	Berlin	nein
224	von Selchow	Landrat u. Gutsbesitzer	Rettkowitz (Pom.)	„
225	Sellmer	Kammerger.-Assessor	Landsberg a.d.Warthe	„
226	Servais	Advokat	Luxemburg	„
227	Siehr	Oberregierungsrat	Gumbinnen	„
228	*Siemens	Stadtgerichtsassessor	Hannover	ja
229	*Simson, Eduard	Tribunalrat u. Prof. d. Rechte	Königsberg	„
230	Simson, Georg	OLandesger.-Assessor	Stargard	nein
231	*von Soiron	Obergerichtsadvokat	Mannheim	ja
232	*Sprengel	Dr. jur.	Waren (Mecklenb.)	„
233	*Stahl	Professor	Erlangen	„
234	*von Stavenhagen	Oberst i. gr. Gen.-Stab.	Berlin	„
235	*Stedmann	Gutsbesitzer	Haus Besselich b. Cobl.	„
236	Stenzel	Geh. Archivrat u. Prof.	Breslau	nein
237	Stieber	Appellationsrat	Bautzen	„
238	*Steindorff	Dr.	Schleswig	ja
239	Stolle	Kaufmann	Holzminden	nein
240	Sturm	OLandesger.-Assessor	Sorau	„
241	Tannen	Kreisjustizrat	Zielenzig, Pr. Brandenb.	„
242	Teichert	Major	Berlin	„
243	Tellkampf	Dr. Professor	Breslau	„
244	*von Thielau	Finanzdirektor	Braunschweig	ja
245	†Thöl	Dr. jur. Professor	Rostock	nein
246	von Treskow	Rittergutsbesitzer	Grocholin (Pr. Posen)	„
247	*Veit	Buchhändler	Berlin	ja
248	*Versen	Landgerichtsdirektor	Nieheim (Westf.)	„
249	Viebig	Regierungsrat	Posen	nein
250	§von Vincke	Landrat	Hagen i. W.	ja
251	*Wachsmuth	Rat	Hannover	„
252	†Wagner	OLandesger.-Assessor	Jastrow (Westpr.)	nein
253	*Waitz	Professor	Göttingen	ja
254	Waldmann	Gymnasiallehrer	Heiligenstadt	nein

Nr.	Name	Stand	Wohnort	Anwesend
255	von Wedemeyer	Gutsbesitzer	Schönrade, Pr. Brandb.	nein
256	von Wegnern	Landrat	Lyck	„
257	§ Weißenborn	Professor	Eisenach	ja
258	Welcker	Geh. Rat	Frankfurt a. M.	nein
259	Wernher	Gutsbesitzer	Nierstein, Großh. Hessen	„
260	Werthmüller	Obergerichtsrat	Fulda	„
261	* Wichmann	Assessor	Stendal	ja
262	Wiederhold		Lübeck	nein
263	* Widenmann	Advokat-Anwalt	Düsseldorf	ja
264	* Wiethaus	Regierungsrat	Wipperfürth (Westf.)	„
265	Winter	Amtsassessor	Liebenburg (Hannover)	nein
266	Wippermann	Staatsrat	Cassel	„
267	* Wurm	Professor	Hamburg	ja
268	* von Wydenbrugk	Geh. Staatsrat	Weimar	„
269	* Zachariae, Heinr.	Professor	Göttingen	„
270	* Zachariae, Friedr.	Kammerrat	Bernburg	„
271	§ Zell	Advokat	Trier	„
272	Zeltner	Kaufmann	Nürnberg	nein
273	von Zerzog	Gutsbesitzer	Regensburg	„
274	* Ziegert	Regierungsrat	Minden	ja
275	Zittel	Pfarrer	Bahlingen (Bad.)	nein
276	* Zöllner	Kaufmann	Chemnitz	ja

Beilage II.

Auszüge aus Briefen.

Auszüge aus Briefen der zu der Gothaer Versammlung Eingeladenen, sämtlich außer Nr. 26 und 74 auf die Versammlung bezüglich, und sämtlich — außer Nr. 91, 142 und 143 — an Hofrat F. G. Becker in Gotha gerichtet*).

1. Albrecht-Leipzig (1. Juli) ist nicht gekommen; abgesehen von anderen Gründen deshalb, weil er daran zweifelte, ob unter den obwaltenden Verhältnissen ein erspießlicher Erfolg zu erwarten sei. „Über Politik erwarten Sie kein Wort. Ich bin darin nicht bloß jeder Einsicht, wie es besser mit uns werden soll, sondern sogar fast jeder Hoffnung darauf bar und ledig."

2. Amstetter-Breslau (2. Dezember) ist nicht in Gotha gewesen, mit den Beschlüssen ist er einverstanden. „Über unsere politische Lage möchte ich am liebsten schweigen. Demokratie, und, lassen Sie es uns nicht verschweigen, blinder Jünglingsenthusiasmus für eine Einheit, die zur Zeit nicht möglich war, haben uns zum größten Teil um das gebracht, was mit Einsicht und Besonnenheit als möglich zu erreichen war, nämlich zur Zeit einen Staatenbund mit Volksvertretung, das Weitere wäre später reif und die nicht zu lösenden Fragen über Österreich, Kaiser, Veto usw. beseitigt worden. . . . . Selbst, wenn die Regierungen keinen ehrlichen Willen hätten, was wohl der Fall sein kann, müssen wir mit ihnen halten, denn für uns allein sind wir für jetzt keine Macht, und mit der sogenannten Demokratie gehen, heißt die Immoralität auf den Thron setzen und Deutschland vergiften für hundert Jahre, vielleicht für immer vernichten."

3. Anz-Marienwerder (23. Juni). Anmeldung.

4. Arndt-Bonn (3. Juli) durch Unpäßlichkeit an der Teilnahme verhindert. Stimmt zu „durch die Schreibung: E. M. Arndt." „In deutscher Treue".

*) Die Briefe sind sämtlich bisher nicht veröffentlicht, abgesehen von dem Briefe von Zerzog (Nr. 139) der zuerst teilweise im Reichsanzeiger für die Deutschen (4. Juli 1849) abgedruckt ist, aber wohl um seiner frischen und kräftigen Art willen einen Neudruck verdient.

5. Bassermann-Mannheim (13. Juni). Anmeldung. „Wenn alle einen so versöhnlichen Sinn mitbringen, wie ich, dann verzweifle ich nicht an einem glücklichen Ergebnisse unserer Beratung."

6. von Beckerath-Krefeld (13. Juni). Anmeldung.

7. Behncke-Hannover (17. Juni). Anmeldung.

8. Bernhardi-Kassel [z. Z. Eisenach] (20. Juni). Anmeldung. „In allen Staaten, den zustimmenden sowohl als den ablehnenden, muß zunächst zum Staatenhaus gewählt werden, welches alsbald zusammentritt und das Wahlgesetz für das Volkshaus mit dem Fürstenrat vereinbart."

9. Bernhardi-Kassel [z. Z. Gotha] (28. Juni) entschuldigt sein Fernbleiben von der letzten Sitzung durch Unwohlsein.

10. G. Beseler-Greifswald (15. Juni). Anmeldung.

11. Biedermann-Leipzig (14. Juni). Anmeldung.

12. Breuning-Aachen (14. Juni). Anmeldung.

13. Brackebusch-Hannover (19. Juni). Anmeldung.

14. Braun-Köslin (4. Juli) war durch Gicht an der Teilnahme verhindert. „Ich beeile mich daher, zu der Erklärung vom 28. v. M. meine vollständige Beistimmung umsomehr einzusenden, als unter IV für die Wahlen diejenige Norm angenommen ist, welche in den Einzelstaaten die dem allgemeinen Reichswahlgesetze entgegenstehenden Hindernisse beseitigt und von mir stets als die fast allein mögliche gehalten und angestrebt ist. Möge der Genius des deutschen Vaterlandes den Bestrebungen des gemeinsamen Patriotismus fördernd zur Seite stehen."

15. Braun persönlich am gleichen Tage an Becker: „Die Römer schon hielten auf Anstand beim Sterben. Die neumodischen Republikaner in Stuttgart oder auf Reisen weichen sehr von ihnen ab. Wenn wir, die wir ihnen gegenüberstehen, abtreten müssen, so mögen wir die Römersitte in Ehren halten."

16. Brons-Emden (20. Juni). Anmeldung.

17. von Buttel-Oldenburg (15. Juni). Anmeldung.

18. Carl-Berlin (20. Juni). Anmeldung.

19. Cetto-Trier (21. Juni). Anmeldung.

20. Compes-Köln (18. Juni). Anmeldung.

21. Cramer-Köthen (18. Juni). Anmeldung.

22. Dammers-Nienburg (14. Juni). Anmeldung.

23. Degenkolb-Eilenburg (14. Juni). Anmeldung (zeigt an), „daß ich um so freudiger dem Rufe folge, als es mir ein wahres Herzensbedürfnis ist, sobald wie möglich die von mir hochverehrten Männer, zu denen Sie gehören, wiederzusehen."

24. Droysen-Kiel (6. Juli). „Die öffentliche Aufforderung zur Beitrittserklärung für das Gothaer Programm unserer Partei sehe ich als auch an mich ergangen an; ich bitte als dasselbe auch von mir vollzogen zu betrachten. Denn habe ich auch nicht das System billigen können, das zu dieser Berufung führte, nachdem sie geschehen und ihren Verlauf gehabt hat, bleibe ich bei meiner Partei. Ich wünsche, mit dieser Erklärung nur an der gemeinsamen Tätigkeit der politischen Freunde ferner teilzunehmen, umsomehr, da die Zeit nahe ist, wo man ihre organisierte Kraft auch von der Seite her, die uns so oft verleugnet hat, brauchen wird."

25. Duckwitz-Bremen (17. Juni). Anmeldung.

26. Duncker-Halle [z. Z. Rendsburg] (6. September 1850); bezieht sich auf die schleswig-holsteinische Frage. Wirbt um Geld und Mannschaften für den Krieg gegen Dänemark.

27. Ebmeier-Paderborn (26. Juni). Anmeldung.

28. Eckert-Bromberg (21. Juni). Anmeldung.

29. Emmerling-Darmstadt (17. Juni). Anmeldung.

30. Emmerling-Darmstadt (23. Juni) betr. Unterkunft.

31. Frhr. von Ende-Waldenburg (20. Juni). Anmeldung.

32. Fallati-Tübingen [z. Z. Frankfurt a. M.] (17. Juni). Anmeldung.

33. Fallati [z. Z. Weimar] (10. Juli) bittet um den Brief von v. Zerzog.

34. Fischer-Jena (17. Juni). Anmeldung.

35. Freudentheil-Stade [z. Z. Eisenach] (30. Juni) ersucht um Abdrucke der Erklärung.

36. H. von Gagern-Darmstadt [z. Z. Hanau] (17. Juni). „Ihre verschiedenen Ansprachen an Ihre Mitbürger können nur des allgemeinsten Beifalls sich erfreuen, namentlich auch die Weise, wie Sie über die bevorstehende Zusammenkunft sich aussprechen, von der ich, ohne sanguinische Hoffnungen, bei der allgemeinen Verwirrung der Ideen und Verhältnisse doch immerhin Gutes, Annäherndes erwarte."

37. M. v. Gagern [z. Z. Wiesbaden] (4. Juni) sendet gedruckte Einladung, bittet im Namen der Mitunterzeichner, „das Patronat an Ort und Stelle für eine Sache zu übernehmen, die, wie wir hoffen, sich Ihres Beifalls erfreuen wird, wie sie bisher Ihres Beistandes sich zu beleben hatte.

Es sind etwa 250 Einladungen ergangen nach den Kategorieen, die sich ohne Mühe von selbst erraten lassen. Graf Giech hat schon gestern an den Herrn Minister von Stein geschrieben, und dieser hat sich vielleicht schon mit Ihnen in Verbindung gesetzt. Allzu zahlreich wird die Ver-

sammlung nicht ausfallen; ein Drittel der Eingeladenen, wenn es nur die rechten Leute sind, wird aber auch schon Nutzen stiften können; zwei Tage werden voraussichtlich genügen.

Wenn sich in Gotha ein angemessenes Lokal findet, wie nicht zu bezweifeln, so wäre keine andere Schwierigkeit als das Unterkommen in den Gasthöfen, die aber nach meiner Erinnerung genug Raum bieten dürften.

Welche politische Ereignisse bis dahin vielleicht noch Hindernisse in den Weg legen, läßt sich freilich nicht voraussehen. Von Preußen aus muß man in dem geschehenen Schritt ein Zeichen von gutem Willen erblicken. Die Presse mag unterdessen vorarbeiten, damit die Brücken geschlagen werden können."

38. M. von Gagern (9. Juni). „Mit großer Freude empfing ich gestern Ihre freundlichen Zeilen vom 6. d. M., wodurch uns eine so entgegenkommende Aufnahme unseres Planes und unserer Gesellschaft selbst gesichert wird. (Schickt die Liste der Eingeladenen), „die sich auf mehrseitigen Wunsch noch vergrößert hat", bittet B., aus dem Bekanntenkreise noch einzuladen, wen er für geeignet hält. „Einzelne Namen scheinen vielleicht willkürlich gewählt oder weggelassen, unter den ersteren mehrere früher ausgetretene, unter den letzteren z. B. Schwerin (nach der Rechten hin untreu geworden), Mittermeyer und Reden (charakterlos und gefährlich). Dies Verfahren beruht auf ganz besonderen Einwendungen einzelner unserer Freunde, die gern ein strafendes Exempel statuieren wollten. Ob aus Preußen viele kommen werden, besonders aus den östlichen Provinzen, hängt wohl davon ab, ob die Regierung die Sache richtig und günstig aufgefaßt hat. Wir haben einige Winke in dieser Richtung gegeben, finden aber doch keine Ursache, uns wegzuwerfen. Für uns Kleinere wäre es wünschenswert, wenn bis zum 26. nicht alle Hoffnung schwände, daß Preußen uns die Wahl zum Reichstag nach verschiedenen Wahlgesetzen zugäbe. (Bedauert, daß die Versammlung erst am 26. sein soll; er hat den 15. vorgeschlagen [auch Dahlmann und Graf Giech], sie sind aber überstimmt worden). . . . . Herrn Minister von Stein wollen Sie wiederholt für seine freundliche Unterstützung danken. Graf Giech hatte mir bereits vorläufig die gute Aufnahme mitgeteilt, und ich habe in der „Allgemeinen Zeitung" davon Gebrauch gemacht. Alle Einrichtungen, die Sie treffen, sind im voraus von uns gutgeheißen, namentlich der Charakter der Privatbesprechung ohne Zuhörer. . . . Die Stuttgarter mögen unterdessen ihr Schicksal vollziehen, grausam oder lächerlich. In unserer nächsten Umgebung steht noch sehr viel auf der Spitze des Schwertes, und in Frankfurt ist die

große Intrige noch lange nicht ausgespielt. Graf Rechberg und das saubere Reichsministerium treiben ihr Unwesen ungestört weiter. . . ."

Nachschrift: „Heute ist der Kelch eines Ministeriums glücklich an mir vorübergegangen."

39. M. von Gagern (17. Juni) hält ein Einweisungsbüro, etwa im „Mohren", für zweckmäßig, ebenso Eintrittskarten wegen der Legitimation, damit nicht Unberufene sich einschleichen. (Nachträglich sind noch einige eingeladen.) „Leider sind auch einige aus Versehen eingeladen, die noch jetzt in Stuttgart sind, z. B. von der Horst; doch ist das kein Unglück. Unbestellbare Briefe kommen mir täglich zurück z. B. von Marcus, Wichmann, Hahn, Kalkstein." Stenographen sind abgelehnt, „weil wir den von Ihnen vorgeschlagenen Charakter der Versammlung vollständig und konsequent beibehalten wollen." Berichterstatter werden sich aus unserer Mitte selbst finden, z. B. Laube, Mathy usw.

Die preußische Regierung erteilt Urlaube, wenn sie nicht direkt und quasi offiziell nach Gotha verlangt werden. Das ist ganz gut. Wir müssen alles Offizielle vermeiden, d. h. in jeder Richtung abweisen.

Dahlmann hat feierliche Propositionen aufgesetzt zu einer Vermittlung zwischen beiden Wahlgesetzen und zur Anbahnung eines Reichstags auf Grund bestimmter Vermittlungsvorschläge (Österreich ausdrücklich ausgeschlossen). Die Propositionen werden morgen diskutiert, aber bis Gotha sehr geheim gehalten. Mein Bruder wird seine Flugschrift vor der Zusammenkunft in Gotha nicht mehr fertig bringen. Den beifolgenden Brief an meine Wähler hat er gebilligt, und einzelne Stellen dürften vielleicht im Auszug nützlich in Ihren Blättern sein. Ich muß bemerken, daß meine Wähler, größtenteils Alttrierer, sehr antipreußisch sind."

40. M. von Gagern-Wiesbaden (9. Juli). „Durch Mathys und Hergenhahns längere Rundreisen hat unser Komitee noch nichts von sich geben können. Unterdessen ist Mathy vorgestern zurückgekehrt, und wir haben gestern hier ein Zirkular (an Vereinsmitglieder, Zeitungsredaktionen, Ständemitglieder usw.) verabredet, das in der ersten Sitzung, welche wir zusammenbringen können, vom Stapel gelassen werden soll.

Die Braunschweiger haben unterdessen ihre Denkschrift selbst gedruckt und in der Welt herum versandt, und wir werden an manchen Orten kaum mehr nötig haben, mit unseren Abdrücken nachzukommen. . .

Unsere Gothaer Versammlung, samt dem Vereine, findet doch Anklang und Anerkennung; die Töne der Gegner lassen uns am besten merken, daß wir einen empfindlichen Fleck getroffen haben müssen. . . ."

41. Graf Giech-Thurnau [Bayern] (15. Juli). „Von unseren Bestrebungen für die deutsche Sache bin ich jetzt hier in Bayern freilich recht abgeschnitten und sehne mich nach Nachrichten über den Stand der Verhältnisse. Mit herzlicher Freude habe ich aus den Zeitungen vernommen, daß unsere Gothaer Versammlung in vielen Gegenden, sogar des Auslandes, große Teilnahme gefunden."

42. Jacob Grimm-Berlin (17. Juni). Anmeldung.

43. Groß-Leer (14. Juni). Anmeldung.

44. Grumbrecht-Lüneburg (16. Juni). Anmeldung.

45. Habicht (Landgerichtsanwalt)-Schmalkalden (15. Juni) bittet um Einlaß als Zuhörer; er möchte „Zeuge dieser hochwichtigen Verhandlungen werden, die um so genuß- und erfolgreicher sein müssen, als sie von den edelsten Männern unseres deutschen Volkes gepflogen werden. So ernst und düster auch der Strom der Zeit dahinrinnt, die reine Vaterlandsliebe unserer echten Patrioten wird nicht erkalten, sondern mutig das Steuer ergreifen, um das lecke Schiff unserer Einheit und Freiheit aus der wogenden Brandung in den heißersehnten Hafen der Ruhe zu betten."

46. Hahn-Ringleben (11. Juli) hatte, obgleich nicht eingeladen, doch als Zuhörer kommen wollen, war aber dadurch verhindert worden, daß die Cholera in seinem Orte war. „Zwar leben wir in einer Zeit, in der man auch das reinste und edelste Streben zu verdächtigen sucht; ich lebe aber des festen Glaubens, daß ein wahrhaft gutes Werk am Ende doch gelingen muß, was auch von Seiten der Selbstsüchtigen und Schlechten alles getan werden mag, um es zu hintertreiben.

Ich habe mit Ihnen getrauert und gezürnt, daß mein König die auf ihn gefallene Wahl nicht angenommen hat; jetzt halte ich aber dafür, daß es nicht besser, sondern schlimmer geworden sein würde, wenn der König von Preußen die Wahl unbedingt angenommen hätte. Nach meiner Überzeugung stehen die Sachen so, daß Deutschland erst noch in große Not und in großes Elend kommen muß, ehe man zu der Einsicht kommen wird, daß nur von Preußen Hilfe und Rettung zu erwarten sind. Sicherlich wird eine Zeit kommen, zu welcher es sich klar herausstellen wird, daß Preußen es mit Deutschland am redlichsten gemeint hat.

Preußen hat durch die Gothaer Versammlung viel gewonnen, und dieser Gewinn wird Deutschland zu gute kommen."

47. Hallbauer-Meißen (20. Juni). Anmeldung.

48. Hirschberg-Sondershausen (18. Juni). Anmeldung.

49. Hofmann-Friedberg i. H. (17. Juni). Anmeldung.

50. Hollandt-Braunschweig (19. Juni). Anmeldung.

51. von der Horst-Ratenburg i. H. [z. Z. Stuttgart] (19. Juni). Anmeldung.

52. Jaup-Darmstadt (20. Juni). Anmeldung.

53. Johannes-Meiningen (15. Juni). Anmeldung.

54. Johannes-Meiningen (16. Juni) bittet um Einlaß für einen Freund, der gerne zuhören möchte.

55. J. Jordan-Gollnow (21. Juni). Anmeldung.

56. Jucho-Frankfurt a. M. (4. August) dankt für die Übersendung des Reichsanzeigers an die von ihm verwaltete Reichsbibliothek.

„Ihre Gabe für die Reichsbibliothek zeugt dafür, daß Sie noch Glauben haben ans Reich. Und diesen Glauben soll auch mir nichts auf dieser Welt rauben. So trüb auch im Augenblick der Himmel ist, die Sonne wird doch siegen."

57. von Kathen-Stralsund [z. Z. Ilmenau] war als Stellvertreter zur Nationalversammlung gewählt, hat aber keine Gelegenheit mehr gehabt, sein Mandat auszuüben. Er fühlt sich als Mitglied des Zentrums und bittet daher um Erlaubnis zur Teilnahme an der Gothaer Versammlung.

58. Kerst-Meseritz [z. Z. Hannover] (22. Juni). Anmeldung.

59. von Keudell-Berlin (24. Juni). „Mit der größten Freude wäre ich Ihrem Rufe gefolgt, indes als noch im aktiven Dienst befindlicher Offizier müßte ich unter allen Umständen von meinen Vorgesetzten Urlaub fordern. Da dieser aber sogar den Zivilbeamten verweigert worden ist, so würde er mir umsomehr abgeschlagen worden sein. . . . . .

Mit unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit . . . ."

60. von Keudell-Berlin (1. Juli). „Mit wahrer Freude erkläre ich hiermit meinen Beitritt zu dem erwähnten Beschlusse. . . . Gern wäre ich nach Gotha gekommen, jedoch wurde allen Beamten vom Zivil und Militär der hier geforderte Urlaub abgeschlagen — um der Gothaer Versammlung nicht ein offizielles Gepräge zu geben! In Wahrheit fürchteten aber unsere jetzigen Machthaber dieselbe und sind nun durch die günstige Wendung hocherfreut. Sie sollten beschämt sein, aber —."

61. Kierulff-Rostock (20. Juni). Anmeldung.

62. Koch-Leipzig (18. Juni). Anmeldung.

63. von Kösteritz-Elberfeld [z. Z. Düsseldorf] (24. Juni) kann nicht kommen. „Es ist nicht die Regierung, die mir Schwierigkeit macht, sondern diese geht aus der Beurlaubung eines meiner Prokuratoren und gewissen unaufschiebbaren Geschäften hervor."

64. Lang-Verden (13. Juni). Anmeldung.

65. Langerfeldt-Wolfenbüttel (7. Juni). Anmeldung. „Hier werden die Leute nach und nach sehr ruhig. Die Anhänger des Märzvereins waren ungehalten über unseren Austritt. Die Verständigen billigten unser Verhalten. Ich habe gleich nach meiner Rückkehr eine Erklärung an meine Wähler drucken und verteilen lassen, und dabei hat es sein Bewenden gehabt. Man will Ruhe haben, das scheint jetzt die Hauptforderung zu sein. Die Tollheiten im Süden haben die Gemüter sehr abgekühlt. Ich zweifle gar nicht daran, daß man hier nach dem oktroyierten Wahlgesetze wählen wird. Es wird erst einiges Geschrei geben und damit gut sein. An der Verfassung ist manches zu tadeln, und ich sollte meinen, daß wir dem Fürstenkollegio dies ausgedehnte Veto, welches ihm zugedacht wird, wohl nicht zugestehen dürften. Die Matrikularbeiträge möchten in der Praxis sich nicht so schädlich zeigen, wie es in der Theorie aussieht. Im Süden wird es aber gewiß noch allerlei Spektakel geben, darauf müssen wir gefaßt sein, und ich fürchte überhaupt, daß für Preußen noch viele Schwierigkeiten von Bayern und Österreich gemacht werden. Doch hat Preußen jetzt einmal seine Ehre eingesetzt, die es lösen muß. Am Ende wird die Sache noch besser, als wir gefürchtet haben.

Ich bin seit einigen Tagen wieder in meine alten Geschäfte eingetreten und finde die alte Erfahrung bestätigt, daß tüchtige Arbeit das beste Heilmittel für Kummer und Sorgen ist. Das verflossene Jahr liegt wie ein Traum hinter mir. Wir dürfen aber doch immer hoffen, daß mancher unserer Träume zur schönen Wirklichkeit werden und unsere Mühen nicht ganz verloren seien."

66. Langerfeldt-Wolfenbüttel (2. Juli) dankt für die Gothaer Tage; wünscht den Brief von Zerzog. „Die Tage in Gotha werden mir unvergeßlich bleiben und stets zu meinen schönsten Erinnerungen zählen. Hier sind alle verständigen Leute mit unserm Verfahren einverstanden, es gibt aber auch unverständige, die mit dem Kopfe durch die Wand rennen möchten. Da aber Wände das Eigentümliche zu haben pflegen, daß sie härter sind als der Kopf, so werden die Wände auch wohl stehen bleiben.

Hoffentlich sind die Regierungen nun schnell dahinter her, den Reichstag zustande zu bringen, sonst möchten doch noch allerlei Dummheiten passieren und noch schlimmere Dinge."

67. Lette-Berlin (30. Juni). Zustimmung zu der Erklärung. „Engherziger Weise wurde mir der Urlaub versagt, den ich auf einige Tage ganz allgemein erbeten hatte."

68. Leue-Salzwedel (16. Juni). Anmeldung.

69. Liebmann-Meiningen (ohne Datum) dankt für die Aufnahme in Gotha.

70. von Lindenau-Altenburg (22. August) ist nicht in Gotha gewesen; hat keine Hoffnung auf Deutschlands Zukunft:

„Das beschämende Gefühl deutscher Zerrissenheit, Zerfahrenheit, Unwürdigkeit ist mir nie so drückend wie jetzt gewesen, und ich habe die Protokolle der Paulskirche aus meiner Nähe entfernen lassen, um nicht daran erinnert zu werden, wie reich wir an Worten, wie arm an Taten sind."

71. H. Loew-Posen [z. Z. Bad Liebenstein] (23. Juni). Anmeldung.

72. von Maltzahn-Küstrin (26. August). „Daß ich gern zur Gothaer Konferenz gekommen wäre, können Sie wohl denken, doch wurde mir der Urlaub versagt. Ich bin aber mit den dort gefaßten Beschlüssen, wie ich hiermit ausdrücklich erkläre, einverstanden und trete ihnen nachträglich bei. . . . . Hier ist die Stimmung freilich sehr stark preußisch, wenigstens in der großen Menge, die aber wie das Rohr im Winde schwankt und urplötzlich umschlägt, wenn der Wind von Berlin her anhaltend und westlich deutsch weht, wie es ja den Anschein hat."

73. Mann jr.-Rostock (21. Juni). Anmeldung.

74. Mathy-Frankfurt a. M. (1. August 49). „Ihre verschiedenen Briefe und Sendungen habe ich erhalten und bedauere, daß sich die Antwort so lange verzögert. Ich wünschte, Ihnen Resultate unserer Tätigkeit melden [zu können], aber wo sollen diese bei der fast allgemeinen Ratlosigkeit herkommen?

Wir mußten uns daher auf Vorstehendes beschränken und hoffen dadurch Material zu Weiterem zu erhalten.

Die fatalen Verträge zwischen Dänemark und Preußen haben unsere Aufgabe, für den Beitritt zu dem Berliner Entwurfe und das Zustandekommen des Reichstags zu wirken, erschwert. Preußen versteht es meisterhaft, Deutschland und seine eigene Sache zu verderben. Und doch kommen wir ohne Preußen zu keinem Ziele. Alle Augen sind jetzt auf die Berliner Kammer erwartungsvoll gerichtet. Versteht sie es, eine feste Mehrheit für ein wahrhaft konstitutionelles System zu bringen, der Krone Elemente für ein konstitutionelles Ministerium darzubieten, in der deutschen Sache eine entschiedene Richtung zur Durchführung des Entwurfs vom 28. Mai einzuhalten, so haben wir Hoffnung, den Reichstag im Oktober zu erleben. Zeigt sie sich aber so unfähig, wie ihre Vorgänger, so weiß ich nicht, was aus der allgemeinen Verwirrung anders werden soll als zunächst der alte Bundestag und dann eine zweite Revolution. Deutschland ginge dann zu Grunde." (Der Rest des Briefes bezieht sich auf die „Deutsche Zeitung".)

75. Mathy-Frankfurt a. M. an Becker (21. August). „Verehrter

Freund! Ihre Zuschrift von vorgestern schleunig zu beantworten, benutze ich eine erwünschte Gelegenheit.

H. Baumgarten von Braunschweig wird Ihnen auf seiner Heimreise diese Zeilen überbringen. Der Verfasser der Denkschrift des Vaterländischen Vereins zu Braunschweig an die Versammlung zu Gotha ist Ihnen als geistvoller und eifriger Kämpfer für die deutsche Sache bekannt. Er wird mit Ihnen über seinen Wunsch sprechen, einen Mitarbeiter aus Thüringen für die Reichszeitung zu finden, und ich zweifle nicht, daß Sie mit Ihrer Erfahrung ihm an die Hand gehen werden. Lassen Sie sich diesen tüchtigen jungen Mann bestens empfohlen sein.

Den Brief Ihrer Tochter und die Blätter an die Freunde habe ich sogleich bestellen lassen und danke Ihnen im Namen des Ausschusses verbindlichst für die Beantwortung des Rundschreibens.

Von allen Seiten wird über Abspannung und Erschlaffung geklagt, und werden Schwierigkeiten aufgezählt, welche sich dem Werke der Einigung entgegenstellen. Zum Glücke steht eine bessere Wendung vor der Türe, und bald wird neues Leben in unsere Partei kommen.

Daß es Preußen ernst ist, den Bundesstaat auf dem mit Hannover und Sachsen betretenen Weg zustande zu bringen, kann ebensowenig mehr bezweifelt werden, als daß die Regierung dabei auf die Unterstützung der Kammern rechnen darf. Der Verwaltungsrat wird nächstens im Besitze einer hinreichenden Zahl von Beitrittserklärungen sein, um den Reichstag ausschreiben zu können. Dann hat die Nation wieder ein nächstliegendes Ziel, auf welches loszusteuern ist, und die Wahlen bringen eine wohltätige Bewegung. Die Säumigen werden sich nicht länger fernhalten können, unsere Partei wird auch in Württemberg zu Kräften kommen, selbst in Bayern einen tüchtigen Anlauf nehmen, wo überall vorgearbeitet ist.

Hat der Reichstag politischen Verstand genug, um ohne Zeitverlust das Gebotene zu nehmen, so werden die Hoffnungen der Gegner wie der falschen Freunde zu Schanden, das Einigungswerk zustande gebracht werden.

Wohl kann das Schiff an mancher Klippe scheitern, und wir sind vielleicht dem Hafen nicht so nahe. Aber wo ist die Politik, welche ihrer Resultate sicher wäre, und wo gibt es eine besser begründete Zuversicht als die unsrige, die auf der allgemein erkannten Notwendigkeit der bundesstaatlichen Einigung beruht?

Die nächste Klippe sind die Wahlen zu der Ständeversammlung in Hannover. Dort wollen sie an der Reichsverfassung vom 28. März festhalten. Bekommen sie dadurch die Reichsverfassung? O nein; sie

bekommen gar nichts, sie arbeiten Herrn Stüve in die Hände, der nichts sehnlicher wünscht als eine solche Gelegenheit, um sich von dem Bündnisse vom 26. und dem Entwurf vom 28. Mai wieder loszuschrauben. Was haben denn die Stände für einen Trost als Schadloshaltung für das Scheitern des Bundesstaates? Das erhebende Bewußtsein, an der Reichsverfassung festgehalten zu haben! Mit solcher Dummheit zu kämpfen, ist bekanntlich den Göttern selbst nicht angenehm. Inzwischen ist gegenwärtig nichts Besseres zu tun, als den Hannoveranern Vernunft zu predigen. Bis zum Zusammentritt der Stände wird die Sache hoffentlich weit genug gediehen sein, um selbst Querköpfen wie Freudentheil von ihrem Holzweg auf einen besseren zu helfen.

Was die „Deutsche Zeitung" betrifft, so muß der Ausschuß suchen, dieselbe nach der in Gotha getroffenen Verabredung als Zentralorgan unserer Partei zu benutzen. Dies geschieht jetzt. Gagern und ich liefern die Aufsätze, welche unsere Politik in der deutschen Verfassungsfrage verteidigen und die Gegner bekämpfen. Den Stoff nehmen wir aus zuverlässigen Mitteilungen von unseren Freunden, und das Tatsächliche, was wir anführen, steht auf festem Boden. Als Gegenleistung dafür, daß uns das Blatt zur Verfügung steht, decken wir vorschußweise die monatliche Einbuße aus den durch Aktienzeichnungen beschafften Mitteln. Daß diese Vorschüsse abnehmen, aufhören und erstattet werden, erwarten wir von der Teilnahme der Partei an dem Blatte. Wenn die Partei nicht einmal ein Zentralorgan auf die Beine bringen kann, so verdient sie nicht zu leben. Es ist ihre Schuldigkeit, der „Deutschen Zeitung" durch Bestellungen, Inserate, Mitteilungen usw. zu Hilfe zu kommen, jeder in seinem Kreise und nach seinen Kräften. Von den befreundeten Blättern aber erwarten wir, daß sie die von dem Ausschuß ausgehenden und mit α bezeichneten Artikel, wenn nicht aufnehmen, doch benutzen, um die darin niedergelegten Gedanken für ihren Leserkreis zu verarbeiten.

Ihnen, verehrter Freund, gebührt die volle Anerkennung und der Dank unserer Partei für die treffliche Unterstützung der gemeinschaftlichen Sache in Ihrem Reichsanzeiger. Ich werde dessen in einem Artikel gedenken, der in diesen Tagen über das Verhalten der kleineren Staaten in der deutschen Verfassungsfrage erscheinen wird!

Ich bin auch weit entfernt, von Ihnen Artikel für die „Deutsche Zeitung" zu verlangen, bitte aber um Zusendung der Nummern des Reichsanzeigers, in welchem Artikel enthalten sind, die auf unser Hauptziel lossteuern.

Mit einem Kapital von 10—12000 Tlr. ein neues Blatt zu gründen, halte ich nicht für ratsam. Das Kapital würde aufgezehrt

sein, bevor das Blatt einen Leserkreis gefunden hätte, welcher nur halb so groß wäre, als jener der „Deutschen Zeitung". — Diese ist kein sinkendes, sondern ein steigendes Unternehmen; sie hat über 2100 Abonnenten, welche über alle Teile Deutschlands verbreitet sind; ihre Artikel werden beachtet und in eine Menge anderer Blätter aufgenommen. Wir sind beschäftigt, eine bessere ökonomische Wirtschaft einzuführen, und es bedarf nur einiger Unterstützung vonseiten der Partei, um sie fest zu begründen.

Unser Ausschuß ist gegenwärtig nach allen Winden zerstreut. Hergenhahn ist im Seebad zu Ostende; Gagern auf seinem Gut zu Moosheim, nachdem er vor einigen Tagen ein Söhnlein (Ernst) hatte taufen lassen; Reh habe ich gesucht, aber noch nicht gefunden; Max Gagern treibt in Wiesbaden und Hornau sein Wesen. Somit liegt die Korrespondenz und die publizistische Tätigkeit dermalen allein auf meinen schwachen Schultern, und mit diesem Umstande bitte ich auch die Flüchtigkeit meines Schreibens zu entschuldigen."

76. Marcks-Duisburg (22. Juni). „Um . . . teilnehmen zu können, habe ich mich sofort an den Präsidenten des Appellationsgerichts zu Hamm und nach dessen abschläglicher Bescheidung an das Justizministerium um Urlaub gewendet, bin jedoch auch von diesem abschläglich beschieden worden. . . . . Damit mein Ausbleiben nicht etwa anderen Motiven zugeschrieben werde, erlaube ich mir, an Sie die ergebenste Bitte zu richten, von dieser meiner Mitteilung geeigneten Falles Gebrauch zu machen."

77. Marcks-Duisburg (6. Juli). „Unbedingte Zustimmung" zu der Erklärung.

78. Matthies-Greifswald (16. Juni). Anmeldung.

79. Merkel-Hannover (21. Juni). Anmeldung.

80. H. H. Meier-Bremen (28. Juni). Anmeldung.

81. Michelsen-Jena [z. Z. Aschersleben] (14. Juni). Anmeldung.

82. R. von Mohl-Mehlem b. Bonn (13. Juni). Anmeldung.

83. von Mylius-Jülich (13. Juni). Anmeldung.

84. Nerreter-Fraustadt i. P. (15. Juni). Anmeldung.

85. Nizze-Stralsund (20. Juni). „Sehr schmerzt es mich, auf meine Hinreise verzichten zu müssen, da meine amtlichen Verhältnisse mir diese Entsagung gebieterisch auferlegen. Beseler und Matthies aus Greifswald werden kommen, und hierbei kann ich mich insofern beruhigen, als beide die hiesigen Zustände vollständig kennen. Es gibt auch bei uns noch eine demokratische Partei, allein sie ist verhältnismäßig schwach geworden, wogegen die royalistische sich sehr verstärkt hat. Leider ist

die letztere zugleich sehr engherzig und kann sich auf den wahrhaft deutschen Standpunkt nicht erheben. Diese Lage der Sache macht uns heimgekehrten Frankfurtern manche Not, denn anfangs zumal hielt man uns beinahe für verlorene Söhne, und ich wenigstens habe mich fast heiser reden müssen, um die hyperboräischen Gedanken meiner lieben Heimatsleute nur etwas zu erschüttern."

86. Nizze-Stralsund (4. Juli) hat inzwischen Kunde erhalten von den Schwierigkeiten, die sich ergeben hätten, wenn man in das Materielle des dargebotenen Verfassungsentwurfs hätte eingehen wollen. . . . „Der wahrhafte Freund des Vaterlandes konnte kein glücklicheres Resultat wünschen, als das, zu welchem die Gothaer Versammlung wirklich gekommen ist. Ich vertraue ruhig dem Urteil der Geschichte über das, was wir in Frankfurt erstrebt haben, und wenn irgend etwas geeignet ist, schon jetzt selbst Befangenen die Augen zu öffnen über den patriotischen Sinn jenes Kerns der Nationalversammlung, welcher in seinem Zentrum repräsentiert wurde, so ist es eben diese Gothaer Versammlung. Mit voller Überzeugung und mit der Resignation, welche nun einmal durch die Umstände geboten ist, schließe ich mich den Ansichten an, welche als dasiges Programm bekannt geworden sind" (erklärt seinen Beitritt zu diesem Programm).

87. Ostendorf-Soest (8. Juli) wünscht v. Zerzogs Brief für die erbkaiserliche deutsche Reichszeitung in Braunschweig, da Zerzogs Briefe in Norddeutschland sehr gefallen.

88. Pinckert-Zeitz (23. Juni). „Da die mir gewordene Aufforderung, in Gotha zu erscheinen, nicht von den Herren Dahlmann, von Gagern und Genossen, sondern von den Herren Zell aus Trier, Becker dahier, Cetto und Jucho herrührt, so ziehe ich infolge der am 18. von den Herren Dahlmann und Genossen erlassenen Bekanntmachung meine frühere Mitteilung zurück und bitte Sie um Entschuldigung, wenn Ihnen dadurch Mühen verursacht worden sein sollten."

89. Plathner-Halberstadt [z. Z. Kissingen] (12. Juni). Anmeldung.

90. Plaß-Stade (17. Juni). Anmeldung.

91. Quante-Ullstadt i. Bayern an Langerfeldt (25. Juni) bedauert sehr, daß die Umstände ihn verhindern zu kommen. „Möge die Vorsehung jedes Unternehmen segnen, welches darauf berechnet ist, der jammervollen Lage unseres armen Vaterlandes zu steuern."

92. von Quintus-Fallingbostel i. Hann. (15. Juni). Anmeldung.

93. Rahm-Stettin (16. Juni). Anmeldung.

94. F. von Raumer-Berlin [z. Z. Frankfurt a. M.] (17. Juni). Anmeldung.

95. H. von Raumer-Dinkelsbühl [z. Z. Freiwilliger im 1. schleswig-holsteinischen Jägerkorps Ballegaard vor Fridericia] (16. Juni). Anmeldung, „wenn nicht eine vis major, z. B. Bomben-, Kartätschen-, Spitzkugel u. dgl. mich hindert."

96. Röben-Norden (17. Juni). Anmeldung.

97. Röder-Neustettin (5. Juli). „Indem ich aufrichtig bedaure, daß ich verhindert war, an dieser patriotischen Versammlung persönlich teilzunehmen, erkläre ich hiermit gleichzeitig, daß ich in den von derselben gefaßten Beschlüssen den Ausdruck meiner innigsten Überzeugung wiedergefunden habe."

98. Roß-Hamburg (14. Juni). Anmeldung.

99. Rößler-Wien [z. Z. Gießen] (18. Juni) möchte mit seinem Freunde Makowitschka als Gast an der Tagung der Gesinnungsgenossen in Gotha teilnehmen.

100. Rüder-Oldenburg (30. Januar 50). „. . . Ich kranke mit allen unseren Freunden an den elenden öffentlichen Zuständen, außerdem aber noch körperlich. . . . Nach Gotha kam ich nicht aus Mutlosigkeit und allerlei persönlichen Verwicklungen. Meine Beitrittserklärung sandte ich nicht ein, weil ich mich für ein kleines Licht hielt. Ich habe aber hier nach Kräften im Sinne der Partei gearbeitet."

101. Scheller-Frankfurt a. O. (20. Juni) ist außerstande zu kommen, „da mir ein Urlaub zu einer Reise nach Gotha verweigert worden ist. Möge Ihre Zusammenkunft in Gotha von heilbringenden Folgen für unser jetzt so sehr zerrissenes und verworrenes Vaterland sein."

102. Scheller-Frankfurt a. O. (16. Juli). . . . . „Ich sehe auch jetzt nur in dunkle Wolken, welche die Zukunft verhüllen und ihre furchtbaren Donnerschläge und zermalmenden Blitze, die uns alle, nicht bloß die Gutdeutschen, sondern auch die Reaktionäre und Demokraten bis in die feinsten Nerven hinein erschüttern und unser Sein zermalmen werden. Nur auf den lieben Gott kann ich noch Hoffnung bauen; hilft er nicht, so kommt die Entladung jener ominösen Wolken unfehlbar über uns. Glauben Sie nicht, daß ich nun bei solchen Ansichten und Ahnungen mutlos sei; o nein, sondern ich gehe mit Resignation der Zukunft entgegen und tue und werde tun, was an mir ist, um jenem drohenden Unglücke zu entgehen und auch von unserem Vaterlande dasselbe abzuwenden. Wie es in Preußen getrieben wird, wissen Sie; wir Preußen werden mit unseren Bajonetten in diesem Jahre noch in ganz Deutschland alles ruhig machen; aber ich fürchte, beruhigt wird dadurch Deutschland nicht. Im Stillen wird's vielmehr umso gewaltiger fortgären und dann endlich über kurz oder lang (ich glaube, in ein oder

zwei Jahren) furchtbar losbrechen. Die lange Reihe unserer oktroyierten Gesetze ist nicht dazu angetan, eine solche Gärung zu mindern, wenn auch jetzt die allgemeine Apathie alles ruhig erscheinen läßt. Die große Mehrzahl des Volkes ist in der Tat noch unpolitischer, als man denken sollte; aber die Wühler werden schon sorgen, daß die Masse politisch aufgeklärt werde; je weniger einsichtsvoll die große Masse dann ist, um so leichteres Spiel haben die Wühler. Die politischen Ansichten der Berliner und hiesigen Bürger kann ich Ihnen nicht besser mit wenigen Worten schildern, als wenn ich sage, daß ich, wenn mich nicht alle Wahrnehmung täuscht, so ziemlich für einen Demokraten von sehr, sehr vielen gehalten werde und in der ersten Kammer mich zu der äußersten Linken rechnen muß. Ich, der seine Ansichten auch nicht im geringsten geändert hat, und der in Frankfurt a. M. bei vielen für einen Erzstockpreußen galt! — Sapienti sat. —

Recht sehr hatte ich mich darauf gefreut, am 26. v. M. Sie und Ihre geehrte Familie einmal wiederzusehen und mit Gleichgesinnten austauschen zu können, aber mein vorgesetzter Herr Minister hat es anders gewollt. Mein Antwortschreiben an die Herren Dahlmann, von Gagern und Genossen ist doch von Herrn Veit dort abgegeben? Zerzogs Brief hat mir ordentlich wohlgetan, sowie ich Ihren Reichsanzeiger mit Hochachtung begrüße. Was ist denn nun geschehen, um unsere Partei in Verbindung zu erhalten? Ewig schade wäre es, wenn diese Partei, die es so gut und ehrlich mit Deutschland meinte, so ganz auseinanderstieben sollte."

103. Schick-Weißensee (15. Juni). Anmeldung.

104. Schick [z. Z. Suhl] (20. Juni) betr. Unterkunft.

105. Schierenberg-Detmold [z. Z. Berlin] (19. Juni). Anmeldung.

106. von Schleußing-Rastenburg [z. Z. Lübben] (23. Juni) muß ablehnen, „indem das Schreiben durch den genommenen Umweg über Rastenburg so spät in meine Hände gelangt ist, daß ich mir den dazu notwendigen Urlaub nach Gotha nicht habe auswirken können."

107. Schneitler-Berlin, Redakteur der lithographierten Korrespondenz (15. Juni) bittet um Zulassung als Korrespondent.

108. Schneer-Breslau (8. Juni). Anmeldung.

109. Schorn-Essen (18. Juni). Anmeldung. „Sollte mir, was ich nicht voraussetze, der zur Beiwohnung jener Versammlung von der preußischen Landwehrbehörde erbetene Urlaub abgeschlagen . . . . werden, so werde ich Sie alsdann näher benachrichtigen."

110. Schrader-Brandenburg (20. Juni). Anmeldung.

111. Schultze-Potsdam (24. Juni) schreibt ab. Urlaub verweigert.

„Ich bitte Sie dringend, die versammelten Herren Kollegen davon in Kenntnis zu setzen, damit meinem Ausbleiben keine Gründe untergeschoben werden, die nicht bestehen. Übrigens ist die Verweigerung des Urlaubs lediglich auf mein augenblickliches Verhältnis zur Landwehr gestützt, in welchem ich als Hauptmann und Kompagniechef in dem auf den Kriegsfuß gesetzten und mobilgemachten 1. Bataillon des 24. Landwehrregiments leicht unentbehrlicher erscheinen mag."

112. Schultze-Potsdam [z. Z. Badingen] (12. Juli) teilt mit, daß er inzwischen ins Feld gerückt ist.

113. Schwarzenberg-Kassel (19. Juni). Anmeldung. .... „Den massenhaften Austritt so vieler tüchtiger Männer aus der Nationalversammlung, die die Verkümmerung der Wirksamkeit der letzteren und deren mutmaßliche baldige Auflösung zur Folge haben mußte, habe ich zu seiner Zeit sehr beklagt und für einen der größten politischen Fehler gehalten. Geschehenes ist nicht ungeschehen zu machen, und ich wünsche jetzt wenigstens, daß die kräftigsten und geeignetsten Mittel gewählt werden, um Deutschlands Einheit und Freiheit zu fördern.

Der Ehre der deutschen Nation darf nichts vergeben werden. Dieses würde geschehen, wenn in irgend einem deutschen Staat nach dem von Preußen oktroyierten Wahlgesetz, welches, wenn die Ständeversammlungen darüber befragt werden, in jeder nach der Reihe durchfallen wird, gewählt und so ein Gebot der unbeschränkten Fürstengewalt an die Stelle des erklärten Willens der deutschen Nation gesetzt würde. Ebensowenig könnten die bedenklichen Bestimmungen des preußischen Entwurfs über ein Fürstenkollegium mit absolutem Veto, über den abscheulichen Artikel, welche der Preßfreiheit alle in der Reichsverfassung gegebenen Garantieen entzieht, und über den Belagerungszustand, der es jeder Regierung freistellt, die Verfassung beliebig außer Wirksamkeit zu setzen, beibehalten werden. Alle deutschen Staaten müssen nach dem Reichsgesetz neu wählen und will sich diesem Preußen nicht fügen, so mag es wenigstens von seinem Standpunkte aus mit dem durch die übrigen deutschen Staaten zu begründenden neuen Reichstag unterhandeln."

114. Siehr-Gumbinnen (21. Juni). „Der Ruf von Dahlmann, Francke und von übrigen verehrten Männern zu einer Zusammenkunft dort in Gotha hat mich, der ich kaum begonnen hatte, nach den Frankfurter Erlebnissen und Eindrücken die Muße ruhiger aufzunehmen, in große Bewegung gesetzt; denn daß eine Aussprache der vormaligen Frankfurter Majorität, durch welche die politische Vernunft in der Nationalversammlung repräsentiert wurde, in dem jetzigen politischen Wirrsal einen mächtigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben wird, ist

wohl unzweifelhaft. Und desto wirksamer müßte dieser Einfluß sein, je mehr von allen deutschen Volksstämmen und aus allen Gegenden Deutschlands sich vormalige Mitglieder der Zentren dort einmütig zusammenfinden. Sie trauen mir zu, daß ich's um die deutsche Sache, fern von engherzigem Partikularismus, redlich meinte! Kennen meine dem festen Bundesstaate mit erblicher Spitze, absolutem Veto, Reichsrat und modifiziertem Wahlrechte zugewendete Ansicht. Die erste Lesung war der Ausdruck derselben. Nun gibt der preußisch-sächsisch-hannoversche Entwurf im wesentlichen jene erste Lesung wieder; manches, was anders zu wünschen wäre, muß unter den jetzigen Umständen hingenommen werden, wie wir in der zweiten Lesung der Reichsverfassung schmerzliche Opfer brachten, um das Ganze zu retten!

So — meine ich — wird sich auch wohl die dortige Versammlung aussprechen und Heil, Heil — wenn sie's dahin bringt, daß die beiden deutschen Staatengruppen sich vereinigen, um auf einem von allen Staaten (exkl. Österreich) zu berufenden Reichstage die Preußische Verfassungsvorlage zur Feststellung zu bringen!"

(Kann mit Rücksicht auf sein Amt nicht kommen, kann sich nicht schon wieder auf einige Wochen entfernen.) .....

„Was ich oben schrieb, ist hier, wo der preußische Konservativismus, vereint mit Anhänglichkeit für Deutschlands Einheit, dominiert, die Ansicht und der Wunsch aller, die ich gesprochen habe. Möchte Gotha es beschieden sein, die Verständigung in der deutschen Sache zu vermitteln!! Wie gerne möchte ich dabei dort unmittelbar mitwirken!"

115. von Selasinsky-Berlin (5. Juli). Seine Überzeugung ist, „Deutschlands Zukunft könne nur durch das Eingehen auf den Verfassungs-Entwurf von Preußen, Sachsen und Hannover heilbringend gefördert werden." Gibt nachträglich sein Einverständnis zu der Erklärung.

„Wenn ich auch mit einigen Sätzen der Motivierung des Programms jener Versammlung, namentlich des Anfangs des Passus über die Stellung der Nationalversammlung, nicht einverstanden bin, da ich fortwährend für Vereinbarung mit den Regierungen gestimmt habe, so hält mich diese Meinungsverschiedenheit doch nicht ab, mich den Beschlüssen jener Versammlung ad I und II unumwunden anzuschließen und dies Ihnen anzuzeigen" (er überläßt es B., die Zustimmung ad I und II zu veröffentlichen, wenn es nötig oder wünschenswert erscheint).

116. Siemens-Hannover (15. Juni). Anmeldung.

117. von Stavenhagen-Berlin [z. Z. Frankfurt] (13. Juni). Anmeldung.

118. Steindorff-Schleswig (16. Juni). Anmeldung.

119. Stenzel-Breslau (23. Juni). Familienverhältnisse zwingen ihn

abzuschreiben, bedauert sehr, hofft auf eine mittlere Linie zwischen den Entwürfen vom 28. März und 28. Mai 1849.

„Am besten sollte man jeden Staat wählen lassen, wie er will."

120. Stenzel-Breslau (18. Juni). Anmeldung.

121. Sturm-Sorau/L. (22. Juni). Urlaub verweigert von seinem Kammergerichtspräsidenten! „Indem ich unserer großen Sache den besten Erfolg wünsche, bitte ich Sie, der Versammlung den Grund meines Nichterscheinens mitzuteilen. Von der Stimmung meiner hiesigen Heimat, soweit ich sie bis jetzt vernommen, kann ich leider nicht viel Erfreuliches melden: Die konservative Partei ist bis auf die äußerste Rechte zurückgegangen und anscheinend in einer sehr großen Majorität selbst bei dieser übertriebenen Richtung. Über die deutsche Sache sind die Begriffe ganz verwirrt, und man betrachtet unsere Verfassung als das ausschließliche Werk der linken Seite. Wenn ich mich nicht irre, so werden aber die Ereignisse meine Bemühungen um die Berichtigung dieses Irrtums unterstützen. Was ich hier gesagt habe, bezieht sich indessen nur auf die Stimmung der sogenannten Honoratioren. Unter der Bürgerschaft habe ich persönlich eine sehr gute Aufnahme und verhältnismäßig weit mehr Teilnahme für meine Ansicht gefunden. Über die Stimmung des Landes habe ich noch keine Erfahrung gemacht. Für die Wahlen zu den preußischen Kammern zeigt sich bis jetzt sehr wenig Teilnahme; ich muß aber bemerken, daß ich die Nichtbeteiligung bei der Wahl für ein ganz verfehltes Mittel des passiven Widerstandes halte."

122. Tellkampf-Breslau (23. Juni). „Es tut mir unendlich leid, daß ich mich vergeblich bemüht habe, Urlaub zu erhalten."

123. Thöl-Rostock (3. Juli). Beitritt zur Erklärung.

124. Versen-Nieheim Westf. (17. Juni). Anmeldung.

125. Veit-Berlin (16. Juni). Anmeldung. „Ich habe nicht das geringste Verdienst dabei, wenn ich den Unbehaglichkeiten entfliehe, die mich hier von allen Seiten umgeben und sehr niederdrücken; ich bin dankbar für den Vorwand und doppelt dankbar für die frohe Aussicht, mich nach so kurzer Zeit wieder in dem Kreise trefflicher Männer zu finden, nach dem ein Stachel der Sehnsucht zurückbleiben wird, solange wir leben.

. . . Ich halte es für die Pflicht der Berliner (Abgeordneten), mit der preußischen Regierung sich ins Einvernehmen zu setzen und über das Maß der Zugeständnisse, die man sich von dorther versprechen darf, möglichst sichere Nachrichten nach Gotha mitzubringen, wo wir, nach meiner Ansicht, nichts beschließen dürfen, als was wir durchzubringen die gewisse Aussicht haben."

126. von Vincke-Hagen [z. Z. Oſtenwalde b. Melle] (19. Juni). Anmeldung.

127. Wachsmuth-Hannover (15. Juni). Anmeldung.

128. Wagner-Jaſtrow (4. Juli). Zuſtimmung zu der Erklärung.

129. Waitz-Göttingen (15. Juni). „Wir ſollen ja noch einmal in der freilich abgelegten Eigenſchaft unſerer Kollegialität zuſammenkommen. Ich gehöre freilich an und für ſich zu denen, von welchen die „Deutſche Zeitung“ ſagt, ſie würden meinen: die Sache wird ohne mich gerade ſo gut werden, als wenn ich dabei wäre, und man könnte ſelbſt hinzufügen: vielleicht beſſer. Denn wie die Dinge nun ſind, iſt es leichter verdorben als gut machen. Doch denke ich wieder, wenn die Göttinger, die nahe ſind, nicht kommen, was ſoll man dann den Ferneren zumuten und ſo habe ich den Entſchluß gefaßt, wenn nicht unvermutete Dinge dazwiſchen treten, den 26. bei Ihnen zu ſein. Gott gebe, daß wir dem Vaterlande noch etwas helfen können!“

130. Waldmann-Heiligenſtadt (24. Juni). „Zu meinem ſchmerzlichen Bedauern verhindert teilzunehmen.“

131. v. Wedemeyer-Schönrade (25. Juni) 1849. (Vgl. Nr. 143). „Erlauben Sie, daß ich, in Gotha zu erſcheinen verhindert, Ihre perſönliche Bekanntſchaft zu einigen Mitteilungen benutze, von welchen Sie den Ihnen paßlich erſcheinenden Gebrauch machen wollen.

. . . . . .

Darum war es ein ungeheurer Fehler, daß H. v. Gagern bei ſeinem erſten Auftreten in der Nationalverſammlung die Volksſouveränität für dieſe in Anſpruch nahm, damit die meiſten Köpfe verdrehte und den Boden der konſtitutionellen Monarchie verließ — gewiß nicht abſichtlich, aber doch tatſächlich und nach der Auslegung der Linken. Dieſe unrichtige Stellung hat alle ferneren Fehlgriffe mitſamt der eingebildeten Endgültigkeit zur Folge gehabt.

Nun bitte ich Sie, aus allen Kräften dahin zu wirken, daß die Verfaſſung der drei Königreiche nebſt Wahlgeſetz dankbare Anerkennung findet. Denn wir treue Preußen aller Stände ſind der Meinung, daß in dieſer Verfaſſung Preußen der gütlichen deutſchen Einigung die größtmöglichen Opfer gebracht. Jede unbegründete Makelei würde uns empören und dem Abſolutismus direkt in die Hände arbeiten; denn die Stimmung über die Volkskammern iſt hier ſo, daß es ſchwer halten wird, die bevorſtehenden Wahlen zuſtande zu bringen, weil das Landvolk (der treue Kern) von Volkskammern überhaupt nichts mehr hören mag. Bei uns aber iſt deutſches Ehrgefühl, Ordnungsſinn und Aufopferungsfähigkeit zuhauſe, und man kann ſich darauf verlaſſen, daß, wenn der König, der

vielen Worte müde, beschlösse, die Entscheidung dem Schwerte anzuvertrauen, eine wohlexerzierte, wohlgerüstete, von kriegerischem Ehrgefühl begeisterte männliche Bevölkerung von 20—45 Jahren ausrücken würde, genug, um es mit der ganzen Welt aufzunehmen."

132. Weißenborn-Eisenach (13. Juli) bittet um den Brief von Zerzog.

133. Wichmann-Stendal (13. Juni). Anmeldung.

134. Wiethaus-Wipperfürth i. Westf. (20. Juni). Anmeldung.

135. Wippermann-Kassel (22. Juni). Anmeldung.

136. Wippermann (24. Juni). Absage.

137. von Wydenbrugk-Weimar (23. Juni). Anmeldung. „Unser Erbgroßherzog beklagt es lebhaft, daß er durch seine Schleswigsche Expedition an der Ausführung seines Vorsatzes, nach Frankfurt zu gehen und einer Sitzung der Nationalversammlung beizuwohnen, verhindert worden ist, und möchte nun sehr gern von irgend einem Platze aus, etwa einer Seitenloge, die Gothaische Versammlung auf kurze Zeit sehen und hören können, besonders um einige der Männer näher kennen zu lernen, für die er sich sehr interessiert." Bittet um baldige Antwort.

138. Wydenbrugk-Weimar (13. Juni). Anmeldung.

139. v. Zerzog-Regensburg [z. Z. Rosenheim] (18. Juni): . . . . . „Die Zitation der Erbkaiserlichen erhielt ich auf dem Wege nach den Bergen Tirols, an denen ich mein Frankfurtmüdes Herz erquicken will, und die ich immer mit reaktionärer Schadenfreude ansehe und dabei denke: „Die müßt Ihr mir doch stehen lassen, Ihr Narren und Schlingel!" Wüßte ich einen Rat, und vielleicht gar einen guten, so lief ich barfuß von dem äußersten Markstein der Schöpfung bis nach Gotha und noch weiter, um ihn gehörigen Ortes anzubringen. Ich verspüre aber davon noch gar keine Spur, und soll ich 150 Stunden weit nach der traurigen Erfahrung reisen, daß Ihr auch nichts wißt? — Kommt der heilige Geist über Euch und über die Preußen, so wird's auch ohne mich der Fall sein, und wird mich unendlich freuen dazu. Ich kann Euch am Ende nichts sagen, als was die Leute über der Donau und hinter den Bergen (wo bekanntlich auch welche wohnen) sagen und meinen und tun und glauben und nicht glauben. Das kann ich aber alles schriftlich viel kürzer, deutlicher und ersprießlicher als mündlich; und wenn ich dabei um den Anblick Eurer guten alten erbkaiserlichen Dick- und Querköpfe komme, so ist das ja mein Privatschaden. . . . .

Ich rede natürlich nur vom eigentlichen Altbayern und habe bis jetzt keine Städte gesprochen als Regensburg und München. Vor allem habe ich zu bemerken, daß es da wie überall dumme und gescheite

Menschen gibt, und daß die dummen oft gescheit reden und die gescheitesten häufig die dümmsten Einfälle haben.

Punkto Reichsverfassung sind die, welche sie mit unabhängigem Verstande, unbeirrt durch Gespensterseherei von Freizügigkeit, Gewerb- und Handelsfreiheit, finanziellen und merkantilen Nachteilen, durch preußische Anti- und österreichische Sympathieen, durch Wahlgesetz und Grundrechte, ansehen und für unbedingt annehmbar halten, nicht so entsetzlich in der Minderzahl, als man glauben sollte. Sie sind aber weder in der Umgebung des Königs noch im Ministerium noch im Staatsrat noch überhaupt in Stellungen, die ihrer Meinung eine Bedeutung geben könnten; sie werden von der Presse gar nicht oder doch sehr ungeschickt unterstützt, haben mächtige Gegner in der Geistlichkeit, der Aristokratie und den Beamten und keinen Anklang in den Massen. — Die Kammer ist, nach meiner Meinung, an allgemeiner Schwäche verschieden. Ich war zufällig bei ihrer Auflösung und bemerkte weder bei den Mitgliedern noch bei dem Publikum eine andere Bewegung als nach der Türe. Die meisten machten ganz fidele Gesichter, wie man sie bemerkt, wenn Leute aus einer recht ennuyanten Visite glücklich entwischt sind. Die Rechte waren natürlich ohnedies froh und die Linken noch mehr, da sie sich verrannt und verhaspelt hatten und nun nach gewöhnlicher Manier recht renommieren können: „wie sie doch eigentlich Hauptkerle seien!", was sie natürlich in den Zeitungen viel bündiger beweisen können als auf ihren Plätzen. Im Volke, das von ihnen nichts erfahren hat, als daß sie 150000 Gulden gekostet und dafür eine Adresse und ein Mißtrauensvotum geliefert haben, ist demzufolge die Verwunderung und Teilnahme nicht gerade außerordentlich.

Was die Stimmung noch schlechter gemacht hat, ist die absurde, heuchlerische und verräterische Erhebung Badens und der Pfalz. Der ehrliche Altbayer, der den superklugen, spöttelnden und hochfahrenden Pfälzer nie leiden mochte, ist über diese bübische Lüge, die deutsche Reichsverfassung mit Hilfe französischen Galeerengesindels und polnischer Abenteurer durchführen zu wollen, so empört, daß er es mit wahrem Jubel begrüßte, wenn plötzlich bekannt gemacht würde, die Pfalz sei weggeschenkt worden, ganz gleichviel, an wen.

Sogar die gebildetsten Leute wünschen ernstlich, ihrer los zu sein, da sie herausgebracht haben, daß alle Pfälzer vollkommen unbrauchbare und unleidliche Elemente in Volksvertretungen sind. Opposition, auch die übelangebrachteste, sinnloseste, hirnverbrannteste; nur Opposition! Dies ist die ganze politische Weisheit eines Pfälzers! In der Minorität bleiben aber seine ewige heimliche Hoffnung, der stille Wunsch seines

Herzens, seinen Strohrenommagen unentbehrlich! — Die Majorität ist sein Verderben! Alle angebliche Courage geht dabei zum Teufel. Er ist wie ein Kettenhund, der durch seine gezügelte Wut sehr zu imponieren weiß, springt aber die Kette, dann ist er erschrockener als der Angebellte, zieht verlegen den Schwanz ein, und kriecht verschämt in die Hütte. — So sieht man sie hier vom politischen Standpunkt an, und es ist, abgesehen von ihren sonstigen guten Eigenschaften und geselligen, vorzüglich kneipalen Tugenden, leider etwas viel Wahres daran.

Also weiter. Wenn man in die Zeitungen von Unzufriedenheit sogar im Gebirge schreibt, so ist das dummes Zeug und geht die deutsche Frage nichts an. Uneinigkeit über Jagd und Holz und Streu, Raufereien und dgl. haben mit der deutschen Reichsverfassung nichts zu schaffen. Die Demokraten, die überhaupt für nichts gut sind, als alles zu versauen, haben der guten Sache sehr viel geschadet. Das Volk ist so leicht zu verwirren, daß es die ganze Frankfurter Versammlung mit diesem Gelichter verwechselt, dessen Dummheit sich gar nicht glänzender darstellen kann als in dem Versuche, in Altbayern Proselyten zu machen. Die absurden Lehren moderner Demokratie sind für verhetzte, neid- und giftgefütterte Proletarier, für milzsüchtige Dachstubenliteraten, für alle an Geld und Geist bankerotte Schelme und allenfalls einige schwachköpfige, rollspielsüchtige, junge, überschwänglich humanisierte Laffen oder philosophisch verrückte Alte genießbar; aber für die niederbayrischen Bauern und die fröhlichen Bergkinder, denen das Leben noch etwas anderes ist, als die Plage, es zu fristen, die ohne Hunger an den Fleischtöpfen der Reichen vorübergehen und ohne Neid von dem Luxus der Städter nach ihren behaglichen Gehöften und lustigen Alpenhütten heimkehren, ist solch dummes Geträtsche nicht erfunden und für nichts gut als den Gegnern der Freiheit und Einigkeit sehr willkommene Waffen in die Hand zu geben.

Was nun dem Fasse vollends den Boden ausschlägt, ist die schöne Mischung von Feigheit und Unverschämtheit, von Dummheit und Pfiffigkeit, von Hochmut und Zweideutigkeit der preußischen Politik von Gottes Gnaden und Teufels und Manteuffels Ungnaden! Der beinahe gänzlich erloschene Haß gegen Preußen ist wieder aufgewacht, und es braucht bloß noch die Ausführung eines Schandstreiches in Holstein, um ihn auf die größtmöglichste Höhe zu bringen. Und Österreich wird diese preußische Eselei und Perfidie sehr klüglich zu benutzen wissen! Das ist nun alles sehr dumm und schlimm, aber doch noch Trost genug übrig, um nicht zu verzweifeln, wenn der liebe Gott nur ein klein wenig Verstand an die spendieren wollte, die er nach ihrer eigenen Aussage

zum Nutzen und Frommen von uns anderen Menschenkindern eingesetzt haben soll! Und ich hoffe, er tut's am Ende doch!

Das wenigstens ist unserer Regierung klar und sehen alle, auf die überhaupt etwas ankommt, deutlich und herzlich ein, daß in der deutschen Frage etwas geschehen muß, und wär' es am Ende der herzhafte Biß in einen sauren Apfel. Man erkennt den gegenwärtigen Zustand als unhaltbar, denn noch ein Jahr ist nicht die Wiederholung des vorigen, sondern die Verzehnfachung des jetzigen Elends, das wie der fallende Stein seine Schwere in Quadraten vermehrt! ....

Die Notwendigkeit des Endes dieses unbehaglichen Zustandes, der Handel und Wandel, Arbeit und Kredit vernichtet, alle Geldquellen verschließt und das Proletariat jede Stunde vermehrt und verschlechtert, wird allgemein deutlich; und es scheint doch noch so viel Grütze zu kursieren, daß dagegen Soldaten nicht helfen können, auch wenn diese nicht selbst im Bürgerkriege verwildern und gefährlich werden sollten — ja, wenn man sie sogar bezahlen könnte, — was aber nicht gar lange mehr sein kann! —

Der ungarische Krieg ist kein Krieg der Magyaren mit ihrem Kaiser, kein Rassenkampf, wie der Modeausdruck heißt, sondern der Kampf der Revolution mit der europäischen Ordnung, der Krieg der Demokratie, in der die Slaven ihre letzte Helferin sehen, gegen Deutschland, nicht etwa nur gegen seine monarchischen Institutionen! Das weiß der Kaiser Nikolaus und der Kaiserslauterer Nikolaus samt Konsorten schon lange, und jetzt ist's dem Anschein nach auch den anderen hohen Herren beigefallen; und wenn wir die Pfälzer und Badenser .... Mann für Mann totschlagen und stellen die Einheit Deutschlands nicht unter irgend einer haltbaren Form her, so sind wir übers Jahr auf einem viel schlechteren Fleck als heute, die meisten Trone aber wahrscheinlich auf gar keinem mehr! Nur das einige befriedigte Deutschland kann dieser Hydra, die ihre blutigen Ringe von Paris bis Pest um uns legt, widerstehen. Die französische Regierung hat dies, glaub ich, der unsrigen auch erst sagen müssen, und jetzt, denk ich doch, wissen sie's und richten sich vielleicht danach!

Dieser preußische Generalsuperintendent hätte eine Lage gehabt, wie sie zur Ausführung der Reichsverfassung nicht besser hätte ausstudiert werden können. — Herrgott Donnerwetter! Österreich, Frankreich und Rußland im Schach, und die Engländer so freundlich wie niemals, so lange die Welt mit zweibeinigen Schlingeln bevölkert ist, alles aus puren und gerechten Manschetten vor der scheußlichen demokratischen Pest, die die Welt in die Rugesche vorbabylonische Krisis zurückzuführen droht;

aber er hat's halt nicht begriffen, und wenn wir's zehnmal auch nicht begreifen, so hilft das nicht mehr. — Was die oktroyierte Verfassung angeht, so ist diese ziemlich schlecht und dabei auch etwas dumm, so z. B. das Wahlgesetz für Bayern geradezu unbrauchbar, (zudem voll Druckfehler, aber am Ende ist sie doch besser als gar keine, und wenn sie etwas amendiert und hergerichtet wird, für den ersten Anlauf nicht so übel. Wenn Preußen nicht gar zu arrogant auftritt, scheint mir Bayern nicht abgeneigt, sich darein zu fügen, denn daß es sich etwa ganz an Österreich halten und nicht mit den anderen tun will, ist ganz und gar nicht zu fürchten.

Wenn wir uns nun am Ende fragen: Durch was werden, außer dem allwaltenden Fatum, möglicher, menschlicher Weise die Geschicke Deutschlands einigermaßen in Ordnung gebracht?, so weiß mancher nichts als die Unordnung, d. h. die Revolution, ein homöopathisches, sehr bedenkliches, desperates, gallbitteres Mittel auf Leben und Tod, eine sogenannte Roßkur, jedem ehrlichen Menschen durch die Kompagnie mit diesem Lumpengeschmeiß von Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Narren und Buben ein Ekel. Mit dem Kehricht Europas, mit Neckarschleim und eidbrüchigen Soldaten eine Revolution machen? Pfui Teufel, fort damit! — Daß Menschen, die wirklich in ungewöhnlicher Dosis Menschenverstand haben, wie Ludwig Simon, Voigt, Schüler usw., nicht einsehen, daß solche elend angelegte Meutereien die Regierungen vor der Hand nur stärken können, ist ein trauriges Zeichen, wie hirntappig die Politik machen kann. . . . . .

Da nun die Regierungen auf unsere Kosten wieder die gehörige Stärke gewonnen haben ...., so ist kein Mittel mehr übrig als sie gescheit zu machen, durch vernünftige Stände verständige Ministerien zu erzwingen, und dann geht's! Dazu ist freilich nötig, daß das Volk nicht, von Pfaffen und Demokraten zugleich verdummt, unsinnige und unweltläufige Kerle wählt; daß der ordentliche Mann sich dabei beteiligt; daß man den Wahn zerstreut: Hirnwütige Demokraten seien der Freiheit notwendige Stützen, und eine ungeschlachte Opposition imponiere den Regierungen — und dem Bauer und Bürgersmann begreiflich macht, daß nicht gerade ein Bauer oder Gewerbsmann ihre Interessen am besten verstehen und vertreten könne, überhaupt, daß nicht jeder ehrsame, in seinem Geschäft erfahrene und fleißige Philister auch ein vortrefflicher Volksvertreter sein müsse usw. usw., denn die sitzen gewöhnlich wie Kinder beim Dreck.

Bringt man dann eine passable oktroyierte Verfassung daher, so greift alles zu, wenn es Preußen nicht ganz unverschämt dumm anfängt. Einheit Deutschlands um jeden Preis, auch um den der vor-

läufigen Freiheit, ist meine Meinung! Sie nicht aus Fürstenhand nehmen zu wollen, ist noch alberner, als daß der König v. P. sie nicht aus Volkshand nehmen mochte! Dummes Zeug, zottige Füllen wachsen sich oft am schönsten aus, rotzige Buben werden gewöhnlich die schönsten. Zeit bringt Rosen. ..... Gut Ding will Weile haben usw. Wenn man keinen anderen Trost hat, so tun's auch Sprichwörter.

Wenn nicht das erbliche Kaisertum ein notwendiges Ergebnis der deutschen Entwicklung ist, so hätten wir's nicht machen sollen und nicht halten können. Ist's aber das, so kommt's doch, und man muß doch beim Teufel dem Schicksal und Zufall auch etwas vertrauen, für was wären denn diese Institute da?

Ich war auf dem Punkte angelangt, wo ich glaubte, wir hätten uns bitter getäuscht, und es sei eine Torheit gewesen, dem Volke so viel Verstand und den Fürsten so viel guten Willen zuzumuten, als zum Reiche nötig ist; aber in der frischen Luft ist mir der Mut wieder gewachsen, und wenn's gar nicht gehen will, so geht's mit der Gewalt! Ein kräftig erzeugter Gedanke muß so gut heraus wie ein Kind; ob's wächst und gedeiht, geht dann die Mütter und unseren Herrgott an.

Ach, lieber Herr Kollege, jetzt habe ich meine Schmiererei noch einmal gelesen und gesehen, daß ich wie Kraut und Rüben allerlei dummes Zeug untereinander 'nein geschwätzt. Aber Sie sind ein guter Mann und rauchen Tabak; Fidibus gibt's doch? ....

Also sagen wollt' ich eigentlich, daß hier Begeisterung für und Fanatismus gegen die Verfassung eigentlich nicht existiert...., daß die entsetzliche Neigung für Österreich und der Haß gegen Preußen jetzt noch eine Kaprice ist und nichts Gefährliches haben kann, weil er ja jedes wirklichen und wahren Grundes entbehrt, und Altbayern in allen materiellen Interessen zu unabhängig und unbeteiligt ist, als daß so eine Phantasie großes Gewicht hätte; daß es zudem Leute genug gibt, die hierüber sehr ruhig und vernünftig denken, kurzum, daß Altbayern mit seiner Regierung geht, und geht's hin, wo's mag; daß übrigens diese, durch ruhiges und verständiges Benehmen der Stände zu ganz leidlichen Zugeständnissen zu bringen wäre, daß aber durch eine rohe und brutale Opposition einflußreiche, deutschgesinnte, ehrliche Männer bockbeinig und widerhaarig gemacht worden sind. Die Einsicht, daß Bayern nicht vom Reiche lassen kann, daß Österreich am Ende reden oder geben oder kommen muß, daß Preußen wenigstens vor der Hand an der Spitze bleiben muß (nur soll's nicht gar so dumm arrogant sein), wird mit jeder Stunde wachsen, und es kann noch immer besser gehen, als man meint. Ich habe wieder Courage! ....

Am 26. werde ich wahrscheinlich über die Tauern steigen, und da will ich den Umstand, daß ich dem Himmel viel tausend Fuß näher bin als Ihr, benutzen und ein Stoßgebetlein für Euch emporschicken, auch nachher auf das Wohl meiner alten Kameraden ein Maß (auch nach Umständen mehr) roten Tiroler ausstechen!

Ich bin usw.

Nachschrift. Wenn das Reich zusammenkommt, kommen wir auch einmal wieder zusammen, und dann bitte ich dann schon noch persönlich um Vergebung wegen meiner dummen Schreiberei. .... Daß Gagern, trotz vieler Hetzereien und Verlästerungen auch über der Donau große Achtung genießt, ist sehr erfreulich. — O, die Welt ist sehr dumm und schlecht, aber doch noch nicht so, daß sie für den jüngsten Tag reif wäre!"

140. Zachariae-Göttingen (29. Juni). Bittet um einige Exemplare der Erklärung.

141. Richter-Danzig [18. Juni 49]*). Absage, weil er nicht schon wieder persönlich um Urlaub einkommen kann; regt an, daß „die Herren Dahlmann und Konsorten als Veranstalter der Gothaer Zusammenkunft direkte unter namentlicher Bezeichnung der eingeladenen preußischen unmittelbaren Staatsbeamten das preußische Gouvernement ersuchen, den eingeladenen Mitgliedern den erforderlichen Urlaub generaliter durch einen im „Staatsanzeiger" abzudruckenden amtlichen Erlaß zu erteilen."

142. G. Pfizer an H. v. Gagern (19. Juni 49). Hochverehrter Freiherr! Durch Ihre freundliche Vermittlung ist mir eine Einladung nach Gotha zugekommen, der ich zu folgen für meine Pflicht halten würde, wenn nicht vonseiten der Meinigen große Bedenklichkeiten gegen die Reise erhoben würden, und wenn ich selbst nicht anerkennen müßte, daß in meinem jetzigen Zustand meine Anwesenheit zur Förderung der Sache schwerlich etwas beitragen könnte. Es ist nämlich durch eine langwierige Nervenkrankheit und das damit verbundene Fieber besonders mein Gedächtnis so geschwächt, daß mir beim Sprechen jeden Augenblick der Faden abreißt und ich mir nicht getrauen dürfte, öffentlich als Redner aufzutreten. Im Vertrauen auf Ihre Nachsicht wage ich es jedoch, meine Ansicht gegen Sie auszusprechen.

Mir scheint, es ist über die Weigerung des Königs von Preußen, ohne Zustimmung seiner Mitfürsten die deutsche Krone anzunehmen, viel unbegründeter und unbilliger Tadel ergossen worden, und die Deputation der Nationalversammlung wie die Nationalversammlung selbst hat dieselbe mit unnötiger Empfindlichkeit aufgenommen. Denn welche Stellung würde der König sich bereitet haben, wenn er, mit so geringer Majorität

*) Dieser und die beiden Briefe sind dem Protokoll beigefügt.

erwählt, ohne weiteres den Fürsten zum Trotz und ohne sie zu fragen, sich zu ihrem Oberhaupt aufgeworfen hätte! Aber man ist von mancher Seite gleichsam froh gewesen, einen Grund oder Vorwand zu haben, das Anerbieten zurückzunehmen, denn die notwendige Unterordnung unter den Mächtigsten als das natürliche Oberhaupt wollen die Deutschen, wie es scheint, nur in einer Schule des herbsten Unglücks lernen, und ich fürchte, wir stehen auf dem Punkte, diese Leidensschule durchzumachen.

Dem zu entgehen, schien mir nun das Geeignetste, wenn die Mitglieder der Gothaer Versammlung sich verpflichteten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preußische Verfassungsproposition von einer neuen konstituierenden Nationalversammlung als Grundlage der Beratung angenommen werde, wofern dagegen Preußen das seinerseits vorgeschlagene, ohnedies höchst mangelhafte Wahlgesetz vorerst zurückstellt und entweder nach dem Reichswahlgesetz vom 12. April gewählt oder allenfalls auch jedem deutschen Land der Wahlmodus überlassen und bloß die Zahl seiner Abgeordneten zum neuen Reichstag nach dem Maßstabe der Bevölkerung bestimmt wird.

Wir alle wissen eine Zeit — sie liegt ja noch nicht fern — wo man an viel weniger, als jetzt geboten wird, froh gewesen wäre. Warum also jetzt nicht eine Abschlagszahlung annehmen? Es ist ein Weltgesetz, das unsere Ungeduld nicht ändert, daß alles Lebendige aus dem Keime sich entwickeln, stetig wachsen, langsam reifen muß, und der Lauf der Zeit, die natürliche Entwicklung der Dinge wird aus der neuen Verfassung die überflüssigen oder hemmenden Räder ausstoßen, denn es fehlt ja nicht, wie im ersten deutschen Bund, das treibende, bewegende Prinzip der Volksvertretung.

Was aber Österreich anbelangt, so hat dasselbe in seinem neuesten Verfassungsentwurf Deutschland ignoriert und mit keiner Silbe erwähnt: es hat sich neu konstituiert ohne die mindeste Rücksichtnahme auf Deutschland. Es muß daher gestattet sein, von deutscher Seite Gleiches mit Gleichem zu erwidern und, indem die Einigung Deutschlands mit Österreichs nachfolgender Übereinkunft vorbehalten wird (mit Ausschluß jedes Österreichers, der nicht etwa gegen die neue österreichische Verfassung Verwahrung einlegt), sich unabhängig von Österreich zu konstituieren; denn das ist Deutschland seiner Ehre schuldig, und es hieße Deutschland wie einen österreichischen Vasallenstaat behandeln, wenn Österreich an Festsetzung der deutschen Verfassung Anteil forderte und erhielte, während es in seiner eigenen Verfassung Deutschland völlig ignoriert.

Indem ich wiederholt um Nachsicht bitte, mit aufrichtiger und unwandelbarer Verehrung Ihr treuergebenster P. Pfizer. Stuttgart, den 19. Juni 1849.

143. v. Wedemeyer-Schönrade (20. Juni). An die Herren Dahlmann, Francke usw. jetzt zu Gotha:

... „glaube ich, Ihnen meine warme Teilnahme durch Mitteilung einiger Bemerkungen beweisen zu müssen, in welchen sich die Ansichten vieler angesehener Männer meiner Bekanntschaft aussprechen.

1. Die von den drei Königen oktroyierte Reichsverfassung beeinträchtigt Preußen im Staatenhause und im Fürstenrate.

2. Alle unsere Kammern, auch die Reichskammern, sind zu zahlreich, um brauchbar zu sein; sie sind mindestens auf die Hälfte zu reduzieren. Man blicke auf den amerikanischen Kongreß und den dortigen Senat. 200 und 26 Personen und nur eine Stimme darüber, daß in den 26 mehr Brauchbarkeit und Fähigkeit steckt, als in den 200.

Goethe sagte einst satirisch von einem aus zehn Personen bestehenden Kollegio: „Jeder für sich ist leidlich klug, sind sie beisammen, gleich wird ein Dummkopf daraus."

In konsequenter Progression haben unsere Volkshäuser ohne Ausnahme sich bisher in Tollhäuser verwandelt. Bleiben sie so zahlreich, und kommt deshalb unvermeidlich so viel völlig Untaugliches und Verwerfliches hinein, so ist für die Zukunft keine Hoffnung des Besserwerdens.

Übt doch Eitelkeit, Rechthaberei und die geringste Abweichung von der allein richtigen Bahn auf die Besten einen so mächtigen Einfluß, daß sie in großen, beklagenswerten Irrtum verfallen.

3. Die oktroyierte Reichsverfassung fehlt darin, daß sie den miserablen Grundrechten in den Ländern, wo ihre Einführung einer böswilligen Demokratie gelungen ist, ein weder nationalwirtschaftlich noch politisch gerechtfertigtes Dasein gestatten will. Wollen die Herren in Gotha sich ums Vaterland verdient machen, so geneigen Sie, die oktroyierte Reichsverfassung mit Rücksicht auf die Andeutungen Nr. 1, 2 und 3 im Sinne der öffentlichen Ordnung weiter auszubauen.

Für die Möglichkeit und Gewißheit der Durchführung geben schon die preußischen Provinzen diesseits der Elbe die vollständigste Bürgschaft.

Erst Ordnung, Ordnung und nochmals Ordnung, dann soviel Freiheit, als damit vereinbar, durch Häuser verwahrt, welche höchstens halb so zahlreich sind als die projektierten, und in welchen der Anteil am Rate dem Anteile an der Macht entspricht. Keine über diese in der Natur begründeten Verhältnisse hinausgehende Konzessionen, weder an Dynastieen noch an Volksstämmchen! Solche Inkonsequenzen haben immer schlimme Konsequenzen."

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01264 7159

University of British Columbia Library
DUE DATE

DISCARD

ET-6 BP 74-453

Hofbuchdruckerei
Friedrichroda.